

Magistratsdirektion

Magistratsdirektion – Präsidialbüro (MDP)

Im Jahr 2000 sind dem Präsidialbüro des Bürgermeisters 7.606 Geschäftsstücke zugegangen.

Das **Repräsentationsreferat** hatte im Berichtszeitraum 477 gesellschaftliche Veranstaltungen, 18 Eröffnungsfeierlichkeiten oder Grundsteinlegungen und 148 sonstige Veranstaltungen vorzubereiten und durchzuführen. Die 477 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 75.985 Gästen besucht, von denen 29.116 aus dem Ausland kamen.

Im Hinblick auf ihre Größe wären besonders hervorzuheben die Empfänge anlässlich der großen Tourismusmesse ATB 2000 (1.546 Teilnehmer), des Internationalen Faschingsumzugs 2000 (1.400 Teilnehmer), der Erstbesteigung des Großglockners vor 200 Jahren (930 Teilnehmer), des 90. Geburtstages von Herrn Univ.-Prof. Dr. Roland Rainer (2.500 Teilnehmer), des 21. Internationalen Motorensymposiums (750 Teilnehmer), der WONCA 2000 (1.163 Teilnehmer), der ISBT 2000 (1.359 Teilnehmer), des Pharmacy World Congress 2000 (1.900 Teilnehmer), der Verleihung des Kleingartenpreises 2000 (800 Teilnehmer) und der Eröffnung der Viennale 2000 (705 Teilnehmer).

Im Jahr 2000 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein:

- | | |
|-------------------|--|
| 4. Juli 2000 | S.E. Präsident Heydar Aliyev, Republik Aserbaidschan |
| 8. September 2000 | S.E. Premierminister Ilir Meta, Republik Albanien |

Im Jahr 2000 standen folgende Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters auf dem Programm:

- | | | |
|----------------------------|-----------------------|--|
| 4. März 2000 | Lissabon | Einladung von Bürgermeister João Soares |
| 20. bis 21. März 2000 | Sintra (Portugal) | Sitzung des RGRE-Exekutivbüros |
| 30. März 2000 | Brünn | Verleihung der Masaryk-Medaille |
| 31. März 2000 | Prag | Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Prag und Eintragung ins Goldene Buch |
| 5. April 2000 | Brüssel | Einladung von Bürgermeister François-Xavier de Donnea und Ministerpräsident von Wallonien, Elio di Rupo |
| 20. bis 21. Mai 2000 | Budapest | mit Landeshauptmann Stix auf Einladung von Bürgermeister Dr. Gabor Demszky; Eröffnung des Wiener Frühlingsballs im Museum der Schönen Künste |
| 31. Mai und 1. Juni 2000 | Prag | Eröffnung des Wien-Balls |
| 14. bis 15. Juni 2000 | Oulu | RGRE Hauptausschuss-Sitzung |
| 19. Juni 2000 | Bratislava | Europäischer Gemeindetag |
| 17. bis 19. September 2000 | Israel und Palästina | Eröffnung des Symposiums für Grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen |
| 11. bis 12. Oktober 2000 | Berlin | Einladung von Bürgermeister Ron Huldai (Tel Aviv) und Bürgermeister Ghassan Al Shaka'a (Nablus) |
| | | Wirtschaftspräsentation |
| | | Eröffnung der Architekturausstellung „Wien – Stand der Dinge“ |
| 12. bis 13. Oktober 2000 | Stockholm | UCUE-Generalversammlung |
| 23. bis 24. Oktober 2000 | München | Wiener Wohnbautage |
| 10. November 2000 | Brünn | Primatorentreffen (Südmähren) |
| 11. bis 12. November 2000 | Bratislava und Zagreb | Glockenweihe St. Martins Dom in Bratislava; Unterzeichnung eines Kooperationsmemorandums und „Wien-Tage“ in Zagreb |

Im Jahr 2000 wurden folgende Eröffnungen und Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen vorbereitet und durchgeführt:

- | | |
|------------------|---|
| 12. Februar 2000 | Eröffnung des Wiener Männergesundheitsstags 2000 |
| 13. März 2000 | Eröffnung des 3. Internationalen Theodor-Herzl-Symposiums |
| 1. April 2000 | Eröffnung der Landeskonferenz der Wiener Kinderfreunde |
| 12. Mai 2000 | Eröffnung der Wiener Festwochen 2000 |
| 23. Mai 2000 | Eröffnung der Bundesmeisterschaft der Österreichischen BerufsschülerInnen Sommerspiele 2000 |
| 15. Juni 2000 | Eröffnung der Gewerbe & Handwerk Szene 2000 |

14. September 2000	Eröffnung des 4. Österreich-Tags 2000
1. Oktober 2000	Eröffnung des Wiener Frauengesundheitstags
5. Oktober 2000	Gedenktafelenthüllung zum 20. Todestag von Bürgermeister Dr. Felix Slavik
7. Oktober 2000	Eröffnung der Millenniums-Jahreshauptversammlung des Österreichischen Alpenvereins
9. Oktober 2000	Eröffnung der Simulations-Veranstaltung des Europäischen Parlaments für Jugendliche
25. Oktober 2000	Enthüllung des Mahnmals auf dem Judenplatz
28. Oktober 2000	Eröffnung von Seeliges Wien – 2. Info-Messe über Psychotherapie
9. November 2000	Eröffnung der Tagung „Krebsvorsorge“
20. November 2000	Eröffnung der 53. Österreichischen Buchwoche
23. November 2000	Enthüllung der Lapislazuli-Lasurit Wellenwasserskulptur in der Bruno-Kreisky-Gasse
2. Dezember 2000	Eröffnung der U3-Verlängerung nach Simmering
13. Dezember 2000	Gleichenfeier des Neubaus der Hauptbibliothek der Stadt Wien

Im Jahr 2000 fanden in der Volkshalle des Wiener Rathauses nachstehende Ausstellungen statt:

5. bis 11. Februar 2000	Spiegelgala (4.110 Besucher)
3. bis 8. Juni 2000	Global Village (1.810 Besucher)
19. August bis 3. September 2000	Wien – eine Stadtbetrachtung aus Kinderaugen (7.010 Besucher)
18. November bis 24. Dezember 2000	Weihnachtsausstellung – Wiener Adventzauber (141.850 Besucher)

Büro des Magistratsdirektors

Auch im Jahr 2000 lag einer der Schwerpunkte der Tätigkeit des Büros des Magistratsdirektors in der Unterstützung des Magistratsdirektors in der Leitung des inneren Dienstes. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden insgesamt 62 Erlässe der Magistratsdirektion und neun Erlässe des Büros des Magistratsdirektors herausgegeben.

Die im Jahr 1996 eingeleitete **Erlassbereinigung** wurde auch im Berichtsjahr fortgesetzt, wobei insbesondere die zusammenfassenden Neuregelungen folgender Bereiche zu nennen sind:

- Betriebliches Vorschlagswesen (Aufhebung des Erlasses aus 1976) und
- Meldung von Schäden am Gemeindeeigentum sowie von Ereignissen, die die Sicherheit von Menschen betreffen (Aufhebung von Erlässen aus 1969, 1975, 1979 und 1984)

Das im Jahr 1998 eingerichtete „Erlass-Sammelsystem“ wurde weitergeführt. Das Projekt „Bereinigung der Bezirksamtsleiter-Besprechungsprotokolle 1945 bis 1998“ wurde im Jahr 2000 zum Abschluss gebracht. Die Bezirksamtsleiter-Besprechungsprotokolle aus den Jahren 1945 bis 1969 wurden zur Gänze als überholt, 255 Punkte aus insgesamt 59 Protokollen aus den Jahren 1970 bis 1998 als weiter geltend festgestellt. Die Bereinigung wird im Jahr 2001 durch Erlass der Magistratsdirektion vollzogen werden. Die noch geltenden Punkte der Bezirksamtsleiter-Besprechungsprotokolle 1945 bis 1998 wurden bereits in das Erlass-Sammelsystem aufgenommen.

Im Verwaltungsjahr 2000 wurden 185 an den Herrn Bürgermeister und Landeshauptmann bzw. an die amtsführenden Stadträtinnen und Stadträte gerichtete parlamentarische Initiativen bearbeitet bzw. an deren Beantwortungen mitgewirkt.

Von der Verbindungsstelle der Bundesländer wurden 4.405 (1999: 4.832) Geschäftsfälle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors einer direkten Erledigung zugeführt oder an die befassen Fachdienststellen zur direkten Erledigung weitergeleitet.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 6.313 (1999: 7.773) Geschäftsstücke zu protokollieren.

Das Büro des Magistratsdirektors bereitete zwei ordentliche und eine außerordentliche Landeshauptmännerkonferenz, zwei ordentliche und eine außerordentliche Landesamtsdirektorenkonferenz sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Vom Büro des Magistratsdirektors wurde mit Stichtag 31. Dezember 2000 die **Dienstaufsicht** über 131 Bedienstete ausgeübt. Es handelte sich hierbei um die LeiterInnen der Magistratsabteilungen, der magistratischen Bezirksämter und der Referate der Magistratsdirektion, um Bedienstete mit Sonderaufgaben gemäß § 11a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien (GOM), den Generaldirektor des Wiener Krankenanstaltenverbundes sowie dessen

Stellvertreter, die Direktorin der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen, die Präsidentin des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien, die Wiener Kinder- und Jugendanwälte, den Wiener Patientenanwalt, die Wiener Umweltanwältin sowie den unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten.

Eine wichtige Aufgabe im Rahmen der Dienstaufsicht ist die Durchführung von Ausschreibungen leitender Positionen und die Beauftragung von Unternehmensberatern mit der Beurteilung der Bewerber. Das Büro des Magistratsdirektors hatte im Berichtsjahr die Ausschreibungen für die Besetzung von zehn Dienstposten durchzuführen. Die BewerberInnen wurden in mehreren Auswahlverfahren (Hearing und Assessment-Center) auf ihre Eignung geprüft. Ein Dienststellenleiter wurde seiner Funktion enthoben, drei Bedienstete mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM wurden neu bestellt und bei zwei Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM erfolgten Änderungen der Bestellungen. Von zwei Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11a GOM und von vier Projektleitern endeten die Bestellungen.

Unter dem Vorsitz des Büros des Magistratsdirektors wurden in der Lenkungsgruppe für die Vorbereitung der Unternehmung Krankenanstaltenverbund nach der Wiener Stadtverfassung die Bereiche Recht, Organisation und Finanzen akkordiert, sodass die erforderlichen Organbeschlüsse erwirkt werden konnten.

VertreterInnen des Büro des Magistratsdirektors haben in mehreren Arbeitsgruppen des **Managementforums Personal** mitgewirkt, dessen Aktivitäten im Beitrag der MD-Verwaltungsorganisation dargestellt sind. Das Büro des Magistratsdirektors selbst führte den Vorsitz in der Arbeitsgruppe 2, Handlungsfeld 6 „Festlegung der Leistungsziele, Förderung der Motivation sowie der Fortbildung einschließlich der Maßnahmen zur leistungsorientierten Entlohnung der DienststellenleiterInnen gemäß § 5 Abs. 1 GOM und der Bediensteten gemäß § 11a GOM“. Nach sechs Sitzungen konnte am 20. Dezember 2000 der Endbericht dieser Arbeitsgruppe dem Plenum präsentiert werden.

Im Rahmen der – teils vom Büro des Magistratsdirektors, teils von den LeiterInnen bestimmter Dienststellen vorgenommenen – Vergabe von **Remunerationen** wurden im Berichtsjahr 7.488 Bedienstete belohnt. Die dezentralen Vergaben wurden mit einem Kontroll- und Controlling-System, das der Steuerung und Evaluierung der Remunerationsgewährungen dient und die Daten aus den Beständen von MA 3 und MA 6 bezieht, geprüft. Neben MitarbeiterInnen, denen aufgrund ausgezeichneter Dienstleistung außerordentliche Vorrückungen in die jeweils nächsthöhere Gehaltsstufe gewährt worden sind, wurden im Berichtsjahr 566 Bedienstete in die jeweils nächsthöhere Dienstklasse befördert. Insgesamt hat das Büro des Magistratsdirektors etwa 900 derartige Förderungen vorbereitet, die entsprechenden Bescheide erstellt bzw. versandt und Vormerkungen im Besoldungssystem vorgenommen.

In grundsätzlicher Hinsicht ist bezüglich Förderungen im Jahr 2000 zu erwähnen, dass im Zusammenhang mit der Besoldungs- und Strukturreform nunmehr das gesamte Förderungswesen im Büro des Magistratsdirektors konzentriert, die Bearbeitungszeit bei Förderanträgen wesentlich reduziert und eine EDV-Auswertung der Förderungsfälle aufgebaut wurde.

Im Jahr 2000 wurden zwei **Bezirksamtsleiterbesprechungen** abgehalten, in denen sowohl grundsätzliche Fragen der Vollziehung als auch Entwicklungen auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung und des e-Government in den magistratischen Bezirksämtern erörtert wurden. Eine von den Bezirksämtern gebildete Arbeitsgruppe berichtete im Rahmen einer EDV-Präsentation über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit (Projekte „Frontoffice“ und „Gewerbe Online“, Homepage der magistratischen Bezirksämter, Ausstellung von Wahlkarten über Internet, Datenzugriff und Datenaustausch, Arbeitsgruppe „Bundesgewerberegister“, Vereinfachung der Verfahrensabläufe und Öffentlichkeitsarbeit).

Vom Rechnungshof wurden im Jahr 2000 der Stadt Wien 17 Berichte übermittelt, die nach entsprechenden Vorbereitungsarbeiten dem Stadtsenat zur Beschlussfassung über eine Äußerung und die zu treffenden Maßnahmen bzw. dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorzulegen waren.

Durch die Mitgliedschaft zur Europäischen Union (EU), durch geringer werdende Haushaltsmittel und durch den Übergang von hoheitlicher Verwaltung zum bürgerorientierten Dienstleistungsunternehmen ergeben sich neue Herausforderungen für den Magistrat, die nur durch eine den sich ständig ändernden Verhältnissen angepasste Vereinfachung der Verwaltung bewältigt werden kann. Dem **Betrieblichen Vorschlagswesen** kommt daher unvermindert große Bedeutung zu, es hat aber auch neuen Anforderungen und Entwicklungen Rechnung zu tragen. Mit Erlass der Magistratsdirektion vom 21. September 2000, MD-1845-1/2000, wurde das Betriebliche Vorschlagswesen neu geregelt. Hierbei wurde zur Steigerung der Effektivität, Raschheit und Attraktivität des Betrieblichen Vorschlagswesens ab 1. Oktober 2000 die Konzentration aller damit in Zusammenhang stehender Aufgaben einschließlich der Führung der Geschäftsstelle bei der MD-Verwaltungsorganisation vorgenommen. Die im Jahr 2000 zu erwähnenden Aktivitäten des Betrieblichen Vorschlagswesens sind im Beitrag der MD-Verwaltungsorganisation, jene der Beratenden EDV-Kommission, deren Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors im gesamten Berichtsjahr geführt hat, im Beitrag der MD-Betriebswirtschaft und Controlling und jene der Unterkommission der Beratenden EDV-Kommission im Beitrag der MD-EDV- und Informationsmanagement dargestellt.

Die **Ehrenzeichenkanzlei** hat im Berichtsjahr 650 Prüfungsverfahren durchgeführt, die sowohl Auszeichnungen des Landes und der Stadt Wien sowie Bundesauszeichnungen oder die Verleihung von Berufstiteln betrafen.

Die 239 überreichten Stadt- bzw. Landesauszeichnungen sind aus folgender Tabelle ersichtlich.

Auszeichnungen der Stadt und des Landes Wien im Jahr 2000

Stadtauszeichnungen:

Ehrenbürger der Stadt Wien	2
Bürger der Stadt Wien.....	1
Ehrenring der Stadt Wien	2
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold	10
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber	1
Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien	2
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Gold	1
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Silber	1
Professor-Dr.-Julius-Tandler-Medaille der Stadt Wien in Bronze	0
Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien	3
Gesamt	23

Landesauszeichnungen:

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien mit dem Stern	0
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	4
Großes Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.....	4
Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	44
Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien	45
Goldenes Verdienstzeichen des Landes Wien	43
Silbernes Verdienstzeichen des Landes Wien	57
Rettungsmedaille des Landes Wien	3
Einsatzmedaille des Landes Wien	10
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Silber	0
Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen in Bronze	6
Gesamt	216

Insgesamt vergebene Stadt- und Landesauszeichnungen 239

Über Ersuchen von Bundesdienststellen wurden sichtbare Auszeichnungen der Republik Österreich sowie Verleihungsdekrete von Berufstiteln, wie z. B. Medizinalräte, Regierungsräte, Hofräte etc. ausgefolgt. Insgesamt fanden 112 Überreichungen im feierlichen Rahmen, zum überwiegenden Teil mit Musik und Bewirtung statt. Überdies wurden 2.208 Hochzeitsjubiläare geehrt und mit Ehrengaben im Gesamtwert von ATS 10.522.000 bedacht.

3.954 Geburtstagsjubilare wurden durch die Stadt Wien geehrt und erhielten Ehrengaben im Gesamtwert von ATS 13.214.000. Eine detaillierte Aufstellung darüber ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Geehrte Jubilare im Jahr 2000

Hochzeitsjubilare:

Goldene Hochzeit.....	1.717 Paare
Diamantene Hochzeit	416 Paare
Eiserne Hochzeit.....	50 Paare
Steinerne Hochzeit	16 Paare
Gnadenhochzeit	7 Paare
Juwelenhochzeit	2 Paare
Insgesamt	2.208 Paare

Geburtstagsjubilare:

90. Geburtstag.....	3.020
95. Geburtstag.....	770
100. Geburtstag.....	164
Insgesamt	3.954

Im Bereich der Ehrenzeichen wurde durch den Einsatz eines Farblaserdruckers sowie einer Falzmaschine die Herstellung von Ehrungsurkunden ermöglicht. Damit werden die Kosten und der Zeitaufwand der Herstellung deutlich verringert.

Im Bereich der Geburtstags- und Hochzeitsjubiläen wurde im Einvernehmen mit der MA 14-ADV ein Programm erstellt, das die Datenerfassung und die Datenübermittlung zwischen den Bezirksvorstehungen und dem Ehrenzeichenreferat auf elektronischem Weg ermöglicht und damit die Grundlage für eine effiziente Gestaltung der erforderlichen Abläufe bietet. Das in diesem Zusammenhang mit den Bezirken 18, 19 und 20 durchgeführte Pilotprojekt konnte im Herbst 2000 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Projekt wird in weiterer Folge auf alle Bezirke ausgeweitet werden.

Aus dem Aufgabenbereich des Büros des Landtags, Gemeinderats, der Landesregierung und des Stadtsenats sind die Veränderungen in den Vertretungskörpern besonders zu erwähnen. Im Jahr 2000 kam es zu folgenden Veränderungen:

Gemeinderat/Landtag und Stadtsenat/Landesregierung

Herr Stadtrat Lothar Gintersdorfer (FPÖ) legte mit Wirkung 27. Jänner seine **Funktion im Stadtsenat** zurück. Herr DDr. Eduard Schock (FPÖ) wurde in der Gemeinderatssitzung vom 28. Jänner zu seinem Nachfolger gewählt. Frau Mag. Brigitte Ederer (SPÖ) legte mit Wirkung vom 14. Dezember ihre Funktion im Stadtsenat zurück.

Über Vorschlag des Bürgermeisters erfolgte in der Sitzung des Gemeinderats vom 14. Dezember die Wahl von Frau Dr. Elisabeth Pittermann (SPÖ) zur **amtsführenden Stadträtin** der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalwesen und von Herrn Dr. Sepp Rieder (SPÖ) zum **amtsführenden Stadtrat** der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke.

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderats legten zurück:

DDr. Eduard Schock (FPÖ) mit 28. Jänner und Hannelore Weber (GRÜNE) mit 31. Oktober.

Folgende Ersatzmitglieder wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt:

Klemens Rehse (FPÖ) mit 28. Jänner und Madeleine Reiser (GRÜNE) mit 8. November.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen:

- Gemeinderatsausschuss für Finanzen und Wirtschaftspolitik – als Mitglied Rudolf Stark (FPÖ) und als Ersatzmitglied Gerold Saßmann (FPÖ) am 27. Jänner für das Mitglied DDr. Eduard Schock (FPÖ) und das Ersatzmitglied Rudolf Stark (FPÖ), als Ersatzmitglied Günter Kenesei (GRÜNE) am 8. März für das Ersatzmitglied Elena Alessandra Kunz (GRÜNE).
- Gemeinderatsausschuss für Gesundheits- und Spitalwesen – als Mitglied Klemens Rehse (FPÖ) am 8. Februar für das Mitglied Heinz-Christian Strache (FPÖ).
- Gemeinderatsausschuss für Umwelt und Verkehrskoordination – als Ersatzmitglied Susanne Jerusalem (GRÜNE) am 30. Juni für das Ersatzmitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE), als Ersatzmitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE) am 7. September für das Ersatzmitglied Susanne Jerusalem (GRÜNE), als Mitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE) und als Ersatzmitglied Alessandra Kunz (GRÜNE) am 18. Oktober für das Mitglied Hannelore Weber (GRÜNE) und das Ersatzmitglied Mag. Christoph Chorherr (GRÜNE), als Ersatzmitglied Mag. Maria Vassilakou (GRÜNE) am 24. Oktober für das Ersatzmitglied Alessandra Kunz (GRÜNE).
- Gemeinderatsausschuss für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung – als Mitglied Madeleine Reiser (GRÜNE) am 16. November für das Mitglied Mag. Maria Vassilakou (GRÜNE).
- Kontrollausschuss – als Ersatzmitglied Barbara Schöfnagel (FPÖ) am 31. Jänner für das Ersatzmitglied DDr. Eduard Schock (FPÖ).
- In die Gemeinderätliche Personalkommission – zu einem Mitglied Wolfgang Täubl (Dienstnehmervertreter) am 17. März für das Mitglied Rudolf Klippel (Dienstnehmervertreter), zu einem Mitglied Herbert Zapletal (Dienstnehmervertreter) am 14. Dezember für das verstorbene Mitglied Susanne Neugebauer (Dienstnehmervertreterin).
- Gemeinderätliche Kommission „Europakommission“ – als Mitglied Mag. Gerald Ebinger (FPÖ) und als Ersatzmitglied Gerold Saßmann (FPÖ) am 31. Jänner für das Mitglied DDr. Eduard Schock (FPÖ) und das Ersatzmitglied Mag. Gerald Ebinger (FPÖ).
- Ständiger Ausschuss – als Ersatzmitglied Mag. Heidemarie Unterreiner (FPÖ) am 28. Jänner für das Ersatzmitglied DDr. Eduard Schock (FPÖ).

Als Vertreter im Bundesrat schieden aus:

Das an 7. Stelle gereichte Mitglied Karl Drochter (SPÖ) und das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied Abgeordneter Fritz Strobl (SPÖ) mit Wirkung 19. Oktober.

Als neue Vertreter wurden entsendet:

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ) als an 6. Stelle gereichtes Ersatzmitglied mit Wirkung 4. Februar für das am 18. November 1999 freigewordene Mandat; Roswitha Bachner (SPÖ) als an 7. Stelle gereichtes Mitglied und Abgeordneter Fritz Strobl (SPÖ) als an gleicher Stelle gereichtes Ersatzmitglied mit Wirkung 20. Oktober.

Der **Gemeinderat** trat zu zehn öffentlichen und acht nichtöffentlichen, der **Landtag** zu acht öffentlichen Sitzungen zusammen.

Der **Stenografische Dienst** des Büros des Landtags und Gemeinderats erstellte im Berichtsjahr zu den Sitzungen des Gemeinderats zehn veröffentlichte und acht nichtveröffentlichte und zu den Sitzungen des Landtags acht veröffentlichte Wörtliche Protokolle. Im gleichen Umfang verfasste der Stenografische Dienst die Beschlussprotokolle zu den Sitzungen des Landtags und Gemeinderats.

Der **Stadtsenat** hielt 15 Sitzungen, die **Landesregierung** 13 Sitzungen, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss zwei Sitzungen, das Immunitätskollegium drei Sitzungen und der Unvereinbarkeitsausschuss drei Sitzungen ab. Der **Gemeinderat** behandelte in seinen Sitzungen 989, der Landtag 59, der Stadtsenat 1.367, die Landesregierung

589, der Stadtssenat gemeinsam mit dem Finanzausschuss vier, das Immunitätskollegium drei und der Unvereinbarkeitsausschuss drei Geschäftsstücke.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 24. November 1999 den Beschluss gefasst, gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern durch Bereitstellung und Einsatz von qualifizierten **Gebärdensprachdolmetschern** die Verfolgung von Fragestunden, Aktuellen Stunden und Debattenbeiträgen im Gemeinderat und Landtag zu ermöglichen. Das Büro des Landtags, Gemeinderats, der Landesregierung und des Stadtssenats hat die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen getroffen und mit dem Wiener Taubstummten-Fürsorgeverband (WITAF) einen Vertrag zur Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschern abgeschlossen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit des Büros des Landtags, Gemeinderats, der Landesregierung und des Stadtssenats bildeten umfangreiche Vorarbeiten für das magistratsweit zum Einsatz kommende Projekt „**Vereinheitlichung der Protokollierung bzw. Überleitungen**“ (ELAK – Elektronischer Akt) durch Nutzung des elektronischen Mediums. Dies wird zur Vereinfachung und damit zu Zeiteinsparungen durch den Datenaustausch zwischen den Dienststellen und den beschlussfassenden Gremien sowie zur verstärkten internen elektronischen Kommunikation führen.

Im Rahmen der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Sitzungen des Gemeinderats und des Landtags sowohl über „Internet-Protokoll-Television“ (IP-TV) als auch im Intranet und Internet übertragen.

Die Präsentation von Wien als Land und Gemeinde erfolgt in wien online (www.wien.online, Pfad: Politik/Verwaltung) und bringt den interessierten Bürgerinnen und Bürgern mittels einer benutzerfreundlich gestalteten Startseite sowohl Informationen über die politischen Mandatäre (Name, Lebenslauf, Wahlkreis, Partei- und Klubzugehörigkeit) als auch über die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien sowie die Geschäftsordnungen des Gemeinderats und des Landtags. Ein weiteres Serviceangebot sind die amtlichen Berichte aus dem Gemeinderat und Landtag, dem Stadtssenat und der Landesregierung. Angesichts der stetig steigenden Zugriffe und der positiven Resonanz aus der Bevölkerung kann dieses Projekt als voller Erfolg gewertet werden.

Die Ausweitung der Datenbank durch Aufnahme der Wörtlichen Protokolle der Sitzungen des Gemeinderats und des Landtags und der eingebrachten Anfragen und Anträge ist in Vorbereitung.

Magistratsdirektion – Verfassungs- und Rechtsmittelbüro (MD-VfR)

In der MD-VfR fielen im Jahr 2000 insgesamt 20.193 Geschäftsstücke an.

Wie im Vorjahr lag im Jahr 2000 ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit der

MD-VfR auf dem Gebiet des **Legistischen Dienstes** sowie der rechtlichen Angelegenheiten der **europäischen Integration**. Es waren 350 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 108 Landesgesetzen, 23 Verordnungen der Landesregierung, 9 Verordnungen des Landeshauptmannes sowie 54 Verordnungen des Magistrats einer Prüfung unterzogen bzw. selbst ausgearbeitet. Die Kundmachung von 32 Gesetzen, 39 Verordnungen und 4 Kundmachungen im Landesgesetzblatt wurde veranlasst.

Als weitere Aufgabe nimmt die MD-VfR alle Tätigkeiten, die das „**Wiener Rechtsinformationssystem**“ betreffen, wahr. Dieser Informationsdienst steht allen Rechtssuchenden auch über das Internet zur Verfügung (www.wien.at/mdva/wrivts), wobei mit diesem Medium auch die Entwürfe der Landesgesetze samt erläuternden Bemerkungen (im Jahr 2000 29 Entwürfe) publiziert werden. Die Sammlung der Rechtsvorschriften im Internet auf Wien Online wurde laufend aktualisiert. 86 Anfragen per E-Mail zum Wiener Rechtsinformationssystem wurden umgehend beantwortet.

Zusätzlich wurden Vorarbeiten für eine Publikation des Wiener Landesgesetzblatts im Internet geleistet. Die 9-bändige Loseblatt-Sammlung der Wiener Rechtsvorschriften wurde durch eine Nachtragslieferung ergänzt.

Bereich der Bundesgesetzgebung

Die Umsetzung des **Programms der neugebildeten Bundesregierung** führte auf zahlreichen Gebieten zu umfangreichen und grundlegenden Änderungen der bisherigen Rechtslage, wobei auf Grund der Zusammenhänge mit anderen Rechtsmaterien ein komplexer Rechtsstoff gegeben war, der auch unter Bedachtnahme auf die Interessen Wiens einer intensiven und gründlichen Prüfung unterzogen werden musste. In diesem Zusammenhang sind insbesondere der Entwurf des Verbrauchsteueränderungsgesetzes 2000, des Budgetbegleitgesetzes 2001, des Finanzausgleichsgesetzes 2001, des Kapitalmarktoffensive-Gesetzes sowie der Entwurf einer Änderung des Bankwesengesetzes sowie des Sparkessengesetzes hervorzuheben.

Im Bereich des Dienstrechts wurde unter anderem der Entwurf des Pensionsreformgesetzes 2000 begutachtet. Zu diesem Bundesgesetz, mit welchem das Pensionsantrittsalter um 1 1/2 Jahre – von 60 auf 61,5 – angehoben und die Berechnungsweise zur Ermittlung der Hinterbliebenenpension derart geändert wurde, dass diese künftig bis auf Null sinken kann, wurden verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht, dies insbesondere im Hinblick auf den

Gleichheitsgrundsatz, da die Anhebung des Pensionsantrittsalters bereits ab 1. Oktober 2000 – schrittweise um 2 Monate pro Quartal – für die Betroffenen zu einem plötzlichen Eingriff in ihre (die nähere Zukunft betreffende) Lebensplanung führt, der als äußerst intensiv angesehen werden muss. Weiters ist der sensible und auch für die Weiterentwicklung des Wiener Dienstrechts relevante Entwurf eines Bundesgesetzes über die Objektivierung der Personalauswahlentscheidungen im Einflussbereich des Bundes (Objektivierungsgesetz) zu erwähnen.

Auch die **sonstige Gesetzgebungstätigkeit des Bundes** wurde eingehender Prüfung und Begutachtung unterzogen. Von den **generellen Vollzugsakten** sind aus dem Bereich des Bundes zahlreiche Entwürfe von Verordnungen der Bundesministerin für soziale Sicherheit und Generationen, des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit, zu erwähnen.

Im Rahmen der **mittelbaren Bundesverwaltung** sind der Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes, mit der die Wiener Taxi-, Mietwagen- und Gästewagen-Betriebsordnung geändert wird, der Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes über die Gewerbeausübung in Gastgärten im Jahr 2000, der Entwurf einer Änderung der Sperrzeitenverordnung 1998, der Entwurf der Warnstufe I und Warnstufe II Verordnungen sowie der Entwurf einer Verordnung des Landeshauptmannes über die Pflicht zur Abfuhr von spezifiziertem Risikomaterial anzuführen.

Bereich des Landes- und Gemeinderechts

Hervorzuheben ist die Ausarbeitung einer Regierungsvorlage zur Novellierung der Wiener Stadtverfassung betreffend die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen/Kommissionen, die Stärkung der Minderheitenrechte der Oppositionsparteien und die Straffung der Sitzungen des Gemeinderats und des Landtags. Diese Regierungsvorlage wurde am 23. Jänner 2001 vom Wiener Landtag beschlossen.

Weiters ist die von der MA 1 ausgearbeitete Novellierung des **Wiener Gleichbehandlungsgesetzes** anzuführen. Die Novelle hatte die Herstellung des EU-konformen Rechtsschutzes gegen Diskriminierung bei der Aufnahme oder beim beruflichen Aufstieg auf Grund des Geschlechts durch Beseitigung der Obergrenzen beim Schadenersatz zum Gegenstand. Weiters wurde die Quote im Zusammenhang mit dem Frauenförderungsgebot von 40 % auf 50 % angehoben.

Weiters sind aus dem Bereich der **Landesgesetzgebung** der Entwurf des Wiener Datenschutzgesetzes 2000, des Wiener Archivgesetzes, des Wiener Sammlungsgesetzes, des Wiener Umweltinformationsgesetzes, des Wiener Kinderbetreuungsgesetzes, des Wiener Bienenzuchtgesetzes und des Wiener Fiaker- und Pferdemitwagengesetzes zu nennen.

Wichtige Novellen betrafen das Baurecht, das Dienstrecht, das Abgabenrecht, das Vergabericht, das Wohnbauförderungsrecht, das Veranstaltungsrecht, das Umweltrecht, das Sozialrecht, das Krankenanstaltenrecht, das Jagd- und Fischereirecht sowie das Tierschutz- und Tierhaltegesetz.

Im **Landesbereich** ist von den **generellen Vollzugsakten** der Entwurf der Verordnung, mit der einige Geschäfte dem Amt der Wiener Landesregierung überlassen werden, der Entwurf über den Schutz der Dienstnehmer in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und von 4 Verordnungen nach dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz sowie der Entwurf der Betriebsordnung für Fiaker- und Pferdemitwagenunternehmen 2000 zu erwähnen.

Das im Vorjahr vorbereitete Statut für die Umwandlung des Verwaltungszweigs „Krankenanstaltenverbund“ in eine Unternehmung gemäß § 71 Wiener Stadtverfassung (WStV) wurde vom Gemeinderat beschlossen.

Zur Erhöhung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit und zum marktgerechteren, rascheren Handeln wurde die Zuerkennung des Betriebsstatus an die MA 24 – Hochbau vorbereitet und vom Gemeinderat beschlossen.

Sämtliche legislative Entwürfe im Landes- und Gemeindebereich mussten unter dem Gesichtspunkt der Euro-Umstellung geprüft werden.

Aus dem Bereich der Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG ist die Vereinbarung über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung anzuführen.

Weiters erfolgte eine Prüfung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Umweltschutz zwischen der Stadt Leipzig und der Bundeshauptstadt Wien.

Weiters erstellte die MD-VfR den Rechtsbereinigungsbericht 2000.

Allgemeine Aufgaben

Ein weiterer Tätigkeitsbereich der MD-VfR lag in der Vorbereitung und **Herausgabe von Erlässen**. Zur Klarstellung von Rechtsfragen wurden insgesamt 14 Erlässe herausgegeben. Hervorzuheben ist die Ausarbeitung der Erlässe betreffend die Führung des Verwaltungszweiges Krankenanstaltenverbund als Unternehmung (Zl. MD-47-1/01 vom 15. Jänner 2001) und die Führung der MA 24 – Hochbau als Betrieb (Zl. MD-VfR – 1725/2000 vom 5. Jänner 2001).

1.185 Geschäftsfälle wurden von der **Verbindungsstelle der Bundesländer** an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und von der MD-VfR unter Einbindung der befassen Fachdienststellen erledigt.

Bei den rechtlichen Angelegenheiten der europäischen Integration fielen 601 Geschäftsstücke an.

Die Vorschläge der **Europäischen Kommission** für eine Vereinfachung der Lebensmittelhygienevorschriften, der Vorschlag für eine Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, der Arbeitsentwurf der

europäischen Kommission für eine Richtlinie über die biologische Behandlung von biologisch abbaubaren Abfällen sowie eines Vorschlags für eine Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (strategische UVP) wurden eingehend geprüft. Eine kritische und gründliche Auseinandersetzung erfolgte mit dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rats über Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit gemeinwirtschaftlichen Anforderungen des öffentlichen Dienstes und der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsverträge für den Personenverkehr auf der Schiene, der Straße und auf Binnenschiffahrtswegen, sowie mit dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rats über die Gewährung von Beihilfen für die Koordinierung des Eisenbahnverkehrs, des Straßenverkehrs und der Binnenschiffahrt. Weiters erfolgte die Ausarbeitung einheitlicher Länderstellungsmaßnahmen zur Regierungskonferenz 2000 und zur Europäischen Grundrechtecharta.

Weiters waren 227 Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu überprüfen. Zusätzlich waren auch 72 Rechtsgutachten, die vor allem verfassungsrechtliche und europarechtliche Fragen betreffen, zu erstellen.

Im Rahmen der **Bauordnungskommission** fanden zahlreiche Sitzungen statt, die wieder umfangreiche Vorarbeiten erforderlich machten. Insbesondere die Notwendigkeit, weitere Schritte bei der Reform der Wiener Bauordnung und den baurechtlichen Nebengesetzen zu setzen, hatte eine äußerst intensive und zeitaufwändige Tätigkeit der Bauordnungskommission zur Folge.

Der Dienststelle oblag auch die **juristische Betreuung der Landtagspräsidentin**. Zur Wahrung dieser Aufgabe gehörte unter anderem die Teilnahme an zwei Landtagspräsidentenkonferenzen und zwei Landtagsdirektorenkonferenzen. Die Dienststelle war an der Vorbereitung von zwei Landeshauptmännerkonferenzen und zwei Landesamtsdirektorenkonferenzen eingebunden.

Zusätzlich waren auch Angelegenheiten der Unvereinbarkeit rechtlich vorzubereiten.

Vertreter der MD-VfR nahmen an der Konferenz der Präsidenten der europäischen gesetzgebenden Parlamente sowie an der Arbeitssitzung der Parlamente der Hauptstadtregionen in der EU teil.

Vertreter der MD-VfR haben an den Sitzungen des Managementforums Organisation im Rahmen der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung teilgenommen. Gegenstand der Sitzungen war die Entlastung der Magistratsdirektion von operativen Aufgaben sowie die Implementierung von Controlling und Contracting im Magistrat.

Auch im Jahr 2000 wurden wieder Beiträge für zwei Bezirksamtsleiter-Besprechungen vorbereitet.

Bereich Rechtsmittelentscheidungen

Der MD-VfR obliegt auch die Führung der Geschäfte der Bauoberbehörde, der Abgabenberufungskommission, des Berufungssenats und des Landesagarsenats.

Im Abgabenrecht hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 9. März 2000, Zl. C-437/97, mit der die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke auf Grund ihrer Unvereinbarkeit mit der Verbrauchsteuer-Richtlinie (Verstoß gegen Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 92/12/EWG) als EU-widrig erkannt wurde, erheblichen Einfluss auf die Tätigkeit der MD-VfR ausgeübt. Es löste eine Vielzahl von Abgabenverfahren aus, wobei in diesen eine Reihe komplexer Rechtsfragen zu klären waren.

In der Zwischenzeit hat der Verfassungsgerichtshof das Bereicherungsverbot im § 185 der Wiener Abgabenordnung – WAO als verfassungskonform erachtet und eine offenbare Gemeinschaftsrechtswidrigkeit der genannten Regelung verneint. Eine endgültige Klärung dieser Rechtsfrage wird durch den Verwaltungsgerichtshof erfolgen.

Die außerordentliche Belastung der Dienststelle ist daraus zu ersehen, dass 2.884 Berufungen, 42 Devolutionsanträge sowie 206 Verfügungen zur Erstattung von Gegenschriften an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts für die Abgabenberufungskommission eingelangt waren.

In Bauangelegenheiten waren 563 Rechtsmittelsachen, darunter 18 Verfügungen (Aufforderungen zur Erstattung von Gegenschriften usw.) des Verfassungsgerichtshofs und 38 Verfügungen des Verwaltungsgerichtshofs sowie 10 Devolutionsanträge, zu bearbeiten.

Überdies waren 548 Akten des Berufungssenats, darunter 4 Akten der MD-VfR, zu beurteilen und dem Senat zur Entscheidung vorzulegen.

Außerdem waren 373 Erledigungen (Verfügungen, Beschlüsse und dgl.) der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts in Evidenz zu nehmen. 1.865 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts sowie sonstige Akten anderer Dienststellen wurden überprüft.

Angehörige der MD-VfR waren als Mitglieder und Referenten in Kollegialorganen (Abgabenberufungskommission, Bauoberbehörde, Berufungssenat) tätig und besorgten die Schriftführerdienste für diese Kollegialorgane.

Für die Abgabenberufungskommission und die Bauoberbehörde wurde in Projektarbeit ein Text-Retrieval-System geschaffen, welches die Handhabung mit den Bescheiddokumenten erleichtert.

Zwei Angehörige der Dienststelle gehörten dem Vergabe-Kontrollsenat nach dem Wiener Landesvergabegesetz als Mitglied bzw. Ersatzmitglied an.

Die Sitzungen der Berufungsorgane (Abgabenberufungskommission 7 Sitzungen, Bauoberbehörde 6 Sitzungen, Berufungssenat 5 Sitzungen) wurden von der MD-VfR vorbereitet.

Magistratsdirektion – Internationale Beziehungen (MD-IB)

Koordination von Auslandsaktivitäten der Stadt Wien

- Donau: Kultur-, Verkehrs- und Wirtschaftsader
- EU-Erweiterung
- Vereinte Nationen
- Organisation von Veranstaltungen

Eine der zentralen Aufgaben der MD-Internationale Beziehungen war auch im Jahr 2000 die strategische Planung und Koordination von Auslandsaktivitäten verschiedener Dienststellen der Stadt sowie stadtnaher Institutionen wie dem Wiener Tourismusverband (WTV), dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF), der Wirtschaftskammer Wien (WKW), dem Vienna Representative Office Hongkong und dem Vienna Representative Office Tokyo unter der Leitung des Bereichsdirektors für Auslandsbeziehungen Dr. Oskar Wawra.

Berlin

Pars pro toto für diese Kernaufgaben seien die Wien-Präsentationen in Berlin, Los Angeles, Chicago, Hongkong und Seoul genannt. In Berlin fand unter großem Interesse eine Wien-Präsentation statt. Die Schwerpunkte neben dem Treffen der Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Eberhard Diepgen, die u. a. Gespräche zur EU-Erweiterung und zur europäischen Städtepolitik führten, waren dabei die Vorstellung Wiens als Tourismusmetropole sowie als Wirtschafts- und High-Tech-Standort.

USA

Die USA – nach Deutschland liegen die Direktinvestitionen in Wien aus den USA an beachtlicher zweiter Stelle – waren auf Grund des im Jahr 2000 anhaltenden Wirtschaftsbooms und auch wegen des niedrigen Eurokurses gegenüber dem US-Dollar Ziel zweier großer Wien-Präsentationen.

Los Angeles

Beim alljährlichen Sommerfestival „Festival on the green“ in Los Angeles stand ein Tag im Zeichen Wiens, der die Vielfalt von Kultur, Tourismus bis hin zur Wirtschaft abdeckte. Anlässlich der WEFTEC, der weltgrößten Messe für Abwasserreinigung, wurde Wiener Know-how auf dem Umweltsektor eindrucksvoll auf einem Gemeinschaftsstand in Anwesenheit von Umweltstadtrat Fritz Svihalek präsentiert.

Chicago

In Chicago präsentierte sich Wien unter der Leitung des Sonderbeauftragten für Außenwirtschaftsfragen Präsident Kommerzialrat Walter Nettig nicht nur in einem Fachworkshop auf dem IT-Sektor und Tourismussektor, sondern WIEN PRODUCTS hielt einen Workshop im Hotel Ritz Carlton Chicago ab, an dem weltbekannte Wiener Traditionsunternehmen ihre Spitzenprodukte präsentierten und Wirtschaftskontakte knüpften.

Hongkong

Aufbauend auf dem 1999 zwischen der Stadt Wien und Hongkong unterzeichneten „Memorandum of Understanding“ über Kooperationen im Umweltbereich fand in Hongkong unter Koordination der MD-Internationale Beziehungen eine Präsentation statt, die gleichzeitig der Beginn einer Umwelttechnik-Mission der Wirtschaftskammer Österreich nach Südchina war.

Seoul

In Seoul präsentierte der WWFF erstmals den Wirtschaftsstandort Wien. Im Vorfeld fanden Expert-Meetings statt, in deren Rahmen ein Überblick über Wiener Umwelttechnologien geboten wurde. Auch in Seoul hat die MD-Internationale Beziehungen koordinierend mitgewirkt.

Die Donau: Kultur-, Verkehrs- und Wirtschaftsader in Europa

Belgrad

Die Wiederschiffbarmachung der Donau war eines der großen Anliegen der MD-Internationale Beziehungen im Jahr 2000. Dass dies gelungen ist, zeigte nicht zuletzt die Lieferung von 50 Kommunalfahrzeugen per Schiff donauabwärts für die Stadt Belgrad. Mit Hilfe des Wiener Hafens konnte die MD-IB zeigen, dass ein Donauschifftransport nicht nur möglich ist, sondern auch eine umweltfreundliche realistische Transportvariante darstellt.

Donau-Oder-Elbe-Kanal

Die Donau-Oder-Elbe (DOE) Gesellschaft zur Entwicklung des Wasserstraßen Projekts zwischen Nordeuropa und dem Donauraum bzw. der Schwarzmeer Region ist 2000 wesentlich schlagkräftiger geworden: Niederösterreich ist als

„Schlüssel-Land“ der Gesellschaft beigetreten, um konstruktiv an der Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für das DOE-Projekt mitzuwirken. Das Bekenntnis zur Bewältigung heutiger und zukünftiger Verkehrsströme (speziell nach der EU-Erweiterung) auf möglichst umweltfreundliche Weise eint die beiden Bundesländer Wien und Niederösterreich im DOE-V mit einer stetig wachsenden Zahl von Organisationen.

Darüber hinaus wurde auch der Dialog mit den Umweltschutzorganisationen nicht zuletzt im Hinblick auf deren immer wieder vorgebrachte Forderungen zur Verlagerung des Verkehrs weg von der Straße weitergeführt: Die Teilnahme an der Wasserstraßenkonferenz der NGO's in Königswinter bei Bonn war ein solches Ereignis. Bei dieser Konferenz konnte wie bei anderen Gelegenheiten über die Fertigstellung der „Systemmodellierung der umweltrelevanten Faktoren für den Donau-Oder-Kanal“ berichtet werden, die einen völlig neuen Planungsansatz ermöglicht: Zuerst Ausweisung der sensiblen Bereiche bei Umwelt und Siedlungen und dann erst Festlegung eines Trassenverlaufs.

ARGE Donauländer

Das Jahr 2000 war für die „ARGE“ geprägt von den Feiern zum 10-jährigen Bestandsjubiläum. Das Vorsitzland Kroatien gab sich besondere Mühe, dieses Ereignis auch mit Inhalten zu füllen. Wien beteiligte sich intensiv an den vom Vorsitzland initiierten Symposien und Workshops im Bereich Wirtschaft und Kultur. Das Zusammentreffen der Wiener Aktivitäten mit der Hauptstadt Zagreb und der Arge Donauländer Programme brachte so manche Synergien zustande.

Korridor VII und Binnenwasserstraßen-Konferenz

Die Aktivitäten des „Korridor VII – die Donau“-Managements, welches Senatsrat Mag. Otto Schwetz auf Bestellung durch die Europäische Kommission wahrnimmt, waren durch die Zerstörung der Brücken von Novi Sad im operativen Bereich und durch die Sanktionen gegen Jugoslawien im politischen Bereich behindert. Wien hat dennoch durch die Finanzierung der Projektstudie zur Räumung der Donau von den Brückentrümmern versucht, einen Beitrag zur friedlichen Wiedereingliederung des Donauraums in die europäische Entwicklung zu leisten.

EU-Erweiterung

Transport Infrastructure Needs Assessment Office (TINA)

Die MD-Internationale Beziehungen war aufgrund der Tatsache, dass Senatsrat Mag. Otto Schwetz zum Senior Manager von der Europäischen Kommission bestellt wurde und das Sekretariat seinen Sitz in Wien hat, in Verwaltungsangelegenheiten des TINA-Office stark involviert.

Nach Beendigung der ersten Phase des TINA-Prozesses galt es im Jahr 2000 die eroberte Position als Kompetenzzentrum für die europäische Verkehrsinfrastruktur zu halten. Bilanzierend kann gesagt werden, dass dieses Ziel erreicht wurde. So hat u. a. die Europäische Investitionsbank EIB das nunmehr unter dem Namen TINA-Office geführte Büro mit der Erstellung einer an den TINA-Prozess angepassten Studie über die Verkehrsinfrastruktur auf dem Balkan beauftragt.

Korridor-Koordinationsstelle

Ein weiterer wesentlicher Schritt war dann in der zweiten Jahreshälfte 2000 die Planung und Errichtung der Korridor-Koordinationsstelle der Bahnen der Pan-europäischen Verkehrskorridore IV (Dresden/Nürnberg – Prag – Brünn/Wien – Bratislava – Budapest – Istanbul/Thessaloniki) und X (Salzburg/Linz – Zagreb – Belgrad – Nis – Istanbul/Thessaloniki) sowie der Binnenschifffahrt des „Korridors VII – die Donau“ am Sitz des TINA-Office in Wien. TINA hat sich zu einer Marke im Bereich Infrastrukturplanung entwickelt und genießt besonders in den Beitrittskandidatenländern einen guten Ruf. Diesen Umstand wollen die drei Korridormanager (Deutsche Bahn, ÖBB und Wien) für die gemeinsame Entwicklung der multimodalen Verkehrsknoten entlang der Korridore und zur Vertretung dieser Anliegen bei der Europäischen Kommission nutzen. Am 11. Dezember 2000 wurde die Koordinationsstelle von Vizebürgermeister DDr. Bernhard Görg unter großem Publikumsinteresse feierlich eröffnet.

Zagreb

Im Rahmen der Aktivitäten rund um die künftige EU-Erweiterung sind die Wien-Wochen in Zagreb zu erwähnen. In Zagreb war die Stadt Wien mit einer Wien-Woche zu Gast, bei der u. a. von Bürgermeister Dr. Michael Häupl ein Abkommen über die Zusammenarbeit in verschiedenen kommunalen Bereichen wie Abfallwirtschaft, Umweltmanagement, Wasserversorgung, Stadtplanung und kulturellen Angelegenheiten unterzeichnet wurde.

EU-Projekte

Mit den grenzüberschreitenden EU-Projekten „MedCult“, „Challenges of Tomorrow“ und „Future Knowledge“ konnte gezeigt werden, dass Themen wie Kultur, Journalismus und Wissenschaft nicht vor der EU-Ostgrenze halt machen. Gemeinsam mit Institutionen aus den Städten Brünn, Bratislava, Sopron, Budapest wurden Instrumente für einen raschen Informationsaustausch in diesen Themenfeldern aufgebaut.

Die Vereinten Nationen

Wie schon in den Vorjahren gab es eine Reihe von Kooperationsprojekten, deren Ziel es war, die österreichische Öffentlichkeit verstärkt für die Vereinten Nationen zu interessieren.

Student's Forum

Besonderes Interesse galt im Millenniumsjahr den Schulen. In Kooperation mit UNIS und der Diplomatischen Akademie veranstaltete die MD-Internationale Beziehungen vom 11. bis 13. Mai 2000 ein Students' Forum, bei dem ca. 20 Studenten aus Österreich, Slowenien, Ungarn und der Slowakei zwei Tage lang zu den Themen des Millenniumsberichts des UN-Generalsekretärs arbeiteten. Den Lehrern der AHS in Wien und Niederösterreich war hingegen am UN-Tag, dem 24. Oktober, ein Teachers' Forum gewidmet, bei dem über konkrete Möglichkeiten, UN-Themen auch fächerübergreifend in den Unterricht einzubringen, diskutiert wurde.

Atombombenabwurf über Hiroshima und Nagasaki

Am 5. September wurde eine aus Anlass des 55. Jahrestags des Atombombenabwurfs über Hiroshima und Nagasaki von der Stadt Hiroshima gestaltete Ausstellung in Anwesenheit des Generaldirektors der IAEA, des Bürgermeisters von Hiroshima sowie des Bürgermeisters von Wien eröffnet.

UN Vienna Civil Society Award

In Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Michael Häupl, Bundesministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner und UNOV-Generaldirektor Pino Arlacchi sowie den beiden internationalen Juroren Königin Silvia von Schweden und Sir Jack Stewart-Clark, dem ehemaligen Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, wurde am 5. Dezember 2000 zum zweiten Mal der UN Vienna Civil Society Award verliehen. Vier Projekte wurden ausgewählt.

United Nations Office for Project Services

In einer gemeinsamen Anstrengung zwischen der Republik Österreich und der Stadt Wien gelang es auch, ein Regionalbüro des United Nations Office for Project Services (UNOPS) anzusiedeln. UNOPS existiert seit 1995 als „separate, self-financing United Nations entity“ des Sekretariats der Vereinten Nationen mit Hauptsitz in New York. Das Büro in Wien wurde am 1. August 2000 eröffnet und verfügt derzeit über sechs Mitarbeiter. Der Haupttätigkeitsbereich von UNOPS ist die Durchführung von Projekten der Vereinten Nationen. In Wien steht die weltweite Durchführung von Projekten des United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention im Vordergrund.

OPEC

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens und 35. Jahrestags der OPEC in Wien hat die MD-Internationale Beziehungen gemeinsam mit dem Präsidialbüro im Festsaal des Wiener Rathauses ein Abendessen für die Minister der OPEC-Staaten gegeben.

OSZE

2000 hatte Österreich den Vorsitz in der OSZE. Die MD-Internationale Beziehungen hat die Aktivitäten der Stadt Wien zur Unterstützung des Bundes unterstützt und u. a. für die Delegationsleiter der OSZE-Mitgliedsstaaten Gastgeschenke finanziert und einen traditionellen Heurigenabend gegeben.

Veranstaltungen

Im Jahr 2000 hat die MD-Internationale Beziehungen zahlreiche Konferenzen mitfinanziert und eine große Veranstaltung selbst organisiert, die 4. Airport Regions Conference.

Airport Regions Conference

Im Festsaal des Wiener Rathauses fand die 4. Airport Regions Conference statt, an der mehr als 220 Experten aus ganz Europa teilnahmen. Diese Konferenz der Flughafenregionen, die auf Initiative der MD-Internationale Beziehungen nach Wien geholt werden konnte, widmete sich dem Thema des weltweit zunehmenden Flugverkehrs und den damit zusammenhängenden Herausforderungen für die betroffenen Regionen.

Auch war die MD-Internationale Beziehungen stark an den Vorbereitungen zur Teilnahme der Stadt Wien bei der „Summit Conference of Major Cities of the World“ (Peking) und der „World Alliance of Cities against Poverty“ (Genf) beteiligt. So konnte Vizebürgermeister DDr. Bernhard Görg gemeinsam mit der MD-Internationale Beziehungen in Peking die Stadt Wien zum Thema „Stadtentwicklung und Kooperation im 21. Jahrhundert“ vertreten und Bereichsdirektor Dr. Oskar Wawra das Obdachlosenpräventionsprojekt der Stadt Wien (FAWOS) in Genf vorstellen.

Um die zahlreichen ausländischen Fachbesucher, die sich vom Aufbau der Wiener Stadtverwaltung ein Bild machen wollen, bestmöglich zu informieren, hat die MD-Internationale Beziehungen erstmalig für die Stadt Wien eine CD-ROM zur projektorunterstützten Präsentation der Stadtverwaltung produziert.

Im Jahr 2000 haben die 13 MitarbeiterInnen der MD-Internationale Beziehungen 1.174 Akten bearbeitet und rund 1.700 Schriftstücke verfasst.

Magistratsdirektion – Koordinationsbüro (MD-KOB)

Die Tätigkeit der MD-KOB war im Jahr 2000 vor allem von Fragen der Europäischen Integration, von diversen Angelegenheiten betreffend die Kooperation der Stadt Wien mit dem Bund und internationalen Organisationen sowie von wichtigen ressortübergreifenden Einzelkoordinierungsangelegenheiten geprägt.

Im Rahmen der **Kooperation mit den zuständigen Dienststellen des Bundes** konnte im Berichtsjahr die Ansiedlung der „Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)“, der ersten offiziellen Organisation der EU mit Sitz in Wien, erfolgreich abgeschlossen werden. An dem Eröffnungs-Festakt am 7. April 2000 in der Wiener Hofburg nahmen ca. 550 Delegierte teil, darunter der Präsident der Europäischen Kommission Romano Prodi, die Präsidentin des Europäischen Parlaments Nicole Fontaine sowie für die Stadt Wien Bürgermeister Dr. Michael Häupl. Auch die vom BM für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit der MD-KOB gesetzten Bemühungen zur Ansiedlung des „UN-Office for Project Services (UNOPS)“ in Wien konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Das Wiener Büro von UNOPS, das mit einem Budget von rund 1 Mrd. US\$ weltweit Entwicklungsprojekte durchführt, hat Anfang August 2000 seine Tätigkeit in der Wiener UNO-City aufgenommen.

Weiters wirkte die MD-KOB an den Vorbereitungen für das Ende November 2000 in der Wiener Hofburg abgehaltene Treffen der 55 Außenminister der „**Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)**“ sowie an den Vorarbeiten zur Änderung des zwischen der Republik Österreich und der „Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC)“ abgeschlossenen Amtssitzabkommens, wonach der OPEC im Sinne der Meistbegünstigungsklausel die vergleichbaren Organisationen mit Sitz in Österreich gewährte Privilegien und Immunitäten eingeräumt werden sollen, mit.

Im Rahmen der **Entscheidungsvorbereitung für die Stadtentwicklungspolitik** wurde die in Zusammenarbeit mit der zuständigen Geschäftsgruppe in Auftrag gegebene Studie „Soziale Treffsicherheit von Sozialleistungen“, eine Untersuchung über „Sicherheit im öffentlichen Raum“ betreffend wichtige Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs in Wien, sowie gemeinsam mit dem Wiener Tourismusverband die Studie „Ausgangssituation und Zukunftsperspektiven für den Wiener Tourismus im nächsten Jahrtausend“ fertig gestellt. Mit dem Bundeskanzleramt und der EU wurde das Interreg II C-Projekt „Countdown“, mit dem von Wien ausgehend ein elektronisches Netzwerk für Daten und Informationen zur EU-Erweiterung geschaffen wird, unterstützt. Weiters betreute die MD-KOB das von der Stadt Wien kofinanzierte Interreg II A-Projekt „Center of Legal Competence (CLC)“, das Investitionsleitfäden für die Slowakei und Ungarn entwickelt.

Im Rahmen der Entscheidungsvorbereitung wurden auch umfangreiche Berichte über den Stand der Realisierung des Arbeitsübereinkommens der Wiener Stadtregierung vom November 1996, „Wiens Weg ins 21. Jahrhundert“ sowie über abgeschlossene und bestehende Kooperationen zwischen Wien und Niederösterreich bzw. zwischen Wien und dem Burgenland erarbeitet.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet war die Wahrnehmung der **Partei- bzw. Beteiligtenstellung der Gemeinde Wien** als Standort- oder Anliegergemeinde bei Großprojekten. Dabei sind neben der Vertretung der Interessen der Stadt Wien bei öffentlichen Erörterungen im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren auch Stellungnahmen zu eisenbahnrechtlichen Konzessionserteilungen und Trassenbewilligungen sowie in grenzüberschreitenden Umweltangelegenheiten zu erwähnen. Bei diesen Stellungnahmen waren nicht nur rechtliche Erwägungen, sondern auch sämtliche verfügbare Sachverständigenäußerungen, stadtplanerische Zielsetzungen, Vorbringen von Bürgerinitiativen und der Anrainer sowie kulturelle Aspekte (historische Ausgrabungen) abzuwägen und zu berücksichtigen: Für die B 301 – Wiener Südrandstraße, Abschnitt Vösendorf–Schwechat, erging mittlerweile die Trassenverordnung. Hingegen erwies sich die Koordinierung der Position Wiens als Standortgemeinde im Verfahren zur Trassengenehmigung des Güterterminals-Inzersdorf als überholt, da die Bundesregierung ihre Zielsetzungen verändert und diesem Projekt die Priorität entzogen hat. An größeren neuen Projekten traten hinzu: Ausbau der S7 – Flughafen-Schnellbahn, Verlängerung der U1 – Nord bis Leopoldau, der Wienerwald-Abschnitt der Eisenbahn-Hochleistungsstrecke Wien–Salzburg, eine Ferngasleitung der OMV im angrenzenden Niederösterreich sowie die Beobachtung der Entwicklungen um das Atomkraftwerk Temelin.

Von den **ressortübergreifenden Einzelkoordinierungsangelegenheiten** ist vor allem die Mitwirkung bei der Koordinierung der Vorbereitungen zur Volkszählung 2001 und der Reklamationen nach § 17 Meldegesetz 1991 hervorzuheben. Infolge der von der MD-KOB initiierten Aktivitäten der MA 62 zur vollständigen und korrekten Erfassung aller wahlberechtigten Personen mit Hauptwohnsitz in Wien haben sich im Jahr 2000 1.239 Personen aufgrund der ihnen von der MA 62 zugegangenen Informationen zur korrekten Bestimmung ihres Mittelpunktes der Lebensinteressen wieder mit Hauptwohnsitz in Wien angemeldet. In weiteren 3.335 Fällen wurden über Antrag des Bürgermeisters Reklamationsverfahren beim Bundesministerium für Inneres eingeleitet.

Zu den ressortübergreifenden Koordinationsaufgaben zählte weiters die Mitwirkung bei der Vorbereitung der gemeinsamen Präsentation von Wien-Tourismus und Niederösterreich-Werbung (107.000 Besucher) bei der EXPO in Hannover von 2. bis 29. August 2000 sowie die Koordinierung der Beiträge Wiens zu dem vom Europarat deklarierten „Europäischen Jahr der Sprachen 2001“. Insgesamt 16 Dienststellen haben eine Vielzahl konkreter Projekte vorgeschlagen, die dem Nationalen Komitee zur Aufnahme in das Programm Österreichs weitergereicht wurden und im Jahr 2001 für die beispielhafte Integrationsbereitschaft Wiens Zeugnis ablegen werden.

Zur **Koordination der Grundlagenforschung** im Bereich der Stadt Wien wurde mit allen in Frage kommenden Dienststellen das mittelfristige Forschungsprogramm 2001 bis 2003 festgelegt und quartalsweise Übersichten der im Jahr 2000 abgeschlossenen Forschungsprojekte allen Dienststellen sowie den Klubs der im Gemeinderat vertretenen Parteien zur Information übermittelt. Je ein Exemplar der abgeschlossenen Forschungsprojekte wurde überdies der MA 8 – Wiener Stadt- und Landesarchiv zur allgemeinen Einsichtnahme zugeleitet. Weiters fungierte die MD-KOB Geschäftsstelle des „Bund/Land Wien-Komitees für Rohstoffforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung“.

Darüber hinaus nahm die MD-KOB die Aufgaben der **Geschäftsstelle der „Europakommission“** des Wiener Gemeinderats und Landtags wahr. Mit einem offiziellen Besuch der Städte Budapest, Warschau, Prag und Bratislava im September 2000 und Gesprächen auf höchster politischer und beamteter Ebene hat die Wiener Europakommission ihr deutliches Engagement für die Erweiterung der EU bewiesen. Dabei wurden insbesondere Fragen der Vorbereitung der Hauptstädte auf die künftige EU-Mitgliedschaft, Möglichkeiten der Teilnahme an EU-Förderprojekten, Fragen einer gemeinsamen Städtepolitik auf europäischer Ebene, die Vermittlung der Wiener Erfahrungen von fünf Jahren EU-Mitgliedschaft sowie grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklung behandelt und mit den besuchten Städten vereinbart, die bestehenden Kooperationen im Hinblick auf die Erweiterung der EU zu vertiefen. Zwecks Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen hat die MD-KOB außerdem die im Jahr 1999 für Budapest, Brunn und Bratislava in Vorbereitung einer künftigen EU-Mitgliedschaft abgehaltenen „Informationsseminare“ im Jahr 2000 mit Veranstaltungen für Politiker und Stadtverwaltungen von Prag, Harghita/Rumänien, Brunn, Warschau und Katowitz fortgesetzt.

Die Zusammenarbeit mit Städten der Beitrittsländer wurde überdies durch die **Mitgliedschaft Wiens im Städtenetzwerk „Eurocities“** und hier vor allem im „Ost-West-Komitee“, in dem die MD-KOB die Stadt Wien vertritt, gefördert. Durch die Aktivitäten Wiens im „Ost-West-Komitee“ ist es auch im abgelaufenen Jahr gelungen, Beziehungen zu Städten der Beitrittsländer weiter zu vertiefen. Überdies oblagen der MD-KOB interne Vorbereitungsarbeiten sowie die Koordinierung mit den anderen österreichischen Bundesländern bezüglich der Sitzungen des „Ausschuss der Regionen (AdR)“. Dabei hat sich Wien insbesondere bei städterelevanten Themenbereichen, wie z. B. Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs oder Fördermaßnahmen für städtische Problemgebiete im Rahmen des EU-Förderregimes besonders engagiert.

Im Rahmen der **Mitgliedschaft bei der „Versammlung der Regionen Europas (VRE)“** vertrat die MD-KOB die Interessen der Stadt Wien in der Kommission A – Institutionelle Angelegenheiten und Ost-West-Zusammenarbeit. Hervorzuheben ist ein Grundsatzpapier zur Regierungskonferenz 2000, welches der Europäischen Kommission übermittelt wurde, die von der VRE veranstaltete „Summer School“, in Vilnius/Litauen sowie Seminare und Workshops. Der Wiener Landeshauptmann-Stellvertreter DDr. Görg wurde in den Vorstand der VRE gewählt. Die inhaltliche Vorbereitung und die Wien-interne Koordinierung der Wiener Mitgliedschaft im Vorstand der VRE oblag der MD-KOB.

Die MD-KOB koordinierte weiters die Teilnahme von Bediensteten der Stadt Wien am „**Twinning-Programm**“ der EU. Im Rahmen dieses Programms werden Experten öffentlicher Körperschaften in Beitrittsländer entsandt, um den dortigen Verwaltungen bei der Umsetzung des EU-Rechtsbestandes behilflich zu sein. Für zahlreiche nationale und internationale Delegationen, die sich im Laufe des Jahres über die Wiener Stadtverwaltung informierten, fungierte die MD-KOB als Kooperationspartner.

Im Mittelpunkt des von der MD-KOB vierteljährlichen publizierten **Newsletters „Euro-News“** standen insbesondere die Themen EU-Regierungskonferenz 2000, die Ausarbeitung der EU-Grundrechts-Charta sowie aktuelle Fragen der EU-Erweiterung. Darüber hinaus erfolgte auf Grund der regen Nachfrage ein Nachdruck der bereits 1999 erstellten Broschüre „Wien und Europa; Fünf Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1995 bis 1999“.

In der **Wiener Transport Infrastructure Needs Assessment (TINA)** Bürobetriebs-GmbH hat ein Mitarbeiter der MD-KOB die Funktion eines Geschäftsführers wahrgenommen. Im Rahmen der Mitgliedschaft im Europarat wurde ein weiterer Mitarbeiter als Experte in den „Lenkungsausschuss des CDLR (Steeringcommittee on Local and Regional Democracy)“ in Strasbourg entsandt. In diesem Komitee werden in periodischem Erfahrungsaustausch einschlägige Richtlinienentwürfe und Vorschläge für die Europäische Kommission erarbeitet.

Das von der MD-KOB geführte „**Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel (VBB)**“ war im Berichtsjahr vor allem damit befasst, Informationen über die für Wien wichtigen Entwicklungen und Vorhaben der EU zu beschaffen, zu filtern und zu analysieren und rasch an die Entscheidungsträger in Wien weiterzuleiten. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Entwicklungen betreffend die Osterweiterung der Union, die Regierungskonferenz in Nizza und auf den Bereich Balkan gelegt. Die gegen die österreichische Bundesregierung von den EU-Mitgliedstaaten verhängten „Sanktionen“ schlugen sich für das Verbindungsbüro in vermehrtem Erklärungsbedarf über die politische Lage in Österreich sowie im ständigen Bemühen um Aufrechterhaltung der bestehenden Kontakte zu den europäischen Partnern nieder. Darüber hinaus wurden etwa mit der Aufhebung der Getränkesteuer durch den EuGH oder der Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags über die Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs für Wien wichtige „Langzeit-Lobbying-Themen“ des Verbindungsbüros virulent. Die Berichtstätigkeit des Verbindungsbüros bezog sich aber auch auf allgemeine Themen, wie z. B. die Verhandlungen rund um die Neustrukturierung der EU-Institutionen im Hinblick auf die Erweiterung der EU oder auf den künftigen Einfluss der Regionen auf die Politi-

ken der EU. Bemühungen um eine Neupositionierung Wiens als Kompetenzzentrum für europäische Verkehrsfragen bzw. um die Fortführung der in Wien angesiedelten TINA-Bürobetriebs-GmbH sowie die Wahrnehmung der Berichtspflichten rund um die Plenartagungen des „Ausschusses der Regionen (AdR)“ und dessen Fachkommission 5 rundeten die Aktivitäten des Verbindungsbüros ab. Im Mai 2000 fand im „Wien-Haus“ mit dem Institut für den Donaauraum eine Konferenz zur Frage der Schiffbarmachung der Donau bei Novi Sad statt, an der Vertreter der beteiligten Staaten bzw. Regionen, der Europäischen Kommission und der Donaukommission teilnahmen.

Im März 2000 besuchte auf Initiative des Verbindungsbüros Bürgermeister Dr. Häupl Brüssel und die Regionshauptstadt Namur der belgischen Region Wallonien. Beim Gegenbesuch des Ministerpräsidenten der wallonischen Regierung, Jean-Claude Van Cauwenberghe im September 2000 in Wien, wurde ein umfangreiches Kooperationsabkommen im Bereich „Bildungsaustausch“ zwischen beiden Regionen vereinbart. Das Angebot von Bürgermeister Dr. Häupl an diverse Amtskollegen von osteuropäischen Städten, im Sinne einer Heranführungshilfe an die EU in Vorbereitung des angestrebten EU-Beitritts Mitarbeiter dieser Stadtverwaltungen als „Praktikanten“ in das „Wien-Haus“ in Brüssel zu entsenden, wurde im Berichtsjahr von den Städten Brünn, Prag und Paks (Ungarn) sowie von der Region Harghita (Rumänien) angenommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der genannten Stadtverwaltungen konnten durch ihre Tätigkeit im Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel direkt vor Ort wichtige Einsichten in die Funktion und Arbeitsweise der EU gewinnen und zahlreiche neue Kontakte für ihre Heimatstädte und Regionen knüpfen.

Magistratsdirektion – EU-Förderungen (MD-EUF)

Organisatorische Maßnahmen

Das herausragende Ereignis im Bereich der internen Organisation der MD-EUF war die Zertifizierung des Qualitätsmanagement-Systems der MD-EUF gemäß ISO 9001 mit 31. März 2000. Damit ist die MD-EUF die erste und bislang einzige ISO-zertifizierte Landesförderstelle Österreichs und unseres Wissens auch innerhalb der EU.

Der „Leitfaden zur Beurteilung der korrekten Verfahrensart bei der Vergabe von Leistungen oder bei Subventionen im Rahmen von EU-geförderten Projekten“ wurde am 9. November 2000 per Referatserlass verbreitet.

Anlässlich der EDV-technischen Umstellungen in der MA 14 wurden die Datenbankservices, die im Intranet und Internet durch die MD-EUF angeboten werden, auf eine neue Datenbankplattform (Oracle) umgestellt. Im Zuge dieser Umstellung wurde ein neues Konzept entwickelt, das eine bessere und breitere Dokumentation, vor allem im Hinblick auf die neue Förderperiode der Gemeinschaftsinitiativen und Zielprogramme ermöglicht. Die Implementierung der neuen Version wird jedoch erst 2001 erfolgen.

Zahlungen der EU an die Stadt Wien

Im Jahr 2000 wurden die EU-Förderprogramme URBAN-Wien Gürtel Plus, INTERREG II A und INTERREG II C CADSES weitergeführt. Auch ist es gelungen, im genannten Jahr an weiteren EU-Projekten im Rahmen von Aktionsprogrammen durch Dienststellen des Landes Wien teilzunehmen.

Die im Jahr 2000 durch die Europäische Kommission geleisteten Zahlungen an die Stadt Wien für EU-geförderte Projekte belaufen sich auf rund ATS 15,7 Mio.

Ausgabenseitig wurden von den Dienststellen der Stadt Wien im Jahr 2000 an EU-Fördermitteln rund ATS 16,2 Mio. und an nationalen Kofinanzierungsanteilen rund ATS 27,3 Mio. zur Auszahlung gebracht. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben bei den EU-Mitteln ergibt sich dadurch, dass bei den Gemeinschaftsinitiativen URBAN und INTERREG die Schlusszahlungen durch die Europäische Kommission erst nach Beendigung erfolgen. Die erforderlichen Mittel wurden durch das Land Wien vorfinanziert.

URBAN und Ziel 2 in Wien

Abschluss des Programms URBAN-Wien

Das Wiener Urban Programm befand sich in der Auslaufphase. Der letzte URBAN-Beirat fand am 22. November 1999 statt. Weitere Tagungen waren nicht erforderlich, da keine Mittelbindung mehr vorgenommen werden konnte. Ein Begleitausschuss zu URBAN Wien fand im Jahr 2000 nicht statt, der Jahresbericht 1999 wurde im Umlaufvermit Auslaufen des URBAN Programms Dezember 1999 verlor auch die Gürtelbögen-Vergabekommission ihre Funktion. Diese Kommission wurde auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses 1996 in Leben gerufen und beschäftigte sich mit der Wiederbelebung der Gürtelmittelzone und der Stadtbahnbögen durch eine Jugend- und Kulturmeile.

Auf Grund der äußerst erfolgreichen Arbeit, die in den Jahren 1996 bis 1999 geleistet worden war, blieb diese Kommission als Arbeitskreis Gürtelbögen mit der Zustimmung der zuständigen Stadträte weiterhin bestehen.

Der Erfolg des Projektes Urbion – Urbane Intervention Gürtel West brachte eine erfolgreiche und nachhaltige Aufwertung der Gürtelmittelzone sowie der angrenzenden Gebiete. Daher ist von Seiten der Stadtplanung eine Fortsetzung der Gürtelbelebung in Form eines Gürtelmanagements angedacht. Der Arbeitskreis Gürtelbögen war zur Unterstützung der Vorbereitungsarbeiten für dieses weiterführende Projekt äußerst hilfreich. Die erfahrenen Mitglieder konnten in kurzer Zeit den Ist-Bestand ermitteln und vermitteln und jene Arbeitsschritte erheben, die zur Weiterführung des Urbion-Projekts nötig sind. Das Programm soll von der MA 19 federführend unter der Bezeichnung GÜRTEL TRANSFORM weitergeführt werden.

Einreichung und Vorbereitung des Ziel-2-Programms

Für die am 25. Februar 2000 von der Europäischen Kommission beschlossene Ziel-2 Gebietskulisse wurde der im Vorjahr beauftragte Entwurf des Förderkonzeptes (EPPD) fertiggestellt. Von der MD-EUF wurden neben inhaltlichen Ergänzungen zum (von Regioconsult erstellten) Entwurf vor allem die Aufteilung der Finanzmittel sowie die Festlegung der Durchführungsbestimmungen erarbeitet. Dabei waren zahlreiche Abstimmungsverfahren und Gespräche mit den Ministerien (Bundeskofinanzierung, Finanztablette), dem Bundeskanzleramt, einzelnen Magistratsdienststellen und den Fonds der Stadt Wien notwendig.

Weiters war eine Evaluierung des Programmplanungsdokuments (EPPD) erforderlich. Mit dieser sogenannten „Exante Evaluierung“ wurde das Institut L&R beauftragt.

Das Einheitliche Programmplanungsdokument mit Finanztablette und Exante Evaluierung wurde im Juni bei der Europäischen Kommission eingereicht, mit 4. Juli 2000 wurde die Akzeptabilitätsbescheinigung erteilt.

Mit der Erstellung einer Ergänzung zur Programmplanung (EZP) wurde im 4. Quartal 2000 begonnen.

Für die konkrete Umsetzung der im EPPD enthaltenen Maßnahmen waren und sind noch zahlreiche Abstimmungsgespräche zwischen der MD-EUF als Verwaltungsbehörde des Programms und den Fonds der Stadt Wien, die einen Großteil der Maßnahmen abwickeln werden, erforderlich. Mit möglichen Projektträgern (ÖBB, Fachhochschule) wurden Vorgespräche geführt und über Fördermöglichkeiten beraten.

In der Dresdner Straße 130 wurde am 17. Oktober 2000 eine Außenstelle zur Betreuung der Interessenten vor Ort, das „Ziel-2-Büro“ eröffnet. Dieses wird vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds betrieben, ist mit 2 Personen besetzt und u. a. für die Publicitymaßnahmen des Gesamtprogramms zuständig. Im Dezember wurden bereits einige provisorische Informationsseiten betreffend „Alles rund um die Ziel 2 Förderungen“ in Zusammenarbeit mit der MD-EUF ins Internet gestellt (www.ziel2.wien.at). Diese Domäne wird auch künftig die „offizielle“ Informationsseite zum Wiener Zielgebiet darstellen.

Erste Verhandlungen des Wiener Ziel 2 Programms mit der Europäischen Kommission werden voraussichtlich im ersten Quartal 2001 stattfinden.

Einreichung und Vorbereitung der Gemeinschaftsinitiative URBAN II – Wien

Mit dem Beschluss der Europäischen Kommission am 28. April 2000 für die Förderperiode 2000 bis 2006 die Gemeinschaftsinitiative zur wirtschaftlichen und sozialen Wiederbelebung von städtischen Gebieten einzuleiten (Leitlinien zu URBAN II, C 141/8), wurde für die Stadt Wien die Möglichkeit geschaffen, im Bereich der Stadtentwicklung wieder eine Fördermöglichkeit zu erlangen.

Österreich wurde, mit Entscheidung der Europäischen Kommission vom 11. Juli 2000 mit der indikativen Aufteilung der Verpflichtungsermächtigung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN für den Zeitraum 2000 bis 2006, ein Betrag von EUR 8 Mio. zuerkannt.

Da gemäß der Leitlinien zu Urban II für Österreich nur ein bzw. höchstens zwei URBAN-Gebiete genehmigt werden können, war für die Auswahl dieser Gebiete ein innerösterreichisches Verfahren erforderlich.

Im Einvernehmen mit den Ländern wurde vom Bundeskanzleramt der Österreichische Städtebund mit der Abwicklung eines derartigen Auswahlverfahrens befasst. An dem Verfahren nahmen die Städte Wien, Linz und Graz teil. Bewertet wurden neben den Kriterien gemäß Punkt 11 der Leitlinien auch die Qualität der im „Programmorentwurf“ enthaltenen Strategien.

Innerhalb der Stadt Wien ist für die Gebietsauswahl die MD-EUF zuständig. Da kurz davor für die Einreichung zu Ziel 2 ein von den Kriterien ähnliches Gebiet (Leopoldstadt-Brigittenau) aus einer Auswahl von insgesamt 3 Problemgebieten gewählt wurde, bildeten die verbleibenden beiden Gebiete (Teile des 5. und 10. sowie des 3. und 11. Bezirkes) die Auswahlgrundlage für das Wiener URBAN-Gebiet. Aufgrund der in den Leitlinien geforderten Kriterien „geringe Wirtschaftstätigkeit“ und „besonderer Umstellungsbedarf aufgrund lokaler wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten“ sowie der raschen Verfügbarkeit von Strategien gemäß Punkt 12 der Leitlinien wurde das Gebiet Landstraße-Simmering (Erdberg) als Wiener URBAN-Gebiet dem Entscheidungsgremium vorgelegt. Das innerösterreichische Selektionsverfahren wurde Ende August abgeschlossen.

Da der Wiener und Grazer Gebietsvorschlag vom Österreichischen Städtebund als gleichwertig beurteilt wurde, erfolgte, nach vorherigem Beschluss der Wiener Landesregierung vom 14. November 2000, die Einreichung des Wiener URBAN II Programms am 19. November 2000 bei der Europäischen Kommission.

Die Zustimmung der Europäischen Kommission zur Einreichung von zwei österreichischen URBAN-Programmen wurde schriftlich am 12. Dezember 2000 erteilt.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG

Das Jahr 2000 stand vorrangig im Zeichen der Programmierung der INTERREG III A – PHARE CBC Programme mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn, sowie der Programmierung von INTERREG III B – CADSES II für Mittel- und Südosteuropa.

Im Rahmen der INTERREG III A – Programmierung wurden von Wien die Koordinationsarbeiten zur Gestaltung der Prioritätsachsen und Fördermaßnahmen zwischen den beteiligten Bundesländern und die notwendigen Textteile für Analyse, Stärken- und Schwächenprofile, Programmziele und Strategien, Projektauswahl und Indikatoren sowie Finanztabellen des Landes Wien erarbeitet und eingefügt.

Die Programmierungsarbeiten zu INTERREG III A – PHARE CBC mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn wurden im Mai 2000 abgeschlossen und im Juni 2000 in der Wiener Landesregierung und im Ministerrat der Republik Österreich bewilligt. Seitens der Europäischen Kommission liegt die Akzeptabilität mit 5. und 17. Juli 2000 vor.

Einen hohen Stellenwert hat zukünftig die grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation, wobei der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds aufbauend auf der Machbarkeitsstudie zum CCC (Cross-border Business Co-operation for Central Europe) nun ein eigenständiges Büro für Mittel- und Südosteuropa aufbaut.

Auch die sehr erfolgreiche Zusammenarbeit im Rahmen der Bildungsk Kooperation mit dem Stadtschulrat für Wien wird weitergeführt und vertieft. Dies gilt für die Europäische Mittelschule ebenso wie für das Bildungsnetzwerk CERNET.

Neu in den Bemühungen in der Zusammenarbeit mit Brünn, Bratislava und Győr ist vor allem die Entwicklung gemeinsamer Projekte im Bereich der Urban Technologies. In drei großen Veranstaltungen der Städte Bratislava, Győr und Brünn wurden im Rahmen von Arbeitsreisen mögliche Kooperationsprojekte entwickelt.

Die Programmierung für das INTERREG III B – Programm CADSES II für die EU-Förderperiode 2000 bis 2006 stand ganz im Zeichen der Frage der zukünftigen Organisationsstruktur und deren Umsetzungen. In 4 Verhandlungsrunden in Berlin, Athen, Rom und Wien wurde zwischen September und Dezember 2000 versucht, die sehr komplexen Fragestellungen von Programmierung und Verwaltungsbehörde zu lösen. Die Einreichung des Programms wird vermutlich im Februar 2001 erfolgen. Die endgültige Organisationsstruktur wird im Rahmen von Verhandlungen der 4 Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission im Frühjahr 2001 festgelegt.

Im Rahmen von INTERREG II C liefen zahlreiche **transnationale Wiener Projekte**, wobei beispielhaft 3 Projekte hervorzuheben sind:

- Das Projekt PREPARITY steht für Strukturpolitik und Raumplanung zur Vorbereitung auf die EU-Erweiterung in den Mitteleuropäischen Regionen an der EU-Außengrenze. Eingebunden in diese Arbeit sind Forschungsinstitute aus Österreich, Deutschland und Italien.
- Das INTERREG II C – Projekt UTN (Urban Technology Network) ist ein Städtenetzwerk in Mittel- und Südosteuropa, welches das spezifische Know-how der Wiener Stadttechnologien im Rahmen dieses Netzwerkes nützt und konkrete Kooperationsprojekte mit den Partnerstädten Thessaloniki, Venedig, Krakau, Bratislava, Budapest und Odessa entwickelt (z. B. ein Kooperationsprojekt mit der Stadt Krakau zum Thema „Abfallwirtschaft“ oder ein „Siedlungswasserwirtschaftliches Rahmenkonzept“ mit der Stadt Bratislava). Eine abschließende Konferenz für dieses Projekt am 17. und 18. Mai 2001 ist in der Wiener Hofburg geplant.
- Das INTERREG II C – Projekt TECNOMAN ist ein Städte- und Regionalentwicklungsnetzwerk unter der Beteiligung der österreichischen Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten zusammen mit Partnern aus Griechenland und Tschechien. TECNOMAN steht für TEN and Corridor Nodes Position Management Network und befasst sich schwerpunktmäßig mit der Fragestellung und einer effizienten Strategie für die Beziehung von Infrastruktur-Standortentwicklung-Wirtschaftsentwicklung. Im Rahmen des Projekts TECNOMAN Extension wurde auch die große, europäische Verkehrskonferenz mit dem Titel „FIT for Enlargement“ entwickelt (FIT steht für Future Investment Transport and Infrastructure), welche sich mit einzelnen Themenbereichen zur Verkehrspolitik auseinandersetzt. Beispiele dafür waren: Güterverkehrs- und Logistikzentren in Europa, TEN- und TINA-Korridore, Wien als TEN-Knoten sowie Finanzierungsmodelle für den Infrastrukturausbau. Ein Ziel der Konferenz FIT war es, die verkehrspolitischen Zielsetzungen von Bund und Ländern zusammenzuführen, um eine gemeinsame österreichische Positionierung für die EU-Erweiterung zu erarbeiten.

Rahmen- und Aktionsprogramme

Von den Rahmen- und Aktionsprogrammen können folgende Projekte aus den verschiedenen Themengebieten hervorgehoben werden:

- Telematik: „Infosond“ soll den leichteren Zugang zu den modernen Medien speziell für ältere Menschen erarbeiten
- Bildung: „Media naturae“ ist die Entwicklung eines länderübergreifenden Naturlehrgangs
- Frauen: „Best Practice in der betrieblichen Frauenförderung“ entwirft Strategien für wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen zur Förderung von Frauen in Betrieben
- Jugend: der „Europäische Freiwilligendienst“ bietet Jugendlichen Auslandserfahrungen durch einen längeren Aufenthalt an

- Umwelt: „Regen- und Brauchwassernutzung“ erforscht die Möglichkeit der Nutzung von Wasserquellen außerhalb der Hochquellen
- Verkehr: „Comparitive Studies for metropolitan areas“ untersucht Problematiken und Lösungen städtischer Verkehrspolitik
- Gesundheit: „Megapoles“ bietet spezielle Betreuung für Risikoschwangere an

EU-FörderreferentInnen

Mit Erlass vom 30. Juni 1999 (MD EUF – F 45/99) wurden die Abteilungen aufgefordert, einen Verantwortlichen der Abteilung zum Thema EU-Förderungen zu nominieren.

Basierend auf der Reise der FörderreferentInnen nach Brüssel, die bereits im November 1999 stattgefunden hatte, war die MD-EUF bestrebt, den Wünschen und Bedürfnissen der über 180 FörderreferentInnen gerecht zu werden und die KollegInnen mit den nötigen Informationen auszustatten, die für die Wahrnehmung dieser Position nötig sind. In einer Diskussionsveranstaltung wurden zunächst die Erwartungshaltungen ausgelotet, um dann in einem Ausbildungsprogramm darauf eingehen zu können. Eine Informationsveranstaltung in der ständigen Vertretung der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments bot den FörderreferentInnen die Möglichkeit, die Aufgaben der Institutionen kennen zu lernen. In der zweiten Jahreshälfte wurde eine Grundausbildung für EU-FörderreferentInnen zusammengestellt, die in drei Halbtagesvorträgen Basiswissen vermitteln soll. Das Interesse an den Veranstaltungen war vor allem bei den ersten beiden Vorträgen unerwartet groß.

Ergänzt wurden diese Schulungen noch durch ausführliche Vorträge zu Fördermöglichkeiten im 5. Rahmenprogramm für Forschung und technische Entwicklung, in den Bereichen Kultur, Jugend, Soziales usw. Hiefür wurden nur jene KollegInnen eingeladen, deren Arbeitsfeld inhaltlich mit der Thematik übereinstimmt. Naturgemäß ist der Interessentenkreis kleiner, das Interesse jedoch zunehmend.

Zusätzlich wurde noch von der MD-EUF eine Erhebung zu den Fremdsprachenkenntnissen der FörderreferentInnen durchgeführt, um die Notwendigkeiten in diesem Gebiet auszuloten. Überdurchschnittlich viele KollegInnen erklärten sich bereit, sich zusätzliche Sprachkenntnisse anzueignen. Von der MD-VA wurde zugesagt, dass Mittel für die nötigen Sprachschulungen nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt werden. An zwei Vormittagen wurde bereits das EU-Fachvokabular mit einer Dolmetscherin erarbeitet.

Eurocities

Abschließend darf noch berichtet werden, dass die MD-EUF sehr aktiv in Eurocities mitwirkt und durch MitarbeiterInnen im Kulturkomitee, im Sozialkomitee und seit kurzem auch im Telecitieskomitee, vertreten ist.

Magistratsdirektion – Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MD-H)

Der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen sind die Leitstelle des rechtskundigen Permanenzdienstes, die Dezernate „Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit“, „Sofortmaßnahmen“, „Dienstkraftwagenbetrieb“ und der Aufgabenbereich „Humanitäre Hilfsmaßnahmen“ zugeteilt.

Mit Stichtag 31. 12. 2000 waren in der MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen insgesamt 30 MitarbeiterInnen beschäftigt.

1. Rechtskundiger Permanenzdienst

Im Jahr 2000 lagen die inhaltlichen Schwerpunkte der Anforderungen des rechtskundigen Permanenzdienstes (RKPD) in den Bereichen Jugendwohlfahrtswesen, Veranstaltungswesen und Gewerberecht. Insgesamt waren 127 Anforderungen des RKPD zu verzeichnen, von denen 108 von den diensthabenden PermanenzjuristInnen telefonisch erledigt wurden. In 19 Fällen war ein Einsatz der zuständigen PermanenzjuristInnen vor Ort erforderlich.

Von der Leitstelle des RKPD wurden in Zusammenarbeit mit dem Dezernat Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit zwei Informationsveranstaltungen zum Thema „Wiener Katastrophenhilfegesetz und Krisenmanagement“ abgehalten. Weiters wurden alle PermanenzjuristInnen im Rahmen einer Informationsveranstaltung über die Aufgaben des Frauennotrufs der Stadt Wien informiert.

Durch die Anschaffung von zwei neuen Mobiltelefonen der Type Ericsson R320s wurde eine Verbesserung der Kommunikation und des Bedienungscomforts erreicht. Neben zahlreichen Informationen für die Informationsübersichtsmappe sowie Rundschreiben der Leitstelle und einer aktualisierten Neuauflage des Organisationshandbuchs wurde auch eine Adaptierung der Rechtsvorschriftenmappe der PermanenzjuristInnen auf den letzten Stand vorgenommen.

Im Rahmen einer **Personalaufstockung** ab 1. Oktober 2000 sind insgesamt 20 neue PermanenzjuristInnen hinzugekommen. Für diese wurde ein Ausbildungsprogramm angeboten welches sowohl organisatorische als auch rechtliche Informationen über die Tätigkeit des RKPd beinhaltet. Im Laufe des Jahres 2000 sind insgesamt 23 KollegInnen ausgeschieden wodurch sich unter Berücksichtigung der oben erwähnten 20 neuen KollegInnen ein Personalstand von 61 per 31. 12. 2000 ergibt.

2. Zivilschutz, Krisenmanagement, Sicherheit

Das Jahr 2000 begann für die MitarbeiterInnen des Dezernates Zivilschutz, Krisenmanagement und Sicherheit bereits in der Neujahrsnacht in der Dienststelle im Zusammenhang mit der „Y2K-Problematik“ eingerichteten Einsatzstelle. Erfreulicherweise blieb es bei einem reinen Bereitschaftseinsatz, da die befürchteten Auswirkungen des „Millenniumsbug“ nicht eintraten.

Leider blieb das Jahr 2000 in Österreich nicht frei von tatsächlichen Katastrophen bzw. auch „beinahe“-Katastrophen, die auch zu Einsätzen des Dezernats in direkter und indirekter Form führten. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die Bruchlandung eines Verkehrsflugzeugs der Firma Hapag-Lloyd am Flughafen Wien-Schwechat, welche zu einem Großeinsatz der von der Dienststelle aufgebauten psycho-sozialen Betreuungsteams, die in diesem Jahr auch den Namen **Akutbetreuung Wien (ABW)** bekamen, führte. Auch der zweite größere Einsatz des Dezernats betraf die Akutbetreuung, da für die Wiener Angehörigen der Katastrophenopfer von Kaprun eine Telefoninfostelle eingerichtet wurde und in Folge auch mehrere Familien persönlich von den Teams sowohl in Wien als auch in Kaprun betreut wurden. Ein Zeichen für die erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet war auch die Durchführung des im Rahmen der Aktivitäten der EU auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes finanziell unterstützten Europäischen Workshops betreffend die psycho-soziale Akutbetreuung in Krisensituationen.

Auf dem Gebiet der konzeptiven Arbeit des Dezernats sind für das Jahr 2000 die Ausarbeitung eines **Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit** im Katastrophen- und Krisenfall und Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung einer „Infostelle“ für die Bevölkerung hervorzuheben.

Vom Dezernat wurde auch in diesem Jahr wieder eine rege **Vortragstätigkeit** auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes und Krisenmanagements entfaltet. Es wurden zahlreiche Vorträge in Bezirkskatastrophenschutzkommissionen, am Sitz der Vereinten Nationen in Wien, innerhalb der Ausbildung der Gendarmeriezentralschule, beim Militärkommando Wien sowie bei der Sanitätsschule des Bundesheeres und in den Schwesternschulen des Krankenanstaltenverbundes gehalten.

Bei gegenseitigen **Delegationsbesuchen** in Moskau und Wien konnte mit der Stadt Moskau ein Zusammenarbeitsübereinkommen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes unterzeichnet werden.

Hinsichtlich der vom Dezernat wahrgenommenen **Sicherheitsaufgaben** ist besonders zu erwähnen, dass in Folge der Einrichtung von sogenannten „Frontoffices“, in welche auch Kassen integriert werden, neue Sicherheitsanforderungen zu erfüllen waren. Diesbezüglich wurden gemeinsam mit der MA 68-Wache Rathaus neue Sicherheitskonzepte entwickelt.

3. Sofortmaßnahmen

- Unter Federführung des Dezernats Sofortmaßnahmen wurden ab Mitte Mai 2000 im Bereich der Copa Cagrana gemeinsam mit der MA 22, der MA 36 sowie des MBA 22 wöchentliche Lärmmessungen und Kontrollen der Lokale durchgeführt.
- Bei insgesamt 31 Wohnungsbränden sowie Gasexplosionen wurde massive Hilfestellung geleistet. Hauptsächlich wurden die von Obdachlosigkeit bedrohten Personen zunächst in Ersatzunterkünften untergebracht.
- Schwerpunktmäßige Überprüfungen von Werkstättenbetrieben im 12. Bezirk, Biedermannngasse im Hinblick auf Pfuscherwesen und Schwarzarbeit
- Kontrollen der Clubbing- und Veranstaltungsszene in Bezug auf Fassungsraumüberschreitungen sowie der Auflagen des Wiener Veranstaltungsgesetzes
- Auf Veranlassung des Dezernats wurden weitere Grillplätze eingerichtet bzw. entsprechende Maßnahmen gesetzt – wie etwa Überwachung durch einen privaten Sicherheitsdienst – um Beschwerden in Hinkunft zu unterbinden.
- Im Umweltbereich fielen u. a. Fälle wie das Auftreten von Eichenprozessionsspinnern (Schmetterlingslarven) in Wien 22., Gänschäufel sowie das Vorkommen von Giftködern im Bereich des Heustadelwassers in Wien Leopoldstadt.
- Die Schwerpunktaktionen mit dem Arbeitstitel „Rathausmänner unterwegs“ wurden auch im Jahr 2000 im Sinne einer bürgernahen Serviceeinrichtung erfolgreich fortgeführt. Hierbei wurde jeweils das gesamte Straßennetz eines Bezirks innerhalb eines Tages mit bis zu drei Teams abgefahren und Schadensfälle bereits im Vorfeld von Beschwerden aufgespürt. Eine ausführliche Gesamtstatistik ist in den Tabellen MDH Rathausmänner, MDH Bürgeranliegen, MDH Straßenschaden ersichtlich.
- Wie in den Jahren davor wurden mit den diversen Redaktionen der Tageszeitungen aber auch der elektronischen Medien Kontakt gehalten und gegebenenfalls entsprechende Aussendungen vorgenommen.

Rathausmänner unterwegs – Schwerpunktaktionen 2000

Aktion / Datum	gefährdete Kilometer	Zentrale Bürgeranliegen			Straßenschadensdatei			Kfz-Datei	Fälle Mobilbüro	Fälle gesamt
		MDH	BÜ	Gesamt	MDH	BÜ	Gesamt	MDH		
Wieden										
22. u. 23. März 2000 Margareten ¹⁾	56	1	38	39	44	6	50	0	109	198
5. April 2000 Innere Stadt ²⁾	58	1	0	1	33	0	33	0	0	34
6. April 2000 Meidling	54	0	0	0	46	0	46	0	0	46
12. u. 13. April 2000 Neubau	108	1	3	4	90	0	90	13	55	162
3. u. 4. Mai 2000 Donauinsel ³⁾	58	4	7	11	33	0	33	0	33	77
17. u. 18. Mai 2000 Favoriten ²⁾				0			0			0
14. u. 15. Juni 2000 Brigittenau	300	0	0	0	79	0	79	14	0	93
13. u. 14. September 2000 Leopoldstadt	190	1	22	23	45	2	47	4	117	191
11. u. 12. Oktober 2000	143	0	13	13	41	3	44	2	92	151
Gesamt:	967	8	83	91	411	11	422	33	406	952

¹⁾ Baustellenaktion. – ²⁾ Aktion ohne Mobilbüro. – ³⁾ Fälle wurden in Listenform der Fachdienststelle übermittelt.

Zentrale Bürgeranliegen – Gesamtstatistik 2000 DVR: 0000191

Bezirk	Fahr- zeuge	Verkehrs- probleme	Straßen- schäden	Bau- probleme	Ge- brechen	Verunrei- nungen	Grün- probleme	Geruch Luft	Lärm	Rechts- probleme	Sonstige	Gesamt
1	13	50	59	53	118	37	10	8	13	32	288	681
6	20	29	13	23	83	63	9	4	16	19	27	306
7	8	46	16	45	115	67	17	7	16	18	23	378
8	1	27	8	9	53	27	3	3	9	8	15	163
9	22	70	36	35	147	136	16	7	21	23	47	560
14	44	138	93	42	291	365	35	7	17	48	52	1.132
15	62	81	34	23	192	291	62	6	22	50	58	881
16	61	105	44	44	230	186	34	17	14	30	68	833
17	37	106	61	79	177	190	45	15	31	61	60	862
18	36	82	49	54	207	173	38	7	13	54	78	791
19	26	94	112	72	276	423	84	11	26	54	94	1.272
West gesamt	330	828	525	479	1.889	1.958	353	92	198	397	810	7.859
3	34	88	31	31	181	195	32	18	36	48	90	784
4	16	58	35	48	119	96	16	6	18	21	43	476
5	19	65	50	76	110	147	32	8	22	16	48	593
10	138	253	79	74	418	487	111	21	71	95	189	1.936
11	36	121	68	30	133	135	100	16	31	74	130	874
12	126	165	64	130	318	237	74	19	50	99	102	1.384
13	36	86	45	21	195	237	39	9	18	75	66	827
23	62	148	196	36	519	531	61	14	20	83	98	1.768
Süd gesamt	467	984	568	446	1.993	2.065	465	111	266	511	766	8.642
2	44	85	32	47	174	182	42	7	29	35	80	757
20	40	104	38	48	170	237	63	19	33	71	130	953
21	125	96	192	29	560	815	47	8	13	73	70	2.028
22	90	173	297	50	547	417	88	19	36	70	88	1.875
Nordost gesamt	299	458	559	174	1.451	1.651	240	53	111	249	368	5.613
All- gemein Wien gesamt	1.101	2.272	1.652	1.100	5.334	5.675	1.058	256	575	1.162	1.989	22.174

Straßenschäden – Arbeitsstatistik 2000 DVR: 0000191

Bezirk	Fahrzeuge	Verkehrsprobleme	Straßenschäden	Aufgrabung	Baustoff-Lagerung	Verunreinigungen	Gebrechen	Gesamt
1		306	114		37	21	144	622
6	1	83	37	1	13	50	79	264
7		103	30	3	27	47	106	316
8		107	11		9	16	45	188
9		188	47	1	2a1	87	154	498
14	2	227	99		20	297	284	929
15		178	41	1	11	236	187	654
16	1	154	102	6	13	141	219	636
17		132	78	7	29	139	162	547
18		88	64		19	141	202	514
19		184	154	6	15	338	279	976
West gesamt	4	1.750	777	25	214	1.513	1.861	6.144
3		230	39	2	4	120	162	557
4		112	35		38	78	114	377
5		111	51		69	113	105	449
10	1	354	82	2	27	366	401	1.233
11		205	77	1	2	57	127	469
12	1	295	83	27	57	153	309	925
13		168	98	6	6	205	210	693
23		376	327	1	10	475	515	1.704
Süd gesamt	2	1.851	792	39	213	1.567	1.943	6.407
2		344	49	2	29	122	167	713
20	1	195	54	3	21	154	160	588
21	4	272	198	8	4	764	553	1.803
22		400	326	3	20	348	540	1.637
Nordost gesamt	5	1.211	627	16	74	1.388	1.420	4.741
Wien gesamt	11	4.812	2.196	80	501	4.468	5.224	17.292

EDV, Technik und Innovationen

Unter Federführung des Projektleiters für **Zentrales Beschwerdemanagement** gelang es im Jahr 2000, den ersten dienststellenübergreifenden Workflow umzusetzen. Die Umstellung für den elektronischen Akt (ELAK) innerhalb der Dienststelle wurde ebenfalls durch die EDV-Koordination in Angriff genommen. Es wurden entsprechende Vorbereitungen getroffen, um in einem Pilotprojekt ab Jänner 2001 das Zentrale Beschwerdemanagement (ZBM) sowie den elektronischen Akt umzusetzen.

Als Innovation ist noch zu berichten, dass Mobiltelefone mit w@p-Technologie angeschafft wurden und auch ein spezieller w@p-Dienst, nämlich der Citymanager zum Einbringen von Beschwerden, Mitteilungen etc. direkt an das Dezernat Sofortmaßnahmen eingerichtet wurde.

4. Dienstkraftwagenbetrieb

Neben der Beistellung von **Dienstkraftwagen für Funktionsträger** der Stadt Wien und für alle städtischen Dienststellen erfolgte durch den Dienstkraftwagenbetrieb auch die Personalführung von 51 Kraftwagenlenkern und 17 Werkstättenmitarbeitern sowie die Verwaltung von Budgetmitteln für die Beschaffung von Ersatzmaterialien und Reparaturarbeiten. Der Pannendienst des Dienstkraftwagenbetriebs verzeichnete 52 Hilfsfahrten für Personen- und Kombinationskraftwagen von den verschiedenen Dienststellen des Magistrats. Vom Dienstkraftwagenbetrieb werden auch 70 **Dienstoffahrräder** betreut.

In Fahrtechnik-Sicherheitslehrgängen wurden die Lenker auf die verschiedenartigsten Situationen des täglichen Straßenverkehrs trainiert bzw. geschult. Auch werden ihnen alle Veränderungen der Straßenverkehrsordnung und des Kraftfahrzeuggesetzes bekannt gegeben.

Weiters wurde die Erstellung und Fortschreibung des vom Gemeinderat zu beschließenden **Systemisierungsplans der Kraftfahrzeuge** der Stadt Wien sowie die Genehmigung zur Anschaffung neuer Personen- und Kombinationskraftwagen der städtischen Dienststellen durch den Dienstkraftwagenbetrieb vorgenommen.

5. Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Jahr 2000

Die grundsätzliche Ausrichtung der humanitären Hilfsmaßnahmen der Stadt Wien galt in geographischer Hinsicht vorzugsweise den osteuropäischen Ländern, in sachlicher Hinsicht der Zielgruppe Kinder/Jugendliche, Frauen, Kranke und alte bedürftige Menschen.

Bosnien-Herzegowina

Zur Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung wurden Spitalsgüter für die Frauenklinik Sarajewo, deren medizinische Ausrüstung durch den Krieg großteils zerstört worden war, angekauft und geliefert.

Bulgarien

In einem Erziehungsheim für minderjährige Straftäterinnen in Podem wurde zur Verbesserung der Wiedereingliederungschancen für 64 junge Frauen ein sechsmonatiger Computer- und Berufsorientierungskurs finanziert.

Mit Unterstützung der Stadt Wien wurden in Bulgarien bereits vier Sozialberatungsstellen auf Gemeindeebene für gefährdete Kinder, ihre Familien und andere sozial schwache Gruppen aufgebaut. Das ebenfalls finanzierte weiterführende Projekt zur Förderung der Supervision in der Sozialarbeit soll weitere 30 Fachkräfte trainieren.

Mazedonien

Eine Analyse der Stadtverwaltung Skopje ergab eine grobe Vernachlässigung der Spielgeräte auf öffentlichen Spielplätzen und somit eine Gefährdung der Kinder. Wien unterstützte eine Aktion der Stadt Skopje durch die Errichtung eines modernen und sicheren Spielplatzes.

Moldawien

Nachdem ein eklatanter Mangel an Medikamenten und winterfester Kleidung besteht, wurde eine Lieferung von Medikamenten und Kinderkleidung unterstützt.

Mosambik

Nach der Überschwemmungskatastrophe war etwa eine Million Menschen obdachlos und ohne Trinkwasser. Die Stadt Wien finanzierte ein Wasserprojekt, das die Trinkwasserversorgung für ca. 12.500 Menschen sicherte.

Ostländer

Die Weihnachtspaketaktion einer humanitären Organisation für etwa 15.000 bedürftige Kinder wurde finanziell gefördert.

Russland

Auf Einladung der Stadt Wien verlebten russische Kinder im Sommer einen zweiwöchigen Ferienaufenthalt in unserer Stadt.

Serbien

Nach den umfassenden politischen Änderungen in Serbien setzte die Stadt Wien als Beitrag für Stabilität und Frieden ein Zeichen und unterstützte die Stadtverwaltung Belgrad mit dringend benötigten Kommunalfahrzeugen und Spitalsgütern.

Südafrika

Die dritte Ausbaustufe für die von der Stadt Wien finanzierten Schule in Orange Farm wurde ebenfalls subventioniert.

Eine zusätzliche Projektförderung erfolgte durch kostenlose Überlassung von gebrauchten Sachgütern und die Übernahme von Transportkosten für Hilfsgüterlieferungen von Hilfsorganisationen in folgende Zielländer: Albanien, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kuba, Madagaskar, Malawi, Rumänien, Pakistan, Ukraine, Syrien, Zimbabwe.

Magistratsdirektion – Personaldirektion (MD-PD)

Die MD-Personaldirektion hatte am 31. 12. 2000 die Dienstaufsicht über:

- 315 Rechtskundige Bedienstete
- 197 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes
 - 10 Bedienstete des höheren Archivdienstes
 - 16 Bedienstete des höheren Bibliotheksdienstes
 - 18 Bedienstete des höheren Dienstes in den Museen
- 549 Bedienstete des höheren technischen Dienstes
 - 18 Bedienstete des höheren Forstdienstes
 - 50 PsychologInnen der MA 11, MA 12 und MA 57
 - 3 ÄrztInnen
 - 2 TierärztInnen
- 2.226 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes
 - 766 Fachbedienstete des technischen Dienstes
 - 12 SozialpädagogInnen
 - 662 SozialarbeiterInnen
 - 126 Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitung
- 3.487 Kanzleibedienstete
- 1.279 Betriebsbedienstete, Bedienstete des technischen Dienstes, WerkmeisterInnen
 - 554 Amtsgehilfinnen
- 8.393 Sondervertragsbedienstete (RedakteurInnen), Gesundheits- und Krankenschwestern/Gesundheits- und Krankenpfleger (MA 47), AufseherInnen, KraftwagenlenkerInnen, FacharbeiterInnen, ArbeiterInnen, Hilfskräfte, Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr, für die Kurzparkzonen usw.
- 18.683 Bedienstete insgesamt**

Im Jahr 2000 wurden nach erfolgter Eignungsfeststellung 29 rechtskundige Bedienstete, 28 Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes, 29 Bedienstete des höheren technischen Dienstes, 48 Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes, 24 Werkmeister, 1 Bediensteter des technischen Dienstes sowie 41 Kanzleibedienstete **in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen.**

Zur Abdeckung des Gesamtbedarfs an Kanzleibediensteten wurden zusätzlich 149 ausgelernte Bürokaufmanns/frau-Lehrlinge in den Kanzleidienst übernommen.

Als weitere Maßnahme zur Erhöhung der Mobilität und Flexibilität der Bediensteten der Stadt Wien wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2000 analog zu der bereits bei den rechtskundigen Bediensteten langjährig praktizierten Vorgangsweise auch für die Bedienstetengruppe des höheren technischen Dienstes ein Rotationssystem („**Jobrotation**“) für die Dauer der Grundausbildung eingeführt. Die ab diesem Zeitpunkt aufgenommenen Bediensteten des höheren technischen Dienstes werden daher im Rahmen dieser Grundausbildung in drei verschiedenen Fachdienststellen für je sechs Monate eingesetzt. Die Auswahl der Ausbildungsdienststellen erfolgt unter Berücksichtigung der fachspezifischen technischen Ausbildung, doch soll auch eine interdisziplinäre Tätigkeit durchaus gefördert werden. Im Berichtsjahr wurden über die Projektleitstelle für Personaltransferierungen im Zusammenhang mit Strukturveränderungen die entsprechenden Personalmaßnahmen bei den Organisationsänderungen im KAV, in der MA 4, sowie in der MA 12 gesetzt.

Die Errichtung des Wohnsitzdezernats in der MA 62 machte die Aufnahme von 10 **Aushilfsbediensteten** erforderlich. Da der Personalbedarf für die Anträge auf Ausstellung und Verlängerung von Parkvignetten in den magistratischen Bezirksämtern 2, 4/5 und 20 nicht zur Gänze mit Kanzleibediensteten gedeckt werden konnte, wurden 5 Aushilfsbedienstete für diese Tätigkeit aufgenommen.

Außerdem wurden, vornehmlich für Aufsichtsdienste, 42 SaisonhilfsarbeiterInnen für die Museen der Stadt Wien im Juli, August und September 2000 beschäftigt.

In den Sommermonaten 2000 hatten insgesamt 202 Schüler und Schülerinnen bzw. Studenten und Studentinnen die Möglichkeit, berufliche Erfahrungen im Rahmen eines **Ferialpraktikums** in diversen Dienststellen der Stadt Wien zu gewinnen.

Die seit Jahren bestehenden Anstrengungen, **behinderten Menschen** bei der Stadt Wien einen Arbeitsplatz zu bieten, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt. 56 begünstigte Behinderte konnten nach Feststellung ihrer individuellen Einsatzmöglichkeiten unter Berücksichtigung ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer beruflichen Qualifikation einerseits und Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den Dienststellen andererseits im Rahmen der Sonderaktion für Behinderte aufgenommen werden. Ende 2000 waren 693 Behinderte im Rahmen dieser Aktion beschäftigt.

Im Zuge der Erhöhung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Dienststellen im Personalmanagement sowie zur Beschleunigung von Verwaltungsabläufen wurden auf Grund der bisher gewonnenen positiven Erfahrun-

gen im Jahr 2000 die Ermächtigungen der Dienststellen zur Wahrnehmung der operativen Dienstaufsicht über bestimmte Bedienstetengruppen ausgeweitet. Derzeit wird die operative Dienstaufsicht für 8.860 Bedienstete von den Dienststellen wahrgenommen.

Im Rahmen des seit 2000 zum Einsatz gelangten VIPER-Systems (Verwaltung Integrierter Personaldaten auf dezentraler Ebene) wurde seitens der MD-PD die Koordination bezüglich des vorrangigen Einsatzes von VIPER, Erweiterungswünsche, Schulungen und Erstellung eines Schulungskonzepts fortgeführt. In regelmäßigen Absprachen mit den Mitgliedern der Koordinationsgruppe wird unter Anwesenheit je eines Vertreters der MD-BC, MA 2, MA 3, MA 14, KAV und der Personalvertretung eine gemeinsame Problemlösung zu aktuellen Fragestellungen angestrebt.

Zur Wahrnehmung der Vorschriften des Datenschutzes bzw. der Einhaltung der PC-Betriebsordnung erfolgte die Festlegung der Zugriffsmöglichkeit in den einzelnen Bereichen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen. In diesem Zusammenhang wurde 2000 die VIPER-Datenschutzmeldung für das Datenverarbeitungsregister sowie das WIPIS-Organisationskonzept erstellt und genehmigt.

Weiters wurde – an Stelle der bisher manuell geführten Personalplanung – die Ein- bzw. Durchführung einer elektronischen Personalbedarfsplanung für magistratsweit zum Einsatz kommende Bedienstetengruppen verwirklicht.

Im Intranet richtete die MD-PD eine eigene Homepage ein, welche bereits gut frequentiert wird.

Auf Grund der sich in den letzten Jahren stark geänderten Anforderungen an Kanzleibedienstete und Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes sah sich die MD-PD veranlasst, magistratsweit (ausgenommen die Wiener Stadtwerke) Fragebögen über **Qualifikations- und Tätigkeitsprofile** für diese Bedienstetengruppen auszusenden, um in Erfahrung zu bringen, welcher Qualifikationsbedarf in den Dienststellen gegeben ist. Daraus ableitend konnte für diese Bedienstetengruppen ein Standardberufsbild, das sind Befähigungen, die für den Dienst bei der Stadt Wien unbedingt erforderlich sind, und über das Standardberufsbild hinausgehende Fähigkeiten und Kenntnisse festgelegt werden. Ferner können dadurch auch geeignete Anknüpfungspunkte für leistungs- und ergebnisorientierte Entlohnungskomponenten gewonnen werden.

Die **Führungskräftenachwuchsausbildung** konnte auch im Jahr 2000 erfolgreich fortgeführt werden. Unter anderem konnte fünf MitarbeiterInnen (davon drei Frauen) die Gelegenheit gegeben werden, für die Dauer von sechs (bei einem Mitarbeiter sogar 12) Monaten in Privatunternehmen entsendet zu werden, um im Rahmen der magistratsexternen Personalentwicklung die betriebliche Praxis in anderen Unternehmen kennen lernen zu können sowie persönliche Erfahrungen in der Führungskraftarbeit zu gewinnen.

Das **MitarbeiterInnenorientierungsgespräch (MOG)** wurde im vergangenen Jahr sukzessive ausgedehnt; ab dem Jahr 2001 wird mit der flächendeckenden Einführung begonnen werden. Das MOG ist ein Dialog zwischen Vorgesetzter/Vorgesetztem und MitarbeiterIn in Form eines Beratungs- und Förderungsgesprächs, auf das sich beide GesprächspartnerInnen vorbereiten. Es bietet unter anderem auch die Möglichkeit der Rückschau auf die vergangene Arbeitsperiode, um zu klären, welche Ziele es gab und inwieweit diese erreicht werden konnten.

Im Rahmen der Mitwirkung an den Managementforen Personal und EDV wurden zu diversen Handlungsfeldern die strategischen Erfordernisse einer modernen Verwaltungsführung definiert und Umsetzungsvorschläge ausgearbeitet. Diese bilden die Basis für einen Teil des Strategieplans der Wiener Stadtverwaltung.

Magistratsdirektion – Bedienstetenschutz (MD-BS)

Die Aufgabenschwerpunkte im Jahr 2000 waren die Koordination und begleitende Kontrolle der Einrichtung der Präventivdienste sowie die Durchführung der Evaluierung nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998.

Es wurde seitens der MD-BS konkrete Hilfestellung hinsichtlich der Evaluierungsnotwendigkeiten einzelner Arbeitsstätten gegeben. Allgemeine, übergeordnete Fragen der Umsetzung wurden laufend geklärt. Darüber hinaus wurde die Evaluierung hinsichtlich Brandschutz laufend betreut. Vierteljährlich wurden Berichte über den Fortschritt der Evaluierung erstattet. Außerdem wurde eine Intranet-Homepage mit weiterführenden bedienstetenschutzrechtlichen Informationen eingerichtet.

Organisation und Abwicklung einer Länderexpertenkonferenz für Bedienstetenschutz

Am 14. Juni 2000 wurde im Rathaus eine Länderexpertenkonferenz zum Thema „Bedienstetenschutz“ abgehalten. An der Konferenz haben unter Vorsitz der MD-BS 21 BundesländervertreterInnen teilgenommen. Die Konferenz bot die Möglichkeit eines umfassenden Erfahrungsaustauschs.

Sicherheitsvertrauenspersonen

- Gemäß § 78 Absatz 1 Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 wurden in den Vorjahren Sicherheitsvertrauenspersonen für die Dienststellen des Magistrats bestellt. Die durch den Dienststellenbegriff des § 4 Wiener Personalvertretungsgesetz grundsätzlich vorgegebenen Wirkungsbereiche (Zuständigkeit jeder Sicherheitsvertrauensperson für die gesamte Dienststelle) wurden in 50 Dienststellen aus Gründen der Zweckmäßigkeit zwischen den Sicherheitsver-

trauenspersonen der Dienststelle aufgeteilt (Einschränkung der Wirkungsbereiche). Dafür waren seitens der MD-BS umfangreiche Abstimmungen mit den Dienststellen, den Sicherheitsvertrauenspersonen und der Personalvertretung erforderlich.

- Informationsplattformen für Sicherheitsvertrauenspersonen von vier Dienststellen (nach § 4 Wiener Personalvertretungsgesetz) wurden organisiert und abgehalten.

Einrichtung einer Plattform für den regelmäßigen Informationsaustausch der Präventivdienste

- Für ArbeitsmedizinerInnen und Sicherheitsfachkräfte wurden Arbeitskreise eingerichtet, die regelmäßig in Abständen von zwei Monaten durchgeführt werden.

Erhöhung der Akzeptanz bedienstetenschutzrechtlicher Bestimmungen in den Dienststellen durch die Weiterführung der persönlichen Kontaktnahmen mit DienststellenleiterInnen

- Im Jahr 2000 wurden zur Abklärung aktueller Fragen und im Rahmen der von der MD-BS angebotenen Hilfestellungen in 50 Dienststellen Besuche durchgeführt.

Supervision

Zwecks Erweiterung des derzeit im Magistrat der Stadt Wien bestehenden Angebots an Supervision wurden Verhandlungen mit mehreren SupervisorInnen geführt. Nach Klärung grundsätzlicher Bedingungen konnten Angebote über die Durchführung eingeholt werden. Unter Berücksichtigung der Bedarfssituation wurde auf Basis der Angebote im Oktober mit Supervision in zwei Dienststellen begonnen. In diesen beiden Dienststellen wurden 45 Bedienstete von drei SupervisorInnen in insgesamt 16 Sitzungseinheiten zu je zwei Stunden betreut. Auf Grund von positiven Erfahrungen in dieser Pilotphase ist die Fortsetzung der Supervision auch in anderen Dienststellen für 2001 vorgesehen.

Gesundheitsförderung

Unter Leitung der MD-BS wurden in einer Arbeitsgruppe, der verschiedene Dienststellen angehörten, in insgesamt neun Sitzungen Maßnahmen zur Gesundheitsförderung von Bediensteten der Stadt Wien ausgearbeitet und ein umfassender Schlussbericht erstellt. Auf diesen Bericht bauen Projekte und Einzelmaßnahmen auf, die in der weiteren Folge unter Koordination durch die MD-BS umgesetzt werden sollen.

Krankenstandsevaluierung

Auf Grund eines im Jahr 1999 erstellten Konzepts zur Krankenstandsevaluierung erfolgten in einigen Dienststellen Gespräche mit der Personalvertretung und den DienststellenleiterInnen und die Erstellung eines darauf aufbauenden Berichts. Für die bessere Vergleichbarkeit der Abwesenheitszahlen der Krankenstandsstatistik (Dienststellenranking) wurden die Dienststellen des Magistrats in mehrere Gruppen zusammengefasst.

Aufbau einer einschlägigen Judikatensammlung, einer Fachbibliothek sowie eines Archivs medialer Informationsträger

- 81 Videokassetten sowie zahlreiche Bücher bzw. schriftliche Publikationen dienen einerseits der grundsätzlichen Information zum Thema Bedienstetenschutz und andererseits der Bearbeitung von konkreten Einzelaufgaben zu diesem Thema.
- Weiters wurde der Aufbau einer Aufsatzsammlung aus juristischen und technischen Fachzeitschriften zum Thema ArbeitnehmerInnen- und Bedienstetenschutz fortgeführt. Auch Erkenntnisse der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts und des Obersten Gerichtshofs werden – soweit diese für den ArbeitnehmerInnen- bzw. Bedienstetenschutz relevant sind – gesammelt.

Diverse Koordinationstätigkeiten

- Es wurden Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen sowie Fragen des ArbeitnehmerInnen- und Bedienstetenschutzes abgegeben.
- Im Bereich der Stadt Wien erfolgte regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit dem unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, der MA 23 und der Personalvertretung.
- Bei der Mitarbeit in Arbeitskreisen über „Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“, „Maßnahmen gegen Mobbing“ und „Maßnahmen gegen die berufliche Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen“ konnten in hohem Maß bedienstetenschutzrelevante Aspekte eingebracht werden.
- Mitarbeit bei einem Projekt „MitarbeiterInnenberatung der Stadt Wien“ zur Schaffung einer Anlaufstelle für ein tolerantes berufliches Miteinander.



Im Rahmen seines Wienaufenthaltes am 7. und 8. September 2000 besuchte der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber auch Bürgermeister Dr. Michael Häupl im Rathaus.

Foto: Blauensteiner / media wien

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil bei der Festrede am Festakt des Wiener Landtags „80 Jahre Verfassung der Bundeshauptstadt Wien“ anlässlich der erstmaligen Erwähnung des Bundeslandes Wien im Bundesverfassungsgesetz von 1920 und des Beschlusses einer eigenen Landesverfassung durch den Wiener Landtag am 10. Oktober 1920.

Foto: Votava / PID





Nach dem Ausscheiden von Finanzstadträtin Mag. Brigitte Ederer in die Privatwirtschaft wurde in der Gemeinderatssitzung vom 14. Dezember 2000 der bisherige Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder als Finanzstadtrat und Dr. Elisabeth Pittermann-Höcker als neue Gesundheitsstadträtin gewählt, wozu ihr Bürgermeister Dr. Häupl herzlich gratulierte. Foto: Votava / PID

Bürgermeister Dr. Michael Häupl empfing im Rathaus die erfolgreichen österreichischen Sportler, welche bei den Olympischen Spielen 2000 in Sydney Medaillen errungen haben: (v.l.n.r.) Christoph Sieber (Gold in der Mistralklasse – Windsurfen), Roman Hagara (Gold in der Tornadoklasse – Segeln), Steffi Graf (Silber im 800-Meter-Lauf), Hans Peter Steinacher (Gold in der Tornadoklasse – Segeln). Foto: Votava / PID



- Veranlassung einer Risikoanalyse betreffend Hepatitis-A-Infektionen, Aufarbeitung der Problematik von Schutzimpfungen für Bedienstete der Stadt Wien, die von Sozialversicherungsträgern angeboten werden sowie der Kostentragung und der Durchführung von Hepatitis-Schutzimpfungen.
- Koordination einer Fragebogenaktion betreffend Sicherheitsstandards zur Verhütung von blutübertragbaren Infektionen in Gesundheitsberufen.
- Regelung der Aufzeichnungen und Berichte über Dienst- und Arbeitsunfälle.
- Koordination von Maßnahmen zur Abwendung von sommerlicher Hitzebelastung in verschiedenen Amtsgebäuden.
- Mitarbeit in einem Arbeitskreis zur Überarbeitung der Dienstbekleidungsordnung.
- Festlegungen zur Evaluierung von Baubüros nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998.
- Leitung eines Arbeitskreises betreffend Fragen der baulichen Beschaffenheit von Arbeitsstätten zur Umsetzung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes 1998.
- Koordination der Neuausschreibung der Evaluierung nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 insbesondere im Hinblick auf Vertragsdauer und Losgrößen.
- Festlegung der Grundsätze für die Organisation des Brandschutzes. Darauf aufbauend wurde begonnen, Aufgaben und Ausbildung der für den Brandschutz zuständigen Personen in den Dienststellen der Stadt Wien neu zu regeln.

Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie (MD-VA)

An den ca. 1.940 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie haben rund 21.900 MitarbeiterInnen teilgenommen.

Im Vordergrund stand bei der **Lehrlingsausbildung** im Jahr 2000 die Sicherung der Ausbildungsqualität bei möglichst hohen Lehrlingszahlen (mit Stichtag 31. 12. 2000 standen insgesamt 796 Lehrlinge in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien). Besonderes Augenmerk wurde auf die Schaffung von Ausbildungsplätzen in neuen, zukunftsorientierten Lehrberufen (im Jahr 2000 wurden erstmals Informatikerlehrlinge aufgenommen) und auf die Ausbildung von Mädchen in männerdominierten Berufen gelegt. Um Hürden und Belastungen in diesen Berufen bewusst zu machen und Bewältigungsstrategien zu entwickeln, wurden für weibliche Lehrlinge, die in nicht „traditionellen“ Berufen ausgebildet werden, Workshops unter dem Titel „Jobstories“ abgehalten.

Der steigenden Bedeutung von **Zusatzqualifikationen** wurde in 39 Lehrlingsseminaren, die sich mit dem Einstieg ins Berufsleben, der Gesundheit am Arbeitsplatz und dem Lehrabschluss befassen, Rechnung getragen. Zur Vorbereitung auf eine künftige Anstellung in der Privatwirtschaft wurden Zusatzqualifikationen durch spezielle Bildungsangebote ermöglicht.

Für 26 Lehrlinge der Lehrberufe Bürokauffrau/mann und BautechnischeR ZeichnerInnen wurde in Zusammenarbeit mit der Berufsschule für Verwaltungsberufe ein zweiwöchiger Sprach- und Ausbildungsaufenthalt in Malta durchgeführt. Im Anschluss an den Sprachaufenthalt legten die Lehrlinge eine international anerkannte Prüfung BEC (Business English Certificate) beim British Council ab.

In 12 von der MD-Verwaltungsakademie veranstalteten Kursen wurden die TeilnehmerInnen intensiv auf die Lehrabschlussprüfung vorbereitet, was sich sehr positiv auf die Prüfungsergebnisse auswirkte. Von 166 Lehrabsolventen konnten 38 die Lehrzeit mit ausgezeichnetem Erfolg und 50 mit sehr gutem Erfolg beenden.

Im Jahr 2000 wurden 52 Personen in drei Kursen für LehrlingsausbilderInnen mit den rechtlichen, psychologischen und praktischen Grundlagen der Lehrlingsausbildung vertraut gemacht.

Die **Newcomer-Schulung** ist Teil der Grundausbildung und erfasst alle neu aufgenommenen MitarbeiterInnen der Verwendungsgruppen A bis D. In 7 Modulen im Gesamtausmaß von 59 Stunden wurden 421 neu eingetretene MitarbeiterInnen im Sinne des New Public Management über allgemein relevante Wissensbereiche des Konzerns Magistrat Wien informiert.

Im Bereich der **Fort- und Weiterbildung** der städtischen MitarbeiterInnen sind vor allem die Seminare – Anforderungen an eine moderne Legistik, Medientraining, KundInnenorientiertes Telefonverhalten, Vorbereitung des MitarbeiterInnenorientierungsgesprächs, Umgang mit ausländischen MitbürgerInnen und Ausbildung zur Sicherheitsvertrauensperson – besonders hervorzuheben.

Im Rahmen des **Sprachunterrichts** haben 380 MitarbeiterInnen an 42 Veranstaltungen (Workshops, Kurse) teilgenommen. Angesichts des wachsenden Bedarfs an Französisch wurden erstmals drei Stufen angeboten: Französisch für Anfänger, Français pour le Magistrat, – ein dreimonatiges Seminar mit für den Magistrat spezifischen Redewendungen – und der EU-Französisch-Kurs, dessen TeilnehmerInnen bereits ein sehr hohes Sprachniveau aufweisen können.

An den Veranstaltungen der **fachlichen Grundausbildung**, die für BerufsanfängerInnen und neu versetzte MitarbeiterInnen gedacht ist, haben 1.574 Bedienstete teilgenommen; 30 MitarbeiterInnen besuchten die fachliche Grundausbildung für neu eingetretene rechtskundige Bedienstete.

Zum Thema „**Vergabewesen**“ organisierte die MD-VA in Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen eine Informationsveranstaltung für die DienststellenleiterInnen, die von 35 TeilnehmerInnen besucht wurde. In Zusammenarbeit mit den Fachdienststellen wurde die Schulungsreihe „fachliche Fortbildung für VergabereferentInnen“ konzipiert und organisiert. Insgesamt nahmen 135 Personen an diesen Veranstaltungen teil.

Zum Thema **sexuelle Belästigung** am Arbeitsplatz wurde ein Fragetechnik-Seminar für die Mitglieder der Gleichbehandlungs- und Disziplinarkommission sowie der Workshop „Umgang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“ für die Gleichbehandlungsbeauftragten und deren Stellvertreterinnen organisiert. Für die Mitglieder der Wiener Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen wurde das Seminar „Arbeitstechnik und Zeitmanagement“ durchgeführt.

In 17 **frauenspezifischen Seminaren** wurden Karriereplanung, Kommunikationsverhalten, Konfliktlösungsstrategien und Führungsstil, Stressbewältigung, Selbstbehauptung und Kreativität, trainiert. Der Bedarf an diesen frauenspezifischen Schulungen zeigte sich nicht zuletzt wieder durch die zahlreichen Zusatztermine, die auf Grund des großen Interesses an diesen Vorträgen anberaumt werden mussten. Auch das Seminar „Beruflicher Wiedereinstieg“ mit 25 TeilnehmerInnen ist als wichtige unterstützende Maßnahme der Stadt Wien zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie anzusehen.

Da die MitarbeiterInnen der Stadt Wien durch die Bemühungen der Verwaltungsakademie in der Vergangenheit bereits weitgehend über eine gute **EDV-Ausbildung** verfügen, wurde im EDV-Bereich im Jahr 2000 vermehrt auf Aufbau- und Weiterbildungsveranstaltungen zurückgegriffen. Unverändert groß war die Nachfrage nach Schulungsveranstaltungen, die Produkte zum Inhalt haben, die ausschließlich beim Magistrat Verwendung finden, wie z. B. Viper/Wipis, ELAK/Fabsoft Components oder gezielte MS Outlook Schulungen.

Um diese qualitativ hochwertigen Schulungen durchführen zu können, wurde vermehrtes Augenmerk auf die **Aus- und Weiterbildung von EDV-TrainerInnen** gelegt. In entsprechenden Assessments wurden über 30 neue TrainerInnen gewonnen und anschließend ausgebildet.

Zwei Aktualisierungen des gemeinsam mit der Österreichischen Staatsdruckerei ins Leben gerufenen Projekts „**Judikatur des Verwaltungsgerichtshof im Volltext auf CD-ROM**“ wurden im Jahr 2000 abgeschlossen und können daher in aktuellster Aufbereitung den Magistratsdienststellen zur Verfügung gestellt werden.

Die zur Einführung von **Controlling** im Magistrat der Stadt Wien entwickelte Ausbildungsstrategie wurde im Jahr 2000 fortgesetzt, die dazu angebotene freiwillige schriftliche Prüfung zur Erlangung des Controllerdiploms für den Magistrat der Stadt Wien von 5 Mitarbeitern erfolgreich absolviert.

Die Verwaltungsakademie hat im Jahr 2000 eine **Führungskräftenachwuchsausbildung** für AkademikerInnen gestaltet und organisiert. Nach Qualifizierung über ein zweitägiges Förder-Assessment-Center erhalten die TeilnehmerInnen eine fundierte Ausbildung in Sozialer Kompetenz, Präsentationstechniken, Selbstkompetenz, Umgang mit Medien, New Public Management, Vermarktung von Verwaltungsleistungen, Ergebnisorientierter Planung und Steuerung, Projektmanagement und der Führung von Organisationseinheiten durch Zielvereinbarungen. Der Lehrgang schließt mit einem Hearing ab und soll durch die Bildung eines Führungskräftenachwuchs-Pools ein Reservoir künftiger Führungskräfte für die Stadt Wien schaffen.

Magistratsdirektion – Verwaltungsrevision (MD-VR)

Revisionsangelegenheiten

Aufgabe der Magistratsdirektion – Verwaltungsrevision (MD-VR) war die Revision des Dienstbetriebs der städtischen Dienststellen in sachlicher, personeller und organisatorischer Hinsicht, wobei insbesondere in drei magistratischen Bezirksämtern, den Magistratsabteilungen 6, 9, 11, 12, 13, 15, 16, 23, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 35, 37, 42, 43, 44, 46, 47, 54, 55, 56, 68, 70, im Wiener Krankenanstaltenverbund sowie in der Unternehmung Wiener Wohnen Überprüfungen vorgenommen wurden.

Schwerpunkte der **Personalrevision** bestanden in Auslastungsprüfungen und Prüfungen von Zulagen. In den Magistratsabteilungen 7, 18, 19, 21 A, 21 C und 22 wurde weiters die Organisation des Dienstreisewesens, die wirtschaftliche Vorgangsweise bei der Genehmigung von Dienstreisen und die Informationsweitergabe anlässlich der bei Dienstreisen gewonnenen Erfahrungen im Wege des Intranets des Magistrats einer Überprüfung unterzogen.

Im Referat **rechtliche Revisionsangelegenheiten** wurden im Jahr 2000 insgesamt 28 Gesetzesentwürfe begutachtet und entsprechende Stellungnahmen verfasst. Ein Schwerpunkt war in diesem Zusammenhang die Änderung des Zivildienstgesetzes. Weiters wurden freie Dienstverträge unterschiedlicher Dienststellen geprüft und die Notwendigkeit des Bedarfs erhoben.

Die **Baurevision** führte Revisionen zu den Themen Bauüberwachung, Abrechnung, Ausschreibung/Vergabe und Vorbereitungsarbeiten zur Ausschreibung durch. Zusätzlich wurden in einigen Dienststellen Revisionen mit besonderen Themen durchgeführt. Die Prüfung erfolgte teilweise begleitend.

Die Vorbereitungs- und Aufbauarbeiten für die Einrichtung von **kaufmännischer und EDV-Revision** wurden geleistet, Arbeitsbehelfe beschafft und Schulungen für die MitarbeiterInnen veranstaltet. Die ersten Revisionen auf diesen Gebieten wurden durchgeführt. Ebenso erfolgte eine Analyse der Telefonie- und Internetnutzung und die Teilnahme an einer IT-Securityanalyse.

Im Berichtszeitraum brachte die **Volksanwaltschaft** dem Landeshauptmann bzw. dem Bürgermeister 253 Beschwerden zur Kenntnis. Die MD-VR überprüfte diese Beschwerden und stellte der Volksanwaltschaft Berichte zur Verfügung. In den meisten Fällen konnten die Beschwerden mit der Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. In wenigen Fällen kam der Beschwerde Berechtigung zu. In zwei Fällen erfolgte eine Missstandsfeststellung seitens der Volksanwaltschaft. Weiters wurde dem Wiener Landtag im Jahr 2000 der 21. Bericht der Volksanwaltschaft vorgelegt. Die Behandlung der Anliegen der Volksanwaltschaft erfolgte durch den jeweiligen Gemeinderatsausschuss unter Teilnahme einer VertreterIn der MD-VR.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 108 **Dienstaufsichtsbeschwerden** bearbeitet. Die überwiegende Zahl der Beschwerden resultierte aus Missverständnissen oder Kommunikationsproblemen zwischen Kunden der Stadtverwaltung und einzelnen Bediensteten. Solche Missverständnisse konnten durch Erhebungen des Sachverhalts rasch aufgeklärt werden. In wenigen Fällen war es erforderlich, koordinierende Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschwerdeführern schneller zu ihrem Recht zu verhelfen.

Im Rahmen der **Verwaltungsreform** wirkte die Dienststelle an den Managementforen „Organisation“, „Personal“, „Beschaffung“, „EDV“ und „Finanzen“ mit.

Als Maßnahme der internen **Öffentlichkeitsarbeit** richtete die MD-VR unter <http://www.intern.magwien.gv.at/mvvr/> eine Homepage ein, die revisionsinteressierten MitarbeiterInnen Informationen und erste Services bietet.

Die MD-VR beteiligte sich als Pilotdienststelle an der versuchsweisen Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung mittels SAP R/3.

Personalangelegenheiten

Im Rahmen der Arbeitsgruppe Personal wurde die Übertragung von Aufgaben und Kompetenzen an die geplante Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund ab 2002 vorbereitet.

Im Zusammenhang mit der Einrichtung des neuen Referats Klimaschutzkoordinationsstelle der Magistratsdirektion und der Auflassung der MA 35 infolge Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien und der damit verbundenen Neuverteilung der Aufgaben auf andere Dienststellen waren **Dienstpostenpläne** festzulegen.

Im Jahr 2000 langten weiters 998 Anträge auf **Schaffung bzw. Bewertung von Dienstposten** ein. Zusätzliches Personal, insbesondere für den Bereich der Kindertagesheime und Musiklehranstalten sowie für die Teilbetriebnahme des Geriatriezentrums Floridsdorf konnte durch entsprechende Reduktionen in anderen Bereichen kompensiert werden. Insgesamt sank die Zahl der Dienstposten geringfügig.

Die MD-VR führte eine Analyse zum Thema **Arbeitszeitrichtlinie** durch. In Fortführung eines 1998 begonnenen Pilotprojekts wurden auch im Jahr 2000 mit ausgewählten Dienststellen des Magistrats Zielvereinbarungen über die Stabilisierung der Personalkostenentwicklung abgeschlossen. Im Zusammenhang mit den 1998 stattgefundenen umfassenden Organisationsanalysen im Magistrat erfolgte eine Evaluierung der personellen Einsparungspotenziale.

Im Jahr 2000 wurde im Zeitraum 29. November bis 6. Dezember das Volksbegehren „Neue EU-Abstimmung“ durchgeführt. Hiefür wurden 241 MitarbeiterInnen eingeteilt. Weiters wurde Hilfestellung bei der Organisation der Arbeiterkammerwahl vom 2. bis 19. Mai gegeben. Für die regelmäßigen agrarstatistischen Erhebungen wurden den magistratischen Bezirksämtern sieben Zählorgane zugeteilt. Die Vorbereitungsarbeiten für die Großzählung 2001 mit einem voraussichtlichen Personaleinsatz von 9.000 MitarbeiterInnen wurde begonnen. Dabei wurde das Intranet als Informationsmedium erfolgreich eingesetzt.

Im Referat **Überstundensteuerung** war im Jahr 2000 über insgesamt 5.325 schriftlich eingebrachte Anträge auf Zuerkennung von einzelverrechneten bzw. monatlich pauschalierten Mehrdienstleistungsvergütungen zu entscheiden. Den nicht betriebsmäßig budgetierten Dienststellen wurde ebenso wie im Jahr 1999 ein betragsmäßiger Rahmen für den Verbrauch an Mehrdienstleistungsvergütungen vorgegeben. Mittels EDV-Auswertungen wurden fortlaufend monatliche Controllinginformationen zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme konnte im Jahr 2000 im Hoheitsbereich neuerlich eine Budgetunterschreitung erzielt werden. Im Überstundenbereich wurden weitere Dezentralisierungsschritte gesetzt.

Von 1.946 eingebrachten Anträgen für **Dienstreisen** wurden 1.879 genehmigt. Die laufende Verringerung der Anzahl der eingebrachten Dienstreiseanträge ergab sich durch weitere wesentliche Dezentralisierungsschritte im Zusammenhang mit der Genehmigung von Dienstreisen ab Juli 2000. 398 Anträge für Sonderurlaube mit Bezügen wurden geprüft und davon 396 positiv erledigt.

Darüber hinaus waren im Berichtsjahr 333 Anträge auf Zuerkennung oder Erhöhung von **Kilometergeld** auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen. Ferner mussten die Jahresabrechnungen 2000 der 1.546 Kilometergeldbezieher überprüft und bei Übergüssen der Einhalt durch die MA 3 verfügt werden. Außerdem waren 315 Anträge auf Zuerkennung von Außendienstzulagen, 50 Anträge auf Zuerkennung von Telefonpauschalvergütungen sowie 1.238 Sonderzulagenanträge zu überprüfen und einer Erledigung zuzuführen. Für die erlassmäßig geregelte Gebarung mit

Fahrscheinen wurde eine Verwaltungsvereinfachung insofern vorgeschlagen, als Fahrscheine von den Dienststellen nicht mehr im Wege der MA 6 – Stadthauptkasse angefordert werden müssen, sondern die Fahrscheine von den Dienststellen bei jeder Vorverkaufsstelle der Wiener Linien oder in den Trafiken aus den Barverlägen gekauft werden können. Die MD-VR wirkte an der Evaluierung des Nebengebührenkataloges mit.

Zum Aktualisieren aller Dienstpostenplandaten waren Neuaufnahmen, Abgänge, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter durch Einarbeiten von elektronischen Kenntnismen vorzumerken. Ebenso waren auch sämtliche Organisationsänderungen im Dienstpostenplan zu berücksichtigen, die zu vermehrten Postentransferierungen geführt haben. Sämtliche Dienststellen wurden mit den Daten des Vorschlags 2000 in den neuen WIPIS-Dienstpostenplan übernommen und werden parallel zum BDP geführt (Testlauf). Dazu wurden weitere Auswertungen erstellt bzw. bei Änderungen der zugrundeliegenden Tabellen adaptiert. Schließlich wurde mit der Erstellung eines diesbezüglichen Handbuchs begonnen.

Mitarbeiter der MD-VR wirkten im Auftrag der Magistratsdirektion – Personaldirektion an Personalauswahlverfahren (Bewertungsgespräche, Hearings, Assessment-Centers) mit. Die MD-VR beteiligte sich als Pilotdienststelle an der versuchsweisen Einführung des MitarbeiterInnenorientierungsgesprächs.

Magistratsdirektion – Verwaltungsorganisation (MD-VO)

Organisation

Organisationsanalysen im Magistrat

Die Weiterentwicklung der Magistratsreform in Richtung einer neuen Steuerung (**New Public Management**) wurde von der Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben. In zahlreichen Besprechungen und Besuchen bei den dezentralen Fachdienststellen wurden die Vorschläge der externen Unternehmensberater diskutiert und größtenteils – dort wo es sinnvoll war – auch umgesetzt.

Von den ca. 500 operativen Vorschlägen der Consulter waren zum Ende des Berichtszeitraums etwa 40 % zur Gänze und etwa weitere 40 % zum größten Teil verwirklicht. Der durchschnittliche Umsetzungsgrad über alle operativen Vorschläge liegt bei ca. 70 %.

Als Beispiele für eine erfolgreiche Umsetzung können die Zusammenlegung der Magistratsabteilungen 2 (Personalamt) und 3 (Besoldungsamt) zu einer neuen, schlagkräftigen Dienststelle, die Neuorganisation des gesamten Planungsbereichs, die Neuorganisation der MD-Stadtbaudirektion sowie die Umstrukturierung der MA 6 (Rechnungsamt) genannt werden.

Die **Managementforen** wurden im Frühjahr 2000 deshalb eingerichtet, um die Defizite auf der Managementebene des Magistrats zu beseitigen. Aus der Organisationsanalyse der externen Unternehmensberater war ein Handlungserfordernis auf den strategischen Gebieten Personal und Führungskultur, Finanzen, Organisation, Elektronische Datenverarbeitung und Beschaffung zu entnehmen.

Entsprechend diesen Erfordernissen wurden fünf Managementforen eingerichtet, die innerhalb eines Jahres die Schwachstellen auf strategischem Gebiet in einer strukturierten und umsetzungsorientierten Weise aufzuarbeiten haben. Diesen Anforderungen wurde vollinhaltlich entsprochen. Im September 2000 wurde ein Zwischenbericht vorgelegt, aus dem sich in insgesamt 56 Handlungsfeldern ein konkreter Handlungsbedarf ergab. Im Folgenden sind die wesentlichen Erkenntnisse aus den fünf Managementforen dargestellt:

- **Managementforum Personal**

In diesem Forum wurden die Anforderungen an ein wirkungsorientiertes strategisches Personalmanagement im Spannungsfeld zwischen Führung, Motivation, Kontrolle und Eigenverantwortlichkeit definiert. Es wurden insgesamt 20 Handlungsfelder ausgewiesen.

- **Managementforum Finanzen**

Hier wurden die Grundsätze und Rahmenbedingungen für eine flexiblere Administration der Budgetmittel festgelegt.

- **Managementforum Organisation**

In diesem Forum wurden die Themenfelder behandelt, welche die Organisationsentwicklung des Wiener Magistrats auf dem Weg zum Dienstleistungskonzern nachhaltig prägen und die Festlegung strategischer Ziele bedingen sollen.

- **Managementforum EDV**

Die Arbeiten konzentrierten sich darauf, die Verwaltungsmodernisierung in der Stadt Wien im und aus dem Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie zu unterstützen.

- **Managementforum Beschaffung**

In diesem Forum wurden Strategien erarbeitet, um den Einkauf von Sachmitteln so weit wie möglich und zweckmäßig zu dezentralisieren.

Oberstes Reformziel des Wiener Wegs der Verwaltungsmodernisierung ist es, den Servicecharakter der Stadtverwaltung nach den Kriterien verstärkter Kundenorientierung und Effizienz weiterzuentwickeln. Diese Reformmaßnahmen sollen die Stadtentwicklung in folgenden sechs strategischen Handlungsfeldern nachhaltig prägen.

- **E-Government**
Zur weiteren Verbesserung des Bürgerservices sind alle wirtschaftlich vertretbaren Möglichkeiten des Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen.
- **Unternehmenskultur**
Die Verwaltung erbringt Dienstleistungen für die Menschen dieser Stadt. Die Kundenbeziehungen erhalten im Innen- und Außenverhältnis eine neue Qualität.
- **Unternehmerisches Handeln – Finanzmanagement**
Wirtschaftliches Handeln erfordert eine massive Flexibilisierung in der Finanzgebarung auf allen Verantwortungsebenen.
- **Moderne Steuerungsinstrumente**
Controlling unterstützt das Management bei der Planung, Zielsetzung und Kontrolle der Erreichung der Unternehmensziele.
- **Besoldung neu**
Ein übersichtliches, zeitgemäßes Gehaltsschema ist Grundlage für eine leistungsgerechte Entlohnung.
- **Moderner Einkauf**
Wirtschaftliches Beschaffen von Sachgütern bedeutet mehr Bedarfsverantwortung bei den Dienststellen, zentrale Konditionenverantwortung und insgesamt weniger Organisationsaufwand.

Bei der Veränderung einer klassischen hoheitlichen Verwaltung in ein modernes bürger- und kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen ist ein wesentlicher Schritt eine **Call-Center-Lösung**. Die Einführung dieser Innovation erfordert ein konzeptionell ganzheitlich angelegtes Vorgehen und ein konsequentes Projektmanagement. Im Berichtsjahr 2000 wurde eine Studie für ein Projekt in zwei Ausbaustufen erarbeitet und durch den Herrn Bürgermeister genehmigt. Die erste Ausbaustufe stellt eine eingeschränkte Call-Center-Lösung als möglichst rasche Übergangslösung zu einem definitiven Call-Center des Magistrats der Stadt Wien dar. Die zweite Ausbaustufe entspricht einem Call-Center nach industriellen Qualitätsmaßstäben. Durch diese Vorgangsweise kann eine erste „Teillösung“ bereits mit Mai 2002 realisiert und die definitive Call-Center-Lösung mit September 2004 abgeschlossen werden. Ein entsprechendes Projektkernteam wurde zusammengestellt sowie eine Ausschreibung von benötigten Consultingleistungen (Leistungszeitraum 2001) vorbereitet.

Die Größenordnung des Projekts und auch die personellen Konsequenzen ergeben sich aus einem Vergleich mit anderen Kommunen (Barcelona: 170 MitarbeiterInnen, Köln plant um die 200 MitarbeiterInnen), sodass im Endausbau auch für ein Call-Center der Stadt Wien Personalzahlen zumindest in dieser Größenordnung zu erwarten sind.

Die **kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)** ist ein weiterer Motor und eine Plattform für die Verwaltungsmodernisierung. Sie stellt den Managementforen und allen interessierten MitarbeiterInnen neueste Gutachten und Berichte zu den verschiedenen Managementthemen zur Verfügung, im Jahr 2000 vor allem Informationen über das „Strategische Management“.

Der **Fachausschuss für Rahmenschriftstücke** setzte die erfolgreiche Arbeit an der Umstellung von Allgemeinen Drucksorten auf Allgemeine Rahmenschriftstücke fort, so dass nur mehr wenige herkömmliche Formulare existieren. Im Sinne der dezentralen Ressourcenverantwortung gibt es keine zentrale Genehmigung der Anschaffung von Sonderrahmenschriftstücken mehr.

Verwaltung

Dezernat Allgemeines

Geschäftseinteilung

Im Jahr 2000 wurden die Vorbereitungen zu einer **Teiländerung der Geschäftseinteilung** für den Magistrat der Stadt Wien mit den Schwerpunkten „Auflassung der MA 35 mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2001“, „Zusammenlegung der Magistratsabteilungen 2 und 3 mit Wirksamkeit vom 1. Juli 2001“ sowie „mit der Umwandlung des Wiener Krankenanstaltenverbundes in eine Unternehmung verbundene Änderungen mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2002“ geleistet.

Weiters wurden zur Klärung und Festlegung **magistratsinterner Zuständigkeitsbereiche** Besprechungen abgehalten. Beispielhaft seien dabei der Zuständigkeiten nach dem Rundfunkgebührengesetz, die Erarbeitung von Vorschlägen für die künftige Struktur zur Vollziehung des Meldegesetzes 1991 sowie die Entflechtung der Instanzenzüge im Bereich der MA 64 durch Verlagerung erstinstanzlicher Agenden auf die MA 25 angeführt.

Zur **Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen** und Verbesserung des **Bürgerservices** wurde ein Pilotprojekt im Amtshaus Wien 15., Gaspasse 8–10, vorbereitet, eine Servicestelle („Frontoffice“) im Eingangsbereich zu gestalten. Weiters wurde durch die Einbeziehung der magistratischen Bezirksämter zur Mitwirkung bei der Ausstellung der Staatsbürgerschaftsnachweise ein weiterer Schritt in Richtung bürgerfreundliche Verwaltung gesetzt.

Koordinierend betreute die MD-VO auch im vergangenen Jahr eine Vielzahl an Themen, z. B. die Einrichtung einer Zentralevidenz für gefahrgeneigte Anlagen, die Optimierung innerbetrieblicher Tankmöglichkeiten für Rettungs- und Krankentransportfahrzeuge, der Wegfall des Wasserrohrnetzes für Erdungszwecke oder aus Anlass der Einrichtung spezieller Stromentnahmeverrichtungen auf Veranstaltungsflächen. Zudem wurden Verwaltungszuständigkeiten für Liegenschaften des Magistrats der Stadt Wien in strittigen Fällen, wie z. B. für das Archivgebäude Gasometer D, festgelegt. In etlichen städtischen Amtshäusern wurden Kundenbefragungen zur „Akzeptanz der neuen Zahlungsmöglichkeiten bei der Gebührenentrichtung“ und zur „Akzeptanz der Parteienverkehrszeiten, Frontoffice“ durchgeführt. Unter Projektleitung der MD-VO wurde eine externe Organisationsuntersuchung der Druckerei der MA 54 durchgeführt.

Weiters hat die MD-VO die Einreichungen zur Teilnahme am Ökomanager-Preis 2000, ausgeschrieben von der Wirtschaftskammer Österreich, koordiniert, und sich im besonderen Maße an der Erstellung der Einreichunterlagen der MA 61 betreffend „Baby point“ für den 5. Qualitätswettbewerb der Deutschen Fachhochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer beteiligt.

Die MD-VO hat im Jahr 2000 wieder zahlreiche **bundes- bzw. landesgesetzliche Bestimmungen** aus organisatorischer Sicht begutachtet. Weiters wurden für Anfragen von Mitgliedern des Gemeinderats Antwortentwürfe vorbereitet und Genehmigungen zur Errichtung, Verlegung und Auflassung von Dienststellen nach § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien wie z. B. bei der MA 4, MA 60, KAV erteilt.

Im Jahr 2000 wurden einige MD-Erlässe von der MD-VO wie etwa „MD-1103-29/99, Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen, örtliche Bauaufsicht, begleitende Kontrolle, Einbindung Dritter; Vergabekommission“ und „MD-1220-4/00, I. Meldung von Schäden am Gemeindeeigentum sowie von Ereignissen, die die Sicherheit von Menschen betreffen, II. Meldung von Schäden am Gemeindeeigentum verursacht durch Bedienstete der Stadt Wien; Meldung von Schadenersatzforderungen Dritter“ vorbereitet.

Die MD-VO hat mit 1. Oktober 2000 die **Führung der Geschäftsstelle des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW)** übernommen. Mit 312 eingebrachten Verbesserungsvorschlägen im Berichtszeitraum wurde das beste Ergebnis seit der zahlenmäßigen Erfassung der einlangenden Verbesserungsvorschläge im Jahr 1970 erreicht. 98 Vorschläge konnten positiv bewertet und prämiert werden, wobei die Summe der zuerkannten Prämien ATS 556.500 betrug. 196 Anregungen wurden abgelehnt. Weiters wurden Werbemaßnahmen wie etwa ein Wettbewerb für ein Logo für das BVW gesetzt.

Dezernat für Amtsraumlentung

Organisatorische und strukturelle Änderungen innerhalb des Magistrats der Stadt Wien erfordern eine ständige Anpassung der räumlichen Gegebenheiten. Diese Anforderungen werden durch laufende **raumorganisatorische Maßnahmen** erfüllt.

- Die mit dem Konzept der neu geschaffenen MA 11A verbundenen Raumveränderungen, insbesondere die Schaffung neuer Haupt- und Servicestellen, konnten bereits weitgehend abgeschlossen werden.
- Die Neuorganisation der MA 12 sieht die Errichtung von zehn „Sozialen Zentren“ anstelle der bisherigen Sozialreferate und Außenstellen der Sozialarbeit mit Erwachsenen sowie ein eigenes Servicecenter für Behinderte vor. Fünf Standorte dieser „Sozialen Zentren“ konnten bereits festgelegt, die Raumprogramme hierfür erstellt und deren Umsetzung in Auftrag gegeben werden.
- Im Einvernehmen mit der MA 25 wurden zusätzliche Standorte für die Gebietsbetreuung „Neu“ in den Bezirken 9, 14, 19, 20, 21 und 23 eingerichtet.
- Mit der Neustrukturierung der MA 37 (derzeit 16 Außenstellen, künftig vier Gebietsgruppen) war die Erstellung neuer Raumprogramme und die Auswahl geeigneter Standorte notwendig. Die Unterbringung der Gebietsgruppe I wird im Bezirksamtshaus 19., Gatterburggasse 14 erfolgen. Die Gebietsgruppen II und III konnten in Mietobjekten (10., Favoritenstraße 211 und 16., Spetterbrücke 4) eingeplant werden. Für die Gebietsgruppe IV ist ein Zubau zum Amtshaus 20., Dresdner Straße 75 vorgesehen. Die Realisierung der Projekte wurde bereits in Angriff genommen.
- Weiters war die Ausarbeitung neuer Raumkonzepte im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Magistratsabteilungen 11 und 20, für die neuen Standorte der MA 8 und der MA 46-Landesfahrzeugprüfstelle sowie für das Front-Office 15., Gaspasse 8–10 zu erstellen.

Es wurde eine größere Anzahl von **Übersiedlungen** durchgeführt (wie z. B. MA 26 und MA 60 sowie diverse Außenstellen der Magistratsabteilungen 11, 11A, 12, 16 und 20).

Als Folge der Raumkonzepte und Übersiedlungen wurden im Jahr 2000 insgesamt 37 Dienststellen zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Um bei den in einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen, bzw. um notwendige **bauliche Verbesserungen** herbeizuführen, mussten **größere Adaptierungsarbeiten** in mehreren Amtsgebäuden veranlasst werden. Für die künftige Zusammenlegung der Magistratsabteilungen 2 und 3 ist der Ausbau von Büroräumen im Dachgeschoß des Amtsgebäudes „Bartensteinblock“ vorgesehen. Die entsprechenden Raumprogramme wurden erstellt und die Planungsarbeiten eingeleitet. Für den Frauennotruf der MA 57 wurden neue Räumlichkeiten ausgebaut.

Neuorganisation des Beschaffungswesens

Im Verwaltungsjahr wurde eine, der MD-VO zugeordnete Projektleitung zur Neuorganisation des Beschaffungswesens eingerichtet. Vergleiche mit den neuen Trends zur Organisation des Einkaufs in der Privatwirtschaft ergaben eine gute Ausgangslage der Beschaffung der Stadt. Die Bündelung von Nachfrage bei so genannten C-Gütern – eine der wesentlichen Neuerungen in der Privatwirtschaft zur Optimierung der Beschaffungspreisniveaus – ist in der Stadt Wien in Umsetzung oder schon weitgehend gelebte Praxis. Ein Vergleich mit den Beschaffungsorganisationen großer Städte in Deutschland und der Schweiz, Erhebungen bei den 38 Magistratsdienststellen mit Beschaffungszuständigkeiten und eine Analyse der letzten Entwicklungen der Einkaufsorganisation der US-Bundesbehörden bildeten u. a. die Grundlage für die Festlegung von strategischen Zielen durch das, von der Projektorganisation inhaltlich betreute Management Forum Beschaffung.

Zentrale Poststelle

Die Zentrale Poststelle hat insgesamt 30 Mio. Sendungen aller Art befördert. Davon wurden 14 Mio. Briefe, Dauerkverts, Zustellscheine und Pakete magistratsintern weitergeleitet.

100.000 von den Post- und Botendiensten übernommene Sendungen wurden in sicherheitstechnischer Hinsicht überprüft und im Wege des Stockwerksdiensts zugestellt.

Gemäß dem Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Verwaltungssachen im Ausland waren 200 Zustellungen, zumeist aus Italien, vorzunehmen und gemäß dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich bestehenden Amts- und Rechtshilfevertrag 400 Zustellersuchen deutscher Behörden zu bearbeiten. Von der MD-VO waren Budgetmittel in der Höhe von ATS 13 Mio. zu verwalten. Die Mittel waren für die Bedeckung von Aufträgen an Unternehmen der Betriebs- und Wirtschaftsberatung sowie für Mitgliedsbeiträge an verwaltungs- und wirtschaftswissenschaftliche Institute vorgesehen.

Magistratsdirektion – Betriebswirtschaft und Controlling (MD-BC)

Modelle und Konzepte

Die Unterlagen zu Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung und Kontraktmanagement wurden anhand wahrgenommener Bedarfe laufend ausgebaut und den Dienststellen im Rahmen der Informations- und Beratungstätigkeit der MD-BC sowie allgemein über die Intranet-Homepage der MD-BC, welche ständig erweitert wird, zur Verfügung gestellt.

Mit dem Kostenrechnungsleitfaden, der laufend bedarfskonform ergänzt und ausgebaut wird und den abgestimmten Kostenrechnungsnormen, gibt es eine klare Anleitung zum Aufbau einer magistratspezifischen Kostenrechnung.

Weitere unterstützende Tools wie Kalkulationshilfen zur Ermittlung von angebotenen Leistungsstunden und zur Ermittlung von Gesamtkosten stehen zur Verfügung.

Die Normierung von Kennzahlen und Indikatoren dient der eindeutigen Kommunikation im Berichtswesen. In einer eigens geschaffenen und im Intranet veröffentlichten Definitionstabelle werden die derzeit in den Dienststellen gebräuchlichen Indikatoren und Kennzahlen gesammelt, laufend gewartet und erweitert.

Information und Akzeptanzmanagement, allgemeine Beratung

Die MD-BC hat bis Dezember 2000 in Zusammenarbeit mit der MD-VA sechs Controllertlehrgänge mit insgesamt 58 AbsolventInnen organisiert, weitere 136 Personen sind für diese Lehrgänge angemeldet.

Den Controlling-Führungskräftelehrgang aus der gleichen Ausbildungsschiene haben 94 Personen absolviert, weitere 164 sind angemeldet.

Die MD-BC hat mit eigenen Referenten 29 Controlling-Informationsveranstaltungen mit insgesamt 540 TeilnehmerInnen abgehalten.

Weiters hat die MD-BC bereits 7 Controllertage mit insgesamt 570 TeilnehmerInnen abgehalten.

Zahlreiche Kommunikationsmaßnahmen in Form von Rundschreiben, News-Letter, Einladungen zu diversen Veranstaltungen etc. wurden gesetzt, um Controlling als aktuelles Thema nachhaltig ins Bewusstsein zu bringen.

Weiters erscheint die MD-BC Intranet-Zeitschrift „Controlling News Magistrat“ ab Dezember 2000 quartalsweise.

Das Informationsangebot wurde weiterentwickelt, zwei neue Angebote wurden konzipiert und in das Veranstaltungsprogramm der MD-VA aufgenommen:

- 1-tägiger Workshop „Kontraktmanagement im Magistrat der Stadt Wien“
- 1-tägiger Workshop „Grundzüge der Kosten- und Leistungsrechnung im Magistrat der Stadt Wien“

Im Zuge allgemeiner Beratungstätigkeit, Fachberatung bei Arbeitsgruppen etc. und Bearbeitung einer Vielzahl von Einzelanfragen konnten sämtliche an die MD-BC herangetragenen Beratungswünsche erfüllt werden.

Kontraktmanagement

- Gemeinsam mit der MD-BD in ihrer Funktion als Controllingstelle wurde eine Gesamtumsetzungsplanung für alle technischen Dienststellen (also den Zuständigkeitsbereich der MD-BD) erstellt, 6 zusätzliche Kontraktdienststellen wurden mit Jahresmitte für den Kontrakt 2001 in das System eingebunden.
- 3 bestehende Kontrakte vom Erstabschluss im Jahr 2000 wurden in Zusammenarbeit mit Dienst- und Controllingstellen termingerecht für das Jahr 2001 aktualisiert – (MA 20, 29, 49)
- 6 neue Kontrakte wurden in Zusammenarbeit mit Dienst- und Controllingstellen zum Erstabschluss termingerecht für das Jahr 2001 ausgearbeitet (MA 19, 21B, 21C, 24, 36, 39)
- Weiters wurde im Zuge des Managementforums für Organisation ein Konzept zur flächendeckenden Etablierung von Controllingstellen erstellt und abgestimmt.

Controlling / Kosten- und Leistungsrechnung

Unterstützung und Beratung bei der Einführung von Kostenrechnung:

- MA 28 – Straßenverwaltung und Straßenbau
- MA 11A – Kindertagesheime der Stadt Wien

Mitwirkung an weiteren Projekten:

- Projekt Immobilienmanagement, gemeinsam mit MA 40, MA 23 und MA 69
- Projekt Ausgliederung der Museen der Stadt Wien, gemeinsam mit Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung

Systemorganisatorische Maßnahmen

Zur Ermöglichung, Förderung und Verankerung der flächendeckenden Controllingeinführung im Zuge der Verwaltungsmodernisierung nach den Grundsätzen des „New Public Management“ wurden entsprechende Beiträge in mehreren strategischen Gremien und Arbeitsgruppen eingebracht und erfolgreich vertreten. So sind Controlling und Kontraktmanagement als strategische Schwerpunkte der Verwaltungsreform dokumentiert.

Die Unterstützungsleistungen bei der Einführung der betriebswirtschaftlichen Standardsoftware SAP R/3 im Magistrat Wien werden seit 1. September 2000 von der MA 14 wahrgenommen.

Magistratsdirektion – EDV- und Informationsmanagement (MDI)

Besondere Schwerpunkte lagen im Jahr 2000 auf folgenden strategischen Projekten:

- WELCOM – Wiener Electronic Commerce
- Gesundheitsverbund Wien
- Wiener Bildungsnetz – Jugend ans Netz
- Telecities
- Electronic Government
- Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern
- Telearbeit

1. Electronic Commerce (eCommerce)

Das unter der Schirmherrschaft der ehemaligen Stadträtin Mag. Brigitte Ederer im Jahr 1999 begonnene Projekt „WELCOM – Wiener Electronic Commerce“ wurde Ende 2000 abgeschlossen. Die Stadt Wien fasste im Rahmen dieses Schirmprojekts alle ihre diesbezüglichen Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte zusammen. Das Ziel war, die Möglichkeiten von eCommerce zu nutzen und somit die Stadt Wien „eCommerce-fit“ zu machen. Es waren Schnittstellen anzubieten, um die elektronische Abwicklung geschäftlicher Transaktionen zwischen der Stadt Wien und der Wirtschaft zu ermöglichen und mitzuhelfen, der Wiener Wirtschaft, insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben das Potenzial von eCommerce zu erschließen.

Dabei wurden Abläufe ausgewählt, die eine elektronische Kooperation von Wirtschaft und Verwaltung sowie die Schaffung von eCommerce-Infrastruktur ermöglichen. Um über die Aktivitäten der Stadt Wien geeignet zu informieren, wurde ein Webauftritt während der Projektlaufzeit organisiert.

Zur Abstimmung der eCommerce-Aktivitäten war eine Kommunikationsplattform zwischen öffentlichen Organisationen (Bund – insbesondere Finanzministerium und Wirtschaftsministerium, Magistrat Wien, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds), Interessensvertretungen (wie Wirtschaftskammer, AustriaPro, WIFI-Wien), Universitäten (insbesondere TU Wien) und einschlägigen Unternehmen (Datakom, Post) eingerichtet.

Bei der Realisierung der eCommerce-Anwendungen verwendet die Stadt Wien – wo immer es möglich ist – Standards und verzichtet auf den Einsatz herstellerspezifischer Produkte.

Mit den umgesetzten Lösungen ist die Stadt Wien führend, nicht nur in Österreich sondern auch im gesamteuropäischen Bereich.

Die Stadt Wien realisierte in diesem Schirm-Projekt eine Reihe von wichtigen Elementen des Electronic Commerce:

- **Vorschreibungen für Liegenschaften** können nun von Computer zu Computer erledigt werden. Grundsteuer, Müllabfuhrabgabe, Wasser- und Abwassergebühr werden von Hausverwaltungen in elektronischer Form abgeholt und in die eigene EDV transportiert. Was bisher per Post übermittelt und in der eigenen EDV nochmals erfasst werden musste, kann nun automatisch in die eigene EDV einfließen. Um dieses Service bekannt zu machen, wurde die Innung der Hausverwaltungen über die neue Möglichkeit informiert. Auch die EDV-Firmen, die Hausverwaltungssoftware anbieten, wurden zu einer Präsentation eingeladen. Ende 2000 gab es bereits 10 Hausverwaltungen, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen. Das Service steht seit Anfang 2000 zur Verfügung.
- **Gewerbeanmeldungen** werden jetzt mit Hilfe des Internet so schnell wie noch nie erledigt. Der Kunde „bestellt“ den Gewerbeschein elektronisch (per E-Mail). Der Magistrat vereinbart einen Termin mit dem Kunden und informiert auch über die notwendigen Unterlagen. Kommt der Gewerbeantragsteller dann auf das Bezirksamt, um die notwendige Gebühr zu entrichten und die Unterschrift zu leisten, entfallen die lästigen Wartezeiten. Dieser Pilotversuch lief im Jahr 2000 im Gewerbereferat des Magistratischen Bezirksamts für den 1. und 8. Bezirk. Der flächendeckende Einsatz sowie die Bezahlung der Verwaltungsgebühr über das Internet ist für Mitte 2001 geplant. Seit Einsatz dieses Services im MBA 1/8 hat es 300 Anmeldungen über das Internet gegeben. Insgesamt entspricht das einem Anteil von etwa 5 bis 8 %.
- Steuern und Gebühren, Bundesstempelmarken, Verwaltungsabgaben oder das Parkpickerl können mit der Bankomatkarte bezahlt werden. An 38 Stellen im Magistrat gibt es bereits **Bankomatkassen**. Die Stadtkassen sind zur Gänze damit ausgerüstet. Zusätzlich gibt es die Bankomatkassen auch noch in einigen Magistratsabteilungen wie der (MA 20, 21B, 31, 35, 46, 61). An 3 Stellen werden bereits Kreditkartenzahlungen ermöglicht. Dieses Service wird von den Kunden des Magistrats gerne angenommen. Ende 2000 wurden etwa 10 % aller Zahlungen über diese Zahlungsform abgewickelt.
- Unternehmen können sich **Ankündigungen für öffentliche Ausschreibungen der Stadt Wien**, die nicht EU-weit ausgeschrieben werden müssen, über das World Wide Web ins Haus holen. Das sind Bauleistungen mit einer Auftragssumme von bis zu EUR 5 Mio. (ATS 68,8 Mio.) und Dienstleistungen und Lieferungen mit einer Auftragssumme von bis zu EUR 200.000 (ATS 2,75 Mio.). Durch komfortable Suchfunktionen findet der Unternehmer schnell die Ausschreibungen der Stadt Wien, die für ihn interessant sind. Es wurden ca. 2.200 Besuche pro Monat registriert.
- Der Magistrat kann bei Firmen per Fax, E-Mail oder durch Datenaustausch im XML- oder EDIFACT-Format Leistungen und Waren bestellen. Für Unternehmen bedeutet das elektronische Bestellsystem: Die Bestellung erfolgt schnell und direkt. Die elektronische Bestellung kann im EDV-System des Lieferanten direkt weiterverarbeitet werden. So werden im Krankenhaus Lainz in Kooperation mit den Kommunikationsprovidern Datakom, UTA und Siemens im Rahmen eines Pilotprojekts die Bestellungen für den Apothekenbereich elektronisch per FAX und im EDIFACT-Format, d.h. weiterverarbeitbar, übermittelt. Entscheidet sich ein Geschäftspartner für die elektronisch weiterverarbeitbare Form, so werden in Hinkunft die jeweiligen Bestellungen ausschließlich in dieser Art übermittelt.
- Seit Anfang Oktober 2000 bietet die Gemeinde Wien Grafik- und Statistikdaten im **Wien-Service-Shop** zum Verkauf an. Die Dateien werden nach Bezahlung über das Internet auf den eigenen Rechner heruntergeladen und dort weiterverarbeitet. Diese Dateien sind vor allem für Architekten, Journalisten, Logistikunternehmen usw. von Interesse.
- Unternehmen bekommen die Möglichkeit aus ihrer EDV heraus die **Erklärungen zur Kommunalsteuer und Dienstgeberabgabe** zu legen. Dabei wird ihnen elektronisch ein vorausgefülltes Erklärungsformular im XML-Format zur Verfügung gestellt, das ergänzt um die steuerrelevanten Daten wieder an die Gemeinde Wien retourniert wird. Der eCommerce-Server liefert die Daten an die Applikationen des Magistrats weiter, wo sie automatisiert eingebracht werden können. Der Versand von Formularen und das händische Ausfüllen der Formulare auf Kunden-seite sowie die Datenerfassung im Magistrat entfällt.
- Seit 6. November 2000 ist die Erstanmeldung bzw. die Verlängerung des **Parkpickerls im Internet** verfügbar. Es entfällt für die Bürger der Gemeinde Wien die persönliche Anwesenheit im Bezirksamt. Der Antragsteller füllt ein Formular im Internet aus, zahlt die Gebühr mittels Kreditkarte oder einem Onlineservice der Bank Austria oder der BAWAG. Anschließend erhält der Antragsteller das Parkpickerl mit der Post zugesendet.
- Ab Dezember 2000 können **Rechnungen an den Magistrat auch elektronisch** gelegt werden. Für die Wiener Wirtschaft heißt das: weniger Verwaltungsaufwand und weniger Fehlerquellen. Die Rauchfangkehrer sind die ersten Partner der Stadt Wien, welche die Vorteile dieses neuen Service nutzen.

2. Gesundheitsverbund Wien

Das Ziel des Gesundheitsverbunds Wien ist es, mittels Kommunikationstechnologie alle an einem Behandlungsvorgang beteiligten Stellen und niedergelassenen Ärzte unter Beachtung des Datenschutzes zu verbinden und somit den Behandlungsablauf für den Patienten effizienter zu gestalten. So sollten Mehrfachuntersuchungen möglichst vermieden und die niedergelassenen Ärzte besser in die Vorbereitung und Nachbetreuung von stationären Aufenthalten eingebunden werden. An diesem Projekt sollten im Endausbau Spitäler, Pflegeheime, niedergelassene Ärzte, sozialmedizinische Einrichtungen, Apotheken, die Pharmaindustrie und Sozialversicherungen beteiligt sein.

Im Jahr 2000 wurde im Rahmen des Pilotprojekts „Gesundheitsnetz Donaustadt“ im Donaushospital mit niedergelassenen Ärzten, die mit einer EDV-Ausstattung und Netzanschluss versehen sind, und den sozialmedizinischen Einrichtungen der Stadt Wien praktische Erfahrungen für einen breiten Einsatz gesammelt. Ende 2000 waren im Raum Wien ca. 400 niedergelassene Ärzte eingebunden. Die Sozialdienste werden noch vor der Spitalsentlassung des Patienten verständigt, falls anschließend eine Heimhilfe oder „Essen auf Rädern“ benötigt wird.

3. Wiener Bildungsnetz – Jugend ans Netz

Im Rahmen des Projekts „Wiener Bildungsnetz“ wird eine Infrastruktur geschaffen, um einen Internetzugang für Schulen und Jugendeinrichtungen zu gewährleisten. Ziel ist es, der Jugend Wiens eine qualifizierte Ausbildung anzubieten, um den Umgang mit den neuen Technologien zu beherrschen.

Es soll allen Jugendlichen eine Ausbildung im Umgang mit Computern und Netzwerken ermöglicht werden, was eine unbedingte Voraussetzung für ihre berufliche Zukunft ist. Ein weiterer Effekt ist die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Wien, um auf dem Hoffnungsmarkt „Telekommunikation“ Standortentscheidungen von Unternehmen zugunsten Wiens zu beeinflussen.

Mit Jahresende 2000 waren 401 Wiener Pflichtschulen (Volks-, Haupt-, Berufs- und Sonderschulen der Stadt Wien) durch ein breitbandiges Datennetz miteinander verbunden und mit über 6.000 Computern ausgestattet; bis Ende 2001 sollen auch 194 Standorte der außerschulischen Jugendeinrichtungen (Jugendzentren), Büchereien und Volkshochschulen vernetzt sein. In den Volksschulen werden für jede Klasse 2 PCs und ein Farbdrucker bereitgestellt; in den Hauptschulen, Sonderschulen, Berufsschulen und Polytechnischen Lehrgängen wird es einen eigenen PC-Lehrraum geben. Zu Beginn des 2. Semesters des Schuljahres 2000/2001 verfügten fast alle SchülerInnen und LehrerInnen der öffentlichen Pflichtschulen über einen Zugang zum Internet.

4. TELECITIES

TELECITIES ist ein offenes Netzwerk von europäischen Städten, die sich in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, mit Unternehmungen und mit Universitäten eine konzentrierte urbane Entwicklung durch Telematik zum Ziel gesetzt haben. Die Stadt Wien bewarb sich neben der Stadt Stockholm um die Präsidentschaft von Telecities für die nächsten zwei Jahre, gewann die im Dezember 2000 durchgeführte Wahl und übernahm für den Zeitraum vom Dezember 2000 bis Dezember 2002 die Präsidentschaft von Telecities.

Zur Erreichung der Ziele werden vierteljährlich Konferenzen von den Mitgliedsstädten organisiert, die zum Austausch von Informationen, zur Partnersuche für gemeinsame Projekte und zum Knüpfen neuer Kontakte zu Stadtverwaltungen und Unternehmungen genützt werden. Am 19. und 20. 6. 2000 fand die Telecities-Konferenz unter dem Titel „Telematics in Public Administration – eGovernment & eCommerce“, in Wien mit über 120 TeilnehmerInnen aus ganz Europa und den USA statt. Die Konferenz bot ein breitgefächertes Angebot an Impulsreferaten zu den Themen „eGovernment“ und „eCommerce“, die den Bogen vom politischen Leitgedanken über strategische Grundsatzaussagen des EDV-Bereichs und konkrete EDV-Projekt-Präsentationen bis zur Darstellung der IT-Geschäftsstrategien der primären Geschäftspartner der Stadt Wien im ICT-Bereich spannten.

5. Electronic Government

Damit Dienstleistungen der Stadt auch über das Internet in Anspruch genommen werden können und somit den KundInnen der Wiener Stadtverwaltung Weg und Zeit gespart werden, wurden eine Reihe von interaktiven Services initiiert und koordiniert. Unter anderem wurde im Jahr 2000 die Möglichkeit geschaffen, per Internet Hunde anzumelden. Sollte der Bedarf bestehen, die Wasser- und Abwassergebühr zu senken, weil der Wasserbezug gesunken ist und weiterhin niedriger als bisher bleiben wird, kann mittels Online-Formular das Ansuchen um Herabsetzung der Teilzahlungsbeträge elektronisch eingebracht werden.

Im Rahmen der koordinierenden Tätigkeit der MDI wurden Internet-Live-Übertragungen der Sitzungen des Wiener Landtages und Gemeinderates durchgeführt sowie Chatrooms mit Herrn Bürgermeister Dr. Häupl und Herrn Stadtrat Svihalek abgehalten.

Im Arbeitskreis „Vermeidung“ wurden Initiativen eingeleitet, um die Verwendung und den Transport von Papier zu reduzieren und anstatt dessen die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu forcieren, wie z. B. die Verwendung elektronischer Telefonbücher oder das doppelseitige anstatt einseitige Bedrucken und Kopieren von Papier.

Im Jahr 2000 wurden zur „Strukturierung des Wiener Weges der Verwaltungsmodernisierung“ Managementforen eingerichtet, wobei der MDI die Leitung des Managementforums EDV übertragen wurde. Unter anderem wurde in diesem Managementforum neben Controlling-Maßnahmen die Vorbereitungen für das Electronic-Government-Schirmprojekt „eVienna“ koordiniert, welches bis zum Jahr 2003 läuft und den BürgerInnen interaktive Services auf Basis von Lebenssituationen mit intensiver Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht.

6. Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern

Zur Koordination von EDV-Aktivitäten zwischen den Bundesländern untereinander sowie zwischen dem Bund und den Ländern werden jährlich EDV-Länderexpertenkonferenzen abgehalten. Am 21. und 22. 9. 2000 fand turnusmäßig die Konferenz in Wien statt, bei der u. a. die Koordination des Behördenintranet, der Datenaustausch zwischen Bund und Ländern und gemeinsame Maßnahmen für Electronic Government (eG) erörtert wurden. Eine der wesentlichsten Ergebnisse der Konferenz war der in weiterer Folge von der Landesamtsdirektorenkonferenz am 8. 11. 2000 gefasste Beschluss, eine aus Vertretern aller Länder bestehende Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Wien zu beauftragen, eine länderübergreifende, gemeinsame und abgestimmte Vorgangsweise im Bereich eG zu erarbeiten, wobei der Bund und die Gemeinden eingeladen sind mitzuarbeiten.

Zwischen dem Bund und dem Land Wien wurden Verhandlungen geführt und ein Vertrag abgeschlossen, um bestimmten Magistratsdienststellen den Zugriff auf das Datennetzwerk des Bundesministeriums für Inneres (EKIS) zu ermöglichen. Somit besteht in straßenpolizeilichen und fremdenpolizeilichen Angelegenheiten, in Verwaltungsstrafverfahren, sowie im Bereich der Wählerevidenz, im Zusammenhang mit dem Schulgesetz und dem Meldegesetz die Möglichkeit, rascher und einfacher zu den erforderlichen Daten des Bundes zu gelangen.

7. Telearbeit

Im Jahr 2000 wurde das Versuchsprojekt „Telearbeit im Magistrat der Stadt Wien“ fortgesetzt, bei dem insgesamt 78 Personen, davon 30 weibliche und 48 männliche Bedienstete teilnehmen. Ziel des Projekts ist es festzustellen, ob Telearbeit eine mögliche Standardarbeitsform im Magistrat der Stadt Wien werden soll. Dabei werden auch die Punkte Teleconferencing und Verkehrsentlastung betrachtet. Insbesondere ist der Nutzen der Telearbeit für die Stadt Wien zu untersuchen. Das Versuchsprojekt ist bis Ende des Jahres 2001 geplant.

Magistratsdirektion – Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten (MDZ)

Die Dienststelle für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten hat 2000 zu 90 Gesetzesentwürfen – vor allem des Bundes, aber auch des Landes Wien – vom zivil- und strafrechtlichen Standpunkt Stellungnahmen abgegeben. Breiten Raum nahmen auch die Begutachtungen von EU-Richtlinien ein.

Im Bereich der Disziplinaranwaltschaft wurden 54 Disziplinarsachen bearbeitet.

Wie auch in den Vorjahren wurden sämtliche Dienststellen des Wiener Magistrats durch mündlich oder telefonisch erteilte Auskünfte, durch Teilnahme an Besprechungen und durch Verfassung von 571 schriftlichen Gutachten in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht beraten, wobei Vergabeangelegenheiten einen weiteren Schwerpunkt bildeten.

Durch diese Beratungs- und Begutachtungstätigkeit konnte naturgemäß nicht allen Rechtskonflikten von vornherein vorgebeugt werden. Demgemäß fielen 386 Klagsachen an, die ihrerseits teilweise im Vergleichsweg bereinigt werden konnten, im übrigen aber vor Gericht bzw. im Instanzenzug ausgetragen werden mussten. Darüber hinaus mussten 82 Mahnklagen und Besitzstörungsklagen eingebracht werden. In 10 Verlassenschaftssachen wurde vor Gericht bzw. Notaren für die Stadt Wien eingeschritten.

226 Gerichtsverfahren konnten im Jahre 2000 abgeschlossen werden, wobei 194 Prozesse gewonnen werden konnten und nur 32 verloren gingen. ATS 24,5 Mio. wurden solcherart „erstritten“.

Ferner waren 390 Liegenschaftsexekutionen, gelegentlich in Verbindung mit Kuratorbestellungen, zirka 300 sonstige Exekutionen (davon 73 für andere Dienststellen, der Rest in Fortführung eigener Prozesscausen) und 471 Insolvenzfälle zu behandeln.

Für Einvernahmen vor Gerichten oder Verwaltungsbehörden wurden 805 Entbindungen von der Amtsverschwiegenheit erteilt, die in weiterer Folge die zeugenschaftliche Vernehmung von Mitarbeitern der Stadt Wien ermöglichten.

Im Aufgabenbereich der Beurkundung, grundbuchtechnischen Abwicklung und Realisierung von Liegenschaftstransaktionen waren 734 Verträge, 1.055 Freilassungs- und sonstige Zustimmungserklärungen sowie 22 Schuldscheine im Zusammenhang mit der Stadt Wien gewährten Wohnbauförderungsdarlehen auszufertigen und zu verbüchern. Es waren überdies 246 Grundabteilungsgenehmigungsbescheide zu verbüchern bzw. Grundbuchsordnungen herzustellen sowie 333 baubehördlich begründete Verpflichtungen grundbücherlich ersichtlich zu machen.

Schließlich waren noch 335 Rechtshilfeersuchen und 263 sonstige Geschäftsstücke (Ausstellung von Vollmachten, Erteilung von Auskünften etc.) zu bearbeiten.

Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion (MD-BD)

Geschäftsstelle der Kommissionen des Stadtbaudirektors

Im Jahr 2000 wurde der Herr Stadtbaudirektor in einen, vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technik und den Landeshauptleuten von Wien, Niederösterreich, Kärnten, Steiermark und Burgenland bestellten Expertenarbeitskreis berufen, der sich mit der zukünftigen Südbahnverbindung befasst. Ein Endbericht wird Anfang 2001 fertig gestellt sein.

Im Rahmen der **Stadttechnologieabkommen**, die aktive Promotionen von Wiener Umwelttechnologien im Ausland zum Inhalt haben, sollen Wiener Firmen unter Federführung der MD-Stadtbaudirektion bessere Einstiegsmöglichkeiten in neue Märkte gegeben werden. So konnte mit der Stadtregierung von Hanoi (Vietnam) im Zuge mehrerer Expertentreffen ein Projekt zur Sanierung des West-Lake entwickelt werden, das auf den bei der Sanierung der Alten Donau gemachten Erfahrungen beruht. Die Realisierung dieses Projekts – Errichtung zweier Hauptsammelkanäle, einer biologischen Abwasserkläranlage und einer Aufbereitungsanlage für das einzuleitende Flusswasser – soll, nach im Dezember erfolgter Vertragsunterzeichnung, von einem Wiener Firmenkonsortium durchgeführt werden.

Im Rahmen der **Kooperation mit Hong Kong (VR China)** wurde zum dort bestehenden Abwasserkonzept ein Alternativvorschlag (COMBIT – Compact Bio Treatment Plant) eingebracht. Das Umweltministerium der Stadt Hong Kong ließ aufgrund des großen Interesses der verantwortlichen Stellen das Projekt gemeinsam mit der Stadt Wien von einer unabhängigen Kommission prüfen, die eine Weiterverfolgung des Wiener Vorschlags empfohlen hat.

Die MD-Stadtbaudirektion hat im Rahmen des **Kontraktmanagements** beratende und steuernde Funktion bei der Erstellung von Kontrakten wahrgenommen. Die Gruppe Hochbau und Haustechnik wirkte bei der Erstellung der Leistungskontrakte für die Magistratsabteilungen 24 und 39, die Gruppe Planung bei der Kontrakterstellung für die Magistratsabteilungen 19, 21B und 21C und die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik bei der Kontrakterstellung für die Magistratsabteilungen 36 und 49 mit. Die Gruppe Tiefbau und Verkehr hat im Rahmen des im Jahr 2000 abgeschlossenen Kontrakts durch die MA 29 die Funktion des Controllings übernommen.

Im **Projekt „Ökokauf Wien“** wurden unter Mitwirkung der Projektleitstelle, der Gruppe Hochbau und Haustechnik sowie der Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik ökologische Kriterienkataloge für nahezu alle innerhalb der Stadtverwaltung benötigten Produkte Materialien und Leistungen ausgearbeitet.

Im Berichtsjahr wurde in der MD-Stadtbaudirektion zusätzlich zu den bestehenden Dezernaten mit Erlass des Stadtbaudirektors das **Dezernat 7 Bauablaufkontrolle** eingerichtet sowie **12 Projektkoordinatoren** bestellt.

Im Rahmen der in der Geschäftsstelle der Kommissionen des Stadtbaudirektors eingerichteten ständigen **Projektkommission** des Stadtbaudirektors, die unter Vorsitz des Stadtbaudirektors zusammentritt, wurden u. a. folgende Projekte behandelt:

- EU-Förderprogramme INTERREG III A, B, und C für die EU-Förderperiode 2000 bis 2006
- SUB-URBIA – Eine Stadt verdrängt ihren Rand
- Darüber hinaus wurde die Abwicklung der Arbeiten und Sitzungen der Fachkommissionen „Verkehr“ und „Infrastruktur“ sowie der „Kommission zur Optimierung des Grundstücksmanagements“ (KOG) koordiniert.

Die **Fachkommission Verkehr** hat bis zum November 2000, unter Vorsitz des Stadtbaudirektors, 199 Baumaßnahmen einer Beurteilung zugeführt. Mit November 2000 wurde der Vorsitz dieser Fachkommission der Gruppe Tiefbau und Verkehr übertragen.

In den im Berichtsjahr abgehaltenen Arbeitssitzungen der **Infrastrukturkommission (ISK)** wurden, unter Vorsitz des Stadtbaudirektors, 27 Wohnbauprojekte (4.816 Wohneinheiten (WE) einer Bewertung, vor allem im Hinblick auf die Kosten der sozialen und technischen Infrastruktur, unterzogen. Damit wurden seit der Konstituierung der ISK 387 Projekte (113.748 WE) behandelt. Mit Stand 8. 1. 2001 sind davon 150 Bauvorhaben (41.767 WE) fertig gestellt und 62 Projekte (12.024 WE) befinden sich derzeit in der Realisierungsphase.

In den **Arbeitssitzungen der KOG** wurden unter Vorsitz des Stadtbaudirektors 396 möglich erscheinende Betriebsflächen (1.127,65 ha) einer Bewertung unterzogen. 34 Flächen (73,00 ha), die nicht mehr als Betriebsflächenpotenzial zur Verfügung standen, wurden aus der Liste der KOG herausgenommen. Somit verblieb ein Betriebsflächenpotenzial von 362 Flächen (1.054,65 ha). Davon wurden 14 Flächen (33,43 ha) einer betrieblichen Nutzung zugeführt. Bei 25 Flächen (68,77 ha) ist derzeit die Umsetzung im Gange.

Mit Stand 31. 12. 2000 stehen für eine kurzfristige Umsetzung (5 Jahre) 163 Flächen (378,98 ha), für eine mittelfristige Umsetzung (10 Jahre) 102 Flächen (301,48 ha) und für eine langfristige Umsetzung (mehr als 10 Jahre) 32 Flächen (198,81 ha) als Betriebsflächenpotenzial zur Verfügung.

Projektleitstelle

Die **Projektleitstelle** befasste sich u. a. mit der Abwicklung von Bauprojekten in Stadtentwicklungsgebieten, mit der Koordination der vom Stadtbaudirektor eingesetzten Projektverantwortlichen und der Bereitstellung der Ressourcen für die Projektabwicklungen.

Das Projekt „einfach-mehrfach“ als Projektbeitrag zum Strategieplan der Stadt Wien reagiert auf die Knappheit städtischer Freiräume. Dieses strategische Projekt berücksichtigt u. a. unterschiedliche sozial- und demokratiepolitische Zielsetzungen und entspricht der Definition der Verwaltungsreform (new public management).

Am 26. 10. 2000 wurden das gesamte Projekt „Judenplatz“ bestehend aus dem Misrachi-Haus (1., Judenplatz 8), dem Museum im Keller und Erdgeschoss dieses Hauses, dem Mahnmal der Künstlerin Rachel Whiteread und dem Judenplatz selbst im Rahmen einer feierlichen Zeremonie unter Teilnahme konfessioneller und politischer Vertreter der Öffentlichkeit übergeben.

Anfang des Jahres 2000 wurde für die Umorganisation und Neueinrichtung der MA 11A Projektunterstützung und Coaching geleistet und für das neue Verkehrsmanagementsystem der Stadt Wien (MA 46) die Projektmanagementunterstützung vorbereitet.

Gruppe Hochbau und Haustechnik

Der Aufgabenbereich der Gruppe Hochbau und Haustechnik umfasste die Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen für 30 Projekte mit Bruttogesamtbaukosten von rd. ATS 1,15 Mrd. (EUR 83,6 Mio.).

Koordinierende Tätigkeiten waren sowohl bei der Erstellung von Bauprogrammen für den Wohnhausbestand der Gemeinde Wien im Einvernehmen mit Stadt Wien – Wiener Wohnen als auch bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für bedeutende oder abteilungsübergreifende Probleme erforderlich. Insbesondere sind hier Maßnahmen für das zu errichtende Wohnheim Siemensstraße, die koordinierende Tätigkeit für das Projekt „Judenplatz“, die Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben für die Projektteile der Stadt Wien beim Museumsquartier sowie die Sanierung der Kirche am Steinhof und die Bemühungen im Zusammenhang mit der Vermietung und Nutzbarmachung des ehemaligen Verbindungsstücks U4/U6 zu nennen. Die Sanierung der Lueger Kirche konnte zum Abschluss gebracht werden.

Im Zuge des Schulbauprogramms 2000 wurden u. a. Neu- und Umbauten bei der Schule mit integriertem Kindertagesheim 23., Rösslergasse und der Erweiterung der Schule 22., Asperner Heldenplatz durchgeführt. Bei der Neugestaltung und dem Umbau der Schule 5., Am Hundsturm wurden innovative Maßnahmen im Bereich alternativer Energiegewinnung gesetzt. Eine Weiterführung der im Schulbauprogramm 2000 übernommenen koordinierenden und steuernden Tätigkeit findet sich in der vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Generalsanierung von allgemein bildenden Pflichtschulen. In den kommenden 6 Jahren sollen insgesamt rd. 30 Projekte abgewickelt werden. 13 Schulen wurden bereits in Angriff genommen und 3 davon fertig gestellt.

Die Gruppe ist auch an der Mitgestaltung, Entwicklung und Begleitung der Bauträgerwettbewerbe für Wohnbauvorhaben als Mitglied im Grundstücksbeirat beteiligt. Als Jurymitglied bei Planungswettbewerben und Gutachterverfahren zum Schul- und Wohnbauprogramm sowie für Kindertagesheime und sonstige Nutzbauten wird die Aufgabe der aktiven Mitwirkung bei der Umsetzung der Stadtplanungsziele ergänzt.

In Zusammenarbeit mit den zugeordneten technischen Dienststellen wurden Maßnahmen zur Einführung von Kostenrechnungsmodellen sowie zur Qualitätssicherung in der Bauabwicklung festgelegt.

Gruppe Tiefbau und Verkehr

Das Aufgabengebiet der Gruppe Tiefbau und Verkehr und die damit verbundenen Tätigkeiten erstrecken sich im Wesentlichen auf Angelegenheiten, die den Bau, die Erhaltung sowie die Verwaltung von Straßen und Verkehrsbauwerken, die Kanalisation, die Wasserversorgung, die öffentliche Beleuchtung und die Verkehrsorganisation betreffen. Ein Tätigkeitsschwerpunkt war die Koordinierung der Baumaßnahmen im Straßenbereich. Um bei erforderlichen Baumaßnahmen die Beeinträchtigungen der anrainenden Wohnbevölkerung sowie die Behinderungen des Verkehrs so gering wie möglich zu halten, werden derartige Maßnahmen, insbesondere wenn sie verkehrswirksam sind, mit den betroffenen Dienststellen abgestimmt und koordiniert. Dabei wird auf eine Minimierung der Bauzeiten sowie auf eine umfassende Information der Bevölkerung über die Baumaßnahmen und den damit verbundenen Beeinträchtigungen größtes Augenmerk gelegt. Ein Erfolg dieser Koordinierung kann daraus abgeleitet werden, dass die Negativmeldungen in den Medien über den so genannten „Baustellensommer“ in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt war die Vorbereitung und Durchführung von 20 Wirtschaftlichkeitsbesprechungen für Projekte der gruppenzugehörigen Magistratsabteilungen. Dabei sind 33 Vorhaben mit einem Gesamtkostenrahmen von ca. ATS 1,31 Mrd. (ca. EUR 95,2 Mio.) nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten positiv beurteilt worden. Einen hohen Stellenwert im Rahmen der Bewältigung der Aufgaben der Gruppe Tiefbau und Verkehr hatte die Erarbeitung von Berichten, Stellungnahmen und Antwortentwürfen, vorwiegend für die politische Ebene, betreffend Angelegenheiten des Tiefbaus und insbesondere des Verkehrs.

Neben dem Vorsitz in der „Fachkommission Verkehr“ und im „Beirat für den Wirtschaftsverkehr“ ist die Mitwirkung bei der Gestaltung der Förderungsbedingungen im „Arbeitskreis Siedlungswasserwirtschaft“ des Bundes und der Länder hervorzuheben.

Gruppe Planung

Die **Gruppe Planung** hat sich intensiv an den Maßnahmen zum Umbau der MD-Stadtbaudirektion in Richtung einer „Strategiezentrale für den technischen Bereich“ beteiligt. In Umsetzung des Strategiekonzepts wurde als eine wesentliche Maßnahme mit 6. 3. 2000 eine „Zentrale Planauskunft“ eingerichtet. Diese ermöglicht es den Bürgern, an zentraler Stelle aktuelle Informationen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sowie zu allen anderen wichtigen Konzepten und Projekten mit Stadtplanungsrelevanz zu bekommen. Darüber hinaus wurde als interne Maßnahme ein „EDV-Verbund Stadtplanung“ eingerichtet, der eine bessere Koordination und effizientere Handhabung aller EDV-Projekte und Datenbanken in der Stadtplanung gewährleisten soll.

Eine der wesentlichsten Schwerpunkte war die Fertigstellung des „Strategieplans für Wien“ mit dem Titel „Qualität verpflichtet – Innovation für Wien“. Der Strategieplan, mit 33 strategischen Projekten, legt die strategischen Ziele für die Entwicklung Wiens in den nächsten 10 bis 20 Jahren fest und behandelt Themen wie die Erweiterung der EU, die Profilierung Wiens als Wirtschaftsstandort sowie gesellschaftliche und technologische Veränderungen. Im Rahmen einer Internationalen Konferenz am 26. 5. 2000 im Wiener Rathaus wurde der Strategieplan vorgestellt. Im Zusammenhang mit dem Strategieplan wurde an der Umsetzung von nachfolgend angeführten strategischen Projekten gearbeitet:

- „Hauptbahnhof Wien“: Abstimmung und Weiterentwicklung von Verkehrsvorhaben (zentraler Hauptbahnhof mit Fern- und Nahverkehrsteil) und städtebaulichen Vorhaben (Verbauung von bisher ungenutzten bzw. künftig frei werdenden Bahnarealen).
- „Attraktivierung des Öffentlichen Raums“: In Form von Pilotprojekten soll in einzelnen Bezirken ein systematisches Netzwerk von attraktiv gestalteten, für die Bevölkerung nutzbaren öffentlichen Räumen entstehen. Im 3. und 6. Bezirk wurden Pilotprojekte ausgewählt.
- „Innerstädtische Zentren und Geschäftsstraßen“: Umsetzung von maßgeschneiderten Maßnahmenpaketen für ausgesuchte Geschäftsstraßen.
- „Gürtelmanagement“: Entwicklung eines operationellen Programms, das eine Fortsetzung und Verbreiterung der mit dem EU-Programm URBAN Gürtel Plus und den Stadterneuerungsmaßnahmen gesetzten Initiativen ermöglichen soll.

Darüber hinaus wurden die **Planungen** zum Vorplatz Museumsquartier abgeschlossen und mit der Realisierung begonnen (Fertigstellung Juni 2001). Weiters wurden für den Südraum Wiens im Bereich des geplanten Terminals Wien Inzersdorf und der B 301 (Südfahrt von Wien) sowie für die Bereiche neuer U-Bahnstationen im Verlauf der künftig verlängerten U1 (Bereich Brachmühle/Station Aderklaaer Straße) und U2 (Handelskai/Wehlstraße, Stadlau und Aspern) städtebauliche Konzepte entwickelt.

Die Gruppe wirkte an den **kooperativen Planungsverfahren** „Initiative TEN-Knoten Region Wien“, „EWIWA“ (Hochrangige Eisenbahnverbindung Wien-Flughafen Wien-Schwechat-Wampersdorf) und „Umsetzung des S-Bahnkonzepts Region Wien (1998)“ mit.

Die Wiener Stadtplanung initiierte ein **internationales Kooperationsprojekt zum Thema „Intelligente Mobilität“** mit den Städten Berlin, Budapest, Laibach, Prag und Zagreb in dem die Probleme, Strategien und Best Practices in diesem Themenfeld vergleichend gegenübergestellt wurden. Die Ergebnisse wurden im Rahmen der Weltkonferenz URBAN 21 im Juli 2000 in Berlin mit großem Erfolg präsentiert. Die Kooperation soll fortgesetzt werden und auch in der Unterstützung konkreter Maßnahmen in diesen Städten münden.

Gruppe baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik

Neben der Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung der bau- und gewerberechtlichen, feuerpolizeilichen sowie sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften wurden durch die **Gruppe baubehördliche Angelegenheiten und Umwelttechnik** auch Entscheidungen der Bauoberbehörde hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf baubehördliche Verfahren überprüft. In Arbeitsgesprächen „Baubehörde – Planung“ wurden Bauansuchen, die den geltenden oder geplanten Bebauungsbestimmungen nicht vollständig entsprechen, sowie Großbauvorhaben und besonders schwierige Bauvorhaben erörtert und einer Entscheidung zugeführt. Die Gruppe hatte die Federführung bei Arbeitsgesprächen der Koordinationsstellen „Baubehörde – Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten“ und „Baubehörde-Wirtschaftskammer Wien, Landesinnung Wien der Baugewerbe“. Weiters wurden Antwortentwürfe für den Herrn Bürgermeister, für Stadträte und für Dienststellen der Magistratsdirektion im Zusammenhang mit bau- und gewerbetechnischen Angelegenheiten ausgearbeitet und Fragen betreffend Bauvorhaben von Baufirmen, Planverfassern, Bauwerbern, des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) und des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) beantwortet.

Im **Bereich Umwelttechnik** wurde mit Hilfe von Koordinierungsgesprächen sowie Wirtschaftlichkeits- und Projektbesprechungen dafür Sorge getragen, dass Maßnahmen nach einheitlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführt wurden. Mitgewirkt wurde insbesondere bei der technischen und budgetären Koordination der Projekte Wiental und Liesingtal, bei der Erneuerung von betrieblichen Einrichtungen der Dienststellen, bei der nachhaltigen Sanierung der Alten Donau, bei der Gewässervernetzung Lobau-Donau, beim Kleingartenentsorgungsprogramm, bei den Beratungen von Entsorgungsproblemen, bei Altlastenerkundungs- und Sanierungsfragen, bei der Realisierung

eines Abfallwirtschaftskonzepts sowie bei Fragen der Kompostierung (Kompostanlage Lobau) und der nachhaltigen Sicherstellung des Wiener Trinkwasserhaushalts.

Für die **Budgetperlustrierung** wurde an der Erstellung des Teilvoranschlags 2001 aller Dienststellen der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination mitgewirkt und der Geschäftsgruppenrahmen zur Perlustrierung auf Beamtenebene sowie auf politischer Ebene tabellarisch und grafisch aufbereitet.

Im Rahmen der Bezirkskoordination wurde der Bezirksvorsteher des 22. Bezirks sowie der Bereichsleiter in Angelegenheiten der Dezentralisierung unterstützt.

Dezernat 1

Die Koordinierung der Planung, Finanzierung und Ausführung der **technischen Infrastruktur für geförderte Wohnbauvorhaben** in den Stadterweiterungsgebieten (9.564 WE) durch das **Dezernat 1** wurde auch im Jahr 2000 mit dem Ziel fortgesetzt, dass zum Zeitpunkt der Besiedlung der Wohnungen die öffentliche Ver- und Entsorgung sowie die Straßen vollständig zur Verfügung stehen.

Die Kontrolle der zweckgebundenen Verwendung der Budgetansätze wurden in vierteljährlich anberaumten Besprechungen durchgeführt. Für zukünftige Stadterweiterungsprojekte wurde der fehlende Infrastrukturbedarf erhoben und alle Maßnahmen für die Errichtung öffentlich gewidmeter Verkehrsflächen koordiniert. Alle rechtlichen Erfordernisse für die Überplattung der A 23 – Südosttangente zur Verbauung des Stadterweiterungsgebiets Laaer-Berg-Straße/Absberggasse liegen vor. Der Umfang der Technischen Infrastruktur als auch die Bedeckung der Kosten für die Wohnbebauung am Wienerberg und für die Flächen der ehemaligen Schmidtstahlwerke wurden abgeklärt.

Für die **Standortüberlegungen zu „Wohnen im Grünen“** wurden rund 50 verschiedene Flächen (ca. 1.000 WE) kostenmäßig perlustriert und eine Bewertung vorgenommen. Für die ISK wurde der Anteil der technischen Aufschließung für 27 Stadtentwicklungsprojekte (ca. 4.816 WE) bearbeitet.

Im Sommer 2000 konnten am Nordbahnhofgelände die geförderten Wohnungen besiedelt werden. Die Randverbauung des Nordbahnhofs zur Lassallestraße hin ist durch ein Kinozentrum, ein Hotel- und Bürogebäude fortgesetzt worden. Die Voraussetzungen für die Verbauung einer weiteren Teilfläche (6 Baublöcke) sind abgeklärt. Der Umfang der sozialen Einrichtungen und die Größe des Leopoldsparks sind den ÖBB bekannt gegeben worden.

Die Umwidmung der Stadtentwicklung im Bereich „Wien Mitte“ wurde am 4. 5. 2000 vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Ein geeigneter Ersatzstandort für den Autobusbahnhof konnte gefunden werden.

Die Erfassung der generellen Projektbelange zur **„Bahnhofs offensive der ÖBB“** im Einflussbereich der Stadt Wien, die die Grundlagen für die Realisierung der Bahnhofsbereiche Wien-West, Wien-Süd, Wien-Nord, Rennweg, Hütteldorf und Heiligenstadt darstellen, ist erfolgt.

Die grundsätzlichen verkehrstechnischen und der Raumordnung entsprechenden Voraussetzungen für eine Zustimmung zu den **Anschlussstellen für die B 301** durch die technischen Dienststellen Wiens wurden koordiniert und sind der ÖSAG bekannt gegeben worden.

Im Berichtsjahr wurde in der **Donau-City** der gesamte Wohnbau (1.500 WE) besiedelt, die katholische Kirche wurde eingeweiht und das Bank Austria Gebäude in Betrieb genommen. Die Einsatzzentrale – Nord des Arbeitersamariterbunds ist fertig gestellt und die Feuerwache ist kurz vor der Fertigstellung. Der Anschluss an die öffentliche Ver- und Entsorgung und der Ausbau der öffentlichen Fußgängerbereiche konnten hergestellt werden. Die Servitutsverträge über die Führung der öffentlichen Einbauten und Durchgänge sowie der U1 auf der Liegenschaft der Donau-City wurden zur Verbücherung im Grundbuch weitergegeben.

Die Teilung der Gesamtfläche der **ehemaligen Poliklinik** in vier Bauplätze und ein Trennstück wurde veranlasst. Der Verkauf des Bauplatzes 9., Pelikangasse 16 und 18, mit der Auflage ein medizintechnisches Zentrum zu errichten, konnte im Berichtsjahr erfolgreich durchgeführt werden. Die Vergabe der Baubetreuerleistungen für den Verwaltungssitz der Generaldirektion des Wiener Krankenanstaltenverbands ist nach EU-weiter Ausschreibung vom zuständigen Gemeinderatsausschuss beschlossen worden.

Dezernat 2

Die dem **Dezernat 2** übertragene Aufgabe der **Sicherstellung der sozialen Infrastruktur** sowie die Koordination der dafür zuständigen Dienststellen in sachlicher, räumlicher und zeitlicher Hinsicht wurde auch im Berichtsjahr im Rahmen der ISK fortgesetzt. Für das Programm „Durchgrüntes Wohnen in Wien“ wurde der Infrastrukturbedarf erhoben. Darüber hinaus erfolgte eine flächendeckende Darstellung bezirksteilspezifischer Versorgungspotenziale und Problemlagen in den Bereichen Kinderbetreuung und Pflichtschulraumbedarf.

Im Zuge der **Steuerung von Stadterneuerungsprozessen** durch das Dezernat 2 stand die Schaffung neuer Qualitäten bei Sanierungen in innerstädtischen Bereichen im Mittelpunkt. Die Entwicklung von Stadtteilmanagementstrukturen sowie die Weiterentwicklung des Instruments Blocksanierung wurden dabei vom Dezernat 2 initiiert, zentral gesteuert und begleitet. Im Rahmen der inhaltlichen Lenkung der Gebietsbetreuungen begann, gemeinsam mit der MA 25, die Umsetzung der Ergebnisse der Aufgabenevaluierung. Im Zusammenhang mit der Ausweitung von Gebietsbetreuungsaktivitäten auf städtische Wohnhausanlagen wurde ein neues Ausschreibungsverfahren angeregt und gemeinsam mit den Magistratsabteilungen 24 und 25 entwickelt und umgesetzt.

Das Betreiben und die Koordinierung von Maßnahmen zur Förderung von **Garagenprojekten**, die Koordinierung von **Park & Ride-Anlagen** sowie die Erarbeitung eines Garagenprogramms für Wien wurde forciert. Es wurden 6 gewerbliche Garagen (1.300 Stellplätze) fertig gestellt. 13 Garagen (3.600 Stellplätze) sind in Bau bzw. wurden bis zur Baureife vorbereitet. Für 9 weitere Standorte (1.800 Stellplätze) wurden Planungsüberlegungen eingeleitet. Eine Park & Ride-Anlage (160 Stellplätze) ging in Betrieb. Für weitere 16 Park & Ride-Standorte (8.000 Stellplätze) liegen Planungsüberlegungen vor.

Im Rahmen der vom Dezernat 2 federführend betriebenen **Grundstücksbesprechungen** wurde zusammen mit den maßgeblichen Dienststellen und den beiden Fonds (WBSF, WWFF) über Liegenschaftstransaktionen der Stadt Wien beraten.

Im Berichtsjahr wurde zu insgesamt 39 beantragten Raumprogrammen städtischer Dienststellen Raumprogrammvorbesprechungen, unter Vorsitz des Stadtbaudirektors, durchgeführt.

Von der dem Dezernat 2 zugeordneten **Leitstelle „Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen“** wurden u. a. folgende Arbeitsschwerpunkte umgesetzt:

Beurteilung/statistische Auswertung der zur Förderung eingereichten Bauvorhaben;

Ausschreibung/Vorprüfung Bauträgerwettbewerb 10., Troststraße 73-75; Empfehlungen zu Hausnebenräumen und Gemeinschaftsräumen in Wohnhäusern;

Gestaltungs- und Sicherheitskonzept „Am Schöpfwerk“ (mit BV 12, MA 19, MA 23); Planungskriterien für Kinderwagenrampen auf bestehenden Stiegenanlagen (Studie);

Federführung beim Projekt „Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen“.

Dezernat 3

Das **Dezernat 3** war besonders intensiv mit dem Themenkreis EU befasst. Neben der Koordinierung von Stellungnahmen der technischen Dienststellen zu den von Bund bzw. Ländern im Hinblick auf die Umsetzung von EU-Richtlinien verfassten Gesetzes- bzw. Verordnungsentwürfen wurden u. a. auch Stellungnahmen koordiniert, die auf Grund von einzelnen, spezifischen EU-Richtlinien abzugeben waren.

Die in **Vereinen und Institutionen** im In- und Ausland nominierten Vertreter der technischen Dienststellen wurden evident gehalten. Wobei hier insbesondere das Österreichische Normungsinstitut zu nennen ist, bei welchem auch die Delegation der Bediensteten durch das Dezernat 3 erfolgte. Weiters wurden die von den Fachabteilungen des technischen Bereichs abgegebenen Stellungnahmen zu den zum Einspruch aufgelegten ÖNORMEN zusammengefasst und nach gegebenenfalls notwendiger Koordinierung divergierender Stellungnahmen an das Österreichische Normungsinstitut herangetragen.

Die Diensterteilung für die Theateraufsichts-, Reserve- und Permanenzdienste wurde vorgenommen. Die Einsätze der **PermanenzingenieurInnen** wurden regelmäßig überprüft und um eine optimale Einsatzbereitschaft gewährleisten zu können, wurde das Dienstzimmer des technischen Permanenzdienstes mit modernen Kommunikationsmitteln ausgestattet.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Dezernats 3 lag in der Abnahme von Befähigungsprüfungen u. a. für das Bau- und Installationsgewerbe. An der Durchführung von Ziviltechnikerprüfungen wurde mitgewirkt. Die Fachaufsicht über die Lehrlinge des technischen Diensts wurde ebenfalls wahrgenommen.

Die Stadtbaudirektion, vertreten durch das Dezernat 3, nahm an Einstellgesprächen für Bedienstete des höheren technischen Diensts sowie des technischen Diensts in der MD-Personaldirektion teil.

Dezernat 4

Seitens des **Dezernat 4** der MD-Stadtbaudirektion wurden im Berichtsjahr u. a. die Arbeiten an folgenden Erlassentwürfen abgeschlossen:

- „Allgemeine Angebotsbestimmungen für materielle Leistungen“
- „Allgemeine Angebotsbestimmungen für immaterielle Leistungen“
- „Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für Leistungen“
- „Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für Bauleistungen“
- „Allgemeine Vertragsbestimmungen der Stadt Wien für immaterielle Leistungen“

Weiters wurden für den Vergabe- und Vertragsbereich Neuarbeiten durchgeführt, wobei die Arbeiten an den neuen **Vergaberichtlinien der Stadt Wien** abgeschlossen werden konnten.

Durch die Mitwirkung im Beratungsgremium der öffentlichen Auftraggeber zur Durchführung von Preisberichtigungen im Bundesministerium für Finanzen hat das Dezernat 4 wesentlichen Anteil an der Erzielung vertretbarer Ergebnisse. Für den Bereich „Baupreisverwaltung dezentral“ konnte durch eine Programmweiterung der Bearbeitungskomfort für die technischen Dienststellen verbessert werden.

Des Weiteren werden die Verständigungen über Insolvenzen von AuftragnehmerInnen der Stadt Wien zentral durch das Dezernat 4 fortgeführt, die Beratung aller Dienststellen, welche Vergaben durchzuführen haben, durchgeführt sowie an dem von der MD-Verwaltungsakademie abgehaltenen Schulungsprogramm für das Vergabewesen mitgewirkt.

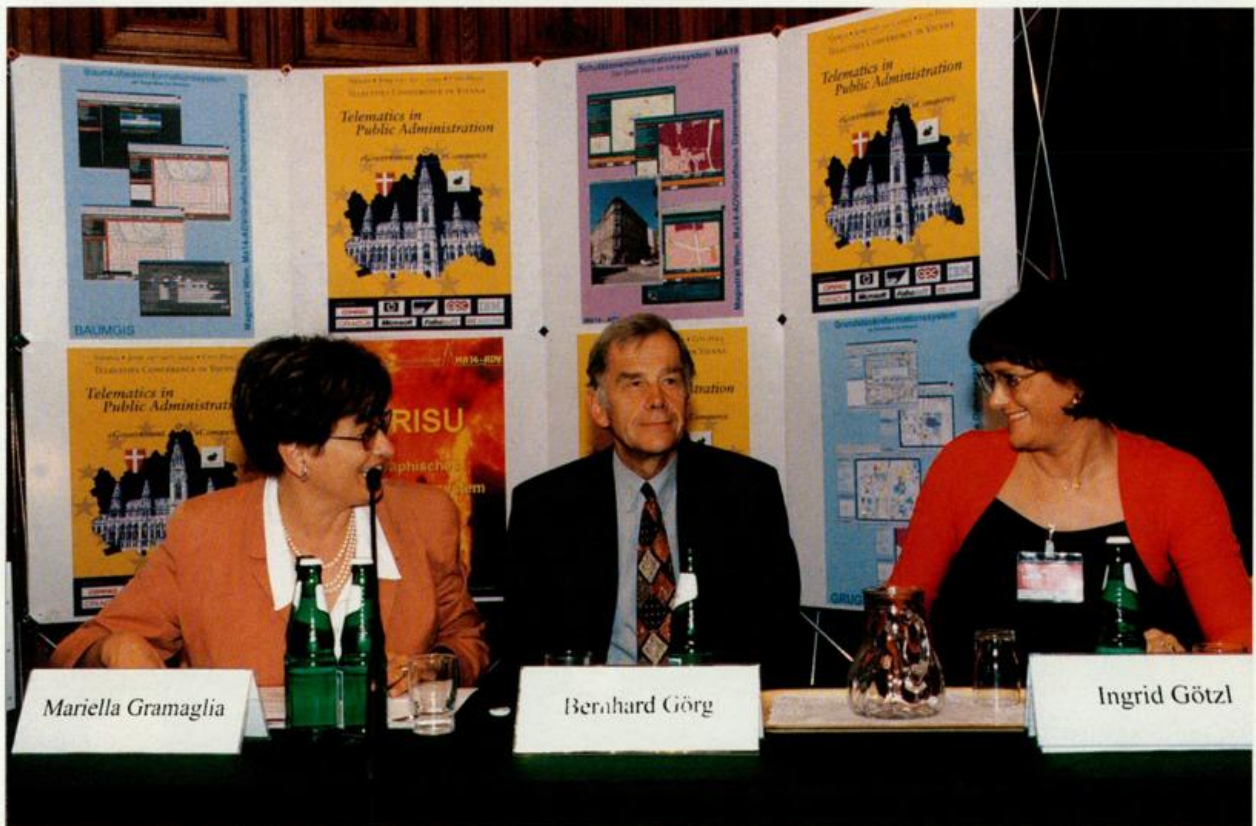


Im Rahmen seiner Auslandsreise nach Belgien im April traf Bürgermeister Dr. Michael Häupl in Namur, der Hauptstadt der Region Wallonien, auch mit Ministerpräsident Jean-Claude van Cauwenberghe (links) und mit dessen Vorgänger Élio de Rupo zusammen.

Foto: Agence Mapez – Bruxelles

Zum Thema „eGovernment & eCommerce“ fand im Rathaus die von der MD-EDV- und Informationsmanagement organisierte TeleCities Konferenz statt, an welcher Regierungsvertreter aus ganz Europa teilnahmen.

Foto: media wien





Frau Barbara Zawadzka, Vorsitzende der Kommission für Sicherheit und öffentliche Ordnung der Stadt Warschau, und Herr Franz Thun von der Abteilung für Stadtentwicklungsstrategie und Europäische Integration der Warschauer Stadtverwaltung, überreichen Magistratsdirektor Dr. Ernst Theimer ihr Gastgeschenk anlässlich des von der MD-KOB veranstalteten EU-Informationseminars der Stadt Wien für Beamte und Politiker der Stadt Warschau.

Foto: media wien

OSR Dr. Alois List wurde am 29. Juni 2000 vom Wiener Gemeinderat zum Direktor des Kontrollamts gewählt und erhielt von Magistratsdirektor Dr. Theimer das Bestellungsdekret.

Foto: Blauensteiner / media wien



Dezernat 5

Das **Dezernat 5** der MD-Stadtbaudirektion ist für die grundsätzlichen Angelegenheiten der Koordination sämtlicher EDV-Aktivitäten sowie für die Organisation von **Verwaltungsvorgängen im technischen Bereich** zuständig und unterstützt die technischen Dienststellen beim Einsatz moderner Arbeitsmethoden und Arbeitstechniken, insbesondere hinsichtlich Projektmanagement und „New Public Management“. Im Jahr 2000 wurden insbesondere bei folgenden Projekten bedeutende Entwicklungsschritte gesetzt:

- **Informationssystem Bauen (ISBA):** Mit dem in letzter Zeit verstärkten Einsatz von PCs haben sich für ISBA neue Möglichkeiten für eine verbesserte, Windows-orientierte Benutzeroberfläche eröffnet. Auch die Verrechnung in Euro ist bereits möglich.
- **Ausschreibungsbekanntmachungen im Internet:** Seit Frühjahr 2000 werden die Ausschreibungsbekanntmachungen zusätzlich zur Veröffentlichung im Amtsblatt auch im Internet angeboten. Damit wird eine ständig aktuelle Übersicht über die ausgeschriebenen Leistungen und eine bessere Selektion für die Unternehmen ermöglicht.
- **PUMA-Umweltmanagementsystem:** Als Pilotprojekt konnte das Umweltmanagementsystem im städtischen Amtshaus 8., Friedrich-Schmidt-Platz 5 fertig gestellt werden. Im Oktober 2000 wurde es im Rahmen eines „Öko-Audits“ von einem staatlich zugelassenen Umweltgutachter überprüft und gemäß der EMAS-Verordnung (EU-Verordnung über die freiwillige Einführung von Umweltmanagementsystemen) in Kraft gesetzt. Deutliche Einsparungen beim Strom-, Fernwärme- und Wasserverbrauch konnten bereits erreicht werden.

Dezernat 6

Vom **Dezernat 6** werden die Aufgaben der **Technischen Fachaufsicht** wahrgenommen. Weiters erfolgt die Mitwirkung bei der **Dienstaufsicht** über das den Dienststellen des technischen Bereichs und der MA 4 zugewiesenen technischen Personals sowie über das den anderen Dienststellen zugewiesene technische Personal, mit Ausnahme des dem Wiener Krankenanstaltenverbund zugewiesenen technischen Personals der Schemata II und IV sowie der Lehrlinge des technischen Diensts.

Zu den Aufgaben zählen u. a. die Mitwirkung bei der Besetzung freier Dienstposten, bei der Besetzung höherwertiger Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes sowie die Mitwirkung bei der Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten und bei in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der MD-Verwaltungsrevision durchzuführenden Revisionen.

Weiters wurden im **Dezernat 6** die **Anträge auf Förderungen** vorbereitet und dem Stadtbaudirektor zur Vidierung vorgelegt. Dem **Dezernat 6** obliegen auch die Erledigungen von Personalangelegenheiten für sämtliche MitarbeiterInnen der MD-Stadtbaudirektion wie z. B. Anträge auf Förderungen, auf Zuerkennung von Zulagen, auf Besetzungen höherwertiger Dienstposten (Funktionen) im Sinne des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes, etc.

Dezernat 7

Die Geschäfte des im Jänner 2000 eingerichteten **Dezernat 7** wurden folgendermaßen festgelegt:

- Prozess unabhängige **Querschnittsprüfung von städtischen Planungen und Bauvorhaben** im Hinblick auf ihre ordnungsgemäße Abwicklung in funktioneller, wirtschaftlicher und terminlicher Hinsicht
- Durchführung von Einzelprüfungen in konkreten Anlassfällen
- Erstellung von Vorschlägen an den Stadtbaudirektor zur Beseitigung allfällig festgestellter Mängel und zur Optimierung der Vorgangsweisen bei der Planung und Abwicklung städtischer Bauvorhaben.

Im Berichtsjahr konnten insgesamt 136 Projekte geprüft werden, deren Investitionsvolumen ca. ATS 3,7 Mrd. (EUR 268 Mio.) umfasst. Darüber hinaus wurden in eigenen Prüfungen die Behandlung von Zusatzangeboten, die Gebahrung mit Bestellscheinen sowie der Vollzug der Dienstanweisung für Bauaufsicht (DAB) einer vertieften Betrachtung unterzogen. Die von den Prüfteams festgestellten Abweichungen stellen die Basis für das anschließende Risikomanagement dar.

Auf Grund der **Ausgliederung des Auftragnehmerkatasters** der Stadt Wien in den Auftragnehmerkataster Österreich wurden folgende Geschäfte zusätzlich übernommen:

- Evaluierung von Mängelmeldungen der Dienststellen bei der Auftragsabwicklung im Zusammenhang mit Eintragungen in den Auftragnehmerkataster Österreich
- Sammlung und Bewertung von Informationen hinsichtlich schwerer Verfehlungen von Unternehmen in deren beruflicher Tätigkeit im Rahmen der Leistungserbringung für die Stadt Wien sowie
- Beantragung der Genehmigung durch den Stadtbaudirektor zur Eintragung bzw. Aufhebung (nach Setzung vertrauensbildender Maßnahmen) von Statushinweisen im Auftragnehmerkataster Österreich

Hinsichtlich der Wahrnehmung des Aufgabenbereichs **Kontraktmanagement – Controlling** sind dem **Dezernat 7** im Juni 2000 vom Stadtbaudirektor folgende Aufgaben des Konzerncontrollings übertragen worden:

- Koordination des weiteren Aufbaus sowie die Durchführung des Konzerncontrolling
- Aufbau und Wahrnehmung des MD-BD internen Controllings (Zentrales Controlling)

Magistratsdirektion – Klimaschutzkoordinationsstelle (MD-KLI)

Die MD-Klimaschutzkoordinationsstelle wurde am 2. November 2000 mit der Amtseinführung der Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien, Fr. Mag. Dr. Fohler-Norek eingerichtet. Die Kernaufgabe besteht in der Aktivierung, Planung, Koordination und Unterstützung der Umsetzung der im Klimaschutzprogramm beschlossenen Maßnahmen.

November und Dezember 2000 war hauptsächlich administrativen Aktivitäten zum Aufbau der Dienststelle gewidmet (Antrag auf Genehmigung des Dienstpostenplans, Auswahl von Räumlichkeiten, Bestellung von EDV, Telefon, Möbeln, Büromaterialien, etc.).

Obwohl noch nicht mit entsprechendem Personal ausgestattet, wurde auch schon mit inhaltlichen Arbeiten begonnen:

- Aufbau von Expertennetzwerken für die Bereiche Energie, Beschaffung/Abfall und Mobilität
- Beantwortung mehrerer Gemeinderatsanfragen zum Stand der Umsetzung des Klimaschutzprogramms
- diverse fachliche Recherchen

Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke (MD-PWS)

Personalstandesmäßige Angaben

Mit Stichtag 31. Dezember 2000 betrug der Personalstand der Magistratsdirektion – Personalstelle Wiener Stadtwerke einschließlich KarenzurlauberInnen und Präsenzdienner 14.423 Beschäftigte, davon 1.795 Frauen, wobei der Wienstrom GmbH 3.854, der Wiengas GmbH 1.228, der Bestattung Wien GmbH 438, der Wiener Linien GmbH & Co KG 8.744 sowie der Wiener Stadtwerke Holding AG 159 Bedienstete zugewiesen waren. Die Zahl der Pensionsparteien belief sich am 31. 12. 2000 auf 12.172. Im Jahr 2000 betrug die Anzahl der Versichertenrenten nach dem UFG 143. In 28 Fällen bestand ein Anspruch auf Witwen- bzw. Witwerpension nach diesem Gesetz.

Im gesamten Jahr 2000 langten über 4.400 Bewerbungen ein und es wurden gesamt nahezu 550 Neuaufnahmen durchgeführt. Im Berichtsjahr betrug die Anzahl der Ruhestandsversetzungen 515. Das Pensionsantrittsdurchschnittsalter betrug 2000 etwa 57,7 Jahre (Schema I: 57,3; Schema II: 58,2 Jahre).

Am 31. Dezember 2000 waren 66 Bedienstete des Schemas II/IV, sowie 48 Bedienstete des Schemas I/III teilzeitbeschäftigt.

Im Berichtsjahr wurden außerdem rund 280 Förderungen (Beförderungen, außerordentliche Stufenvorrückungen, Titelverleihungen) bearbeitet.

Allgemeines

Nach Ablauf einer zweijährigen Übergangsphase sollen ab 1.7. 2001 die MitarbeiterInnen nicht mehr zur Stadt Wien sondern direkt zu den Gesellschaften aufgenommen werden. Aus diesem Grund mussten im Jahr 2000 die **Kollektivvertragsverhandlungen** in massiver Weise voran getrieben werden, wobei eine zeitgerechte Einigung in Aussicht ist.

Durch die Schaffung der §§ 53 a, b der Dienstordnung 1994 sowie der §§ 31 a, b der Vertragsbedienstetenordnung 1995 wurden die Möglichkeiten eines **geteilten Eltern-Karenzurlaubs**, bei dem sowohl der Vater als auch die Mutter einen Teil des Karenzurlaubs in Anspruch nimmt, sowie die eines aufgeschobenen Eltern-Karenzurlaubs, bei welchem einige Monate des Karenzurlaubs aufgeschoben und bis zum Ablauf des siebenten Lebensjahrs des Kindes verbraucht werden können, geschaffen. Hierauf mussten die organisatorischen Maßnahmen abgestimmt werden.

Vorbereitende Maßnahmen zur **Umsetzung des Budgetbegleitgesetzes 2001**, das vor allem die Senkung des Arbeitnehmerabsetzbetrages, Einschleifregelungen beim allgemeinen Absetzbetrag und beim Pensionistenabsetzbetrag sowie den Wegfall der Steuerbefreiung für Bezüge aus der gesetzlichen Unfallversicherung vorsieht, mussten gesetzt werden.

Betriebsvereinbarungen betreffend die Personalentwicklung sowie zur personenbezogenen Datenverarbeitung im Bereich der Wiener Stadtwerke wurden entworfen, mit der Gewerkschaft verhandelt und letztlich abgeschlossen. In Ausführung zur erstgenannten Betriebsvereinbarung wurde die Führungskräftenachwuchsausbildung samt Potenzialanalyse und Förder-Assessment-Center in die endgültige praktische Umsetzungsphase übergeleitet.

Mit einer Verlautbarung der MD-PWS wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur sprachlichen Gleichbehandlung von Mann und Frau angewiesen, im gesamten Schriftverkehr eine geschlechtsneutrale Schreibweise zu wählen.

Der Bereichsdirektor der MD-PWS wurde zu **Verhandlungen von EU-Sozialpartnern** nominiert, deren vorrangiger Zweck es ist, die Verbesserung der Qualität von Leiharbeit durch Sicherstellung der Anwendung des Gleichbehandlungsprinzips zu erreichen sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Beitrag der Leiharbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Im Rahmen des Projekts „Unternehmenskultur“ wurden durch eine Arbeitsgruppe erste Schritte zur Projektentwicklung gesetzt. So erfolgte eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Begriff an sich und der konkreten inhaltlichen Bedeutung für den Bereich der Wiener Stadtwerke. In weiterer Folge wurde eine Projektablauforganisation entwickelt und die Erstellung einer Ist-Zustandsanalyse in die Wege geleitet.

Verrechnung der Gehälter und Pensionen

Durch Ankauf eines Reiserechnungsprogramms wurde die Abrechnung von Dienstreisen in einer EDV-Verarbeitung ermöglicht.

Mit der Erstellung von Detailprogrammen des Bezugsverrechnungssystems wurde erstmals die EDV-mäßige Erstellung des Voranschlags bewerkstelligt.

2000 wurden monatlich rund 12.170 Ruhe- und Versorgungsgenussbeziehern die Pensionsbezüge angewiesen. In 2.018 Fällen wurden Fremdpensionen (jene nach ASVG, GSVG, BSVG bzw. PG 1965) mit den gebührenden Ruhe- und Versorgungsbezügen gemeinsam versteuert und ausbezahlt. 1.120 Ruhe- und Versorgungsgenussempfänger erhielten ein Pflegegeld.

Bereich Schulung und Personalentwicklung

An den insgesamt 836 Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen des Schulungszentrums haben fast 5.600 Personen teilgenommen.

Das **Schulungsangebot** umfasste die Bereiche EDV, Corporate Akustik, EnergieberaterInnenausbildung, EU, Sprachen, Fachschulungen, Informationsveranstaltungen und insbesondere Seminare zu Managementtechnik und Persönlichkeitsentwicklung. Zusätzlich zu dem Angebot der konzernübergreifenden Schulungen wurden diverse Fachkurse für spezifische Berufsgruppen einzelner Unternehmensbereiche angeboten.

Im Jahr 2000 wurden je ein Vorbereitungskurs für die Dienstprüfung für Fachbeamte des technischen Dienstes sowie für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes abgehalten. Weiters wurden zwei Vorbereitungskurse für die Dienstprüfung für Kanzleibedienstete organisiert.

Im Rahmen der **Frauenförderung** wurde in Kooperation mit der Gleichbehandlungsbeauftragten das Angebot an Seminaren, die den spezifischen weiblichen Zugang zur Arbeitswelt berücksichtigen, weiter ausgebaut.

Dem Bereich Schulung und Ausbildung obliegt weiters die **Betreuung der Lehrlinge**.

Am 31. Dezember 2000 wurden im Rahmen der Wiener Stadtwerke insgesamt 250 Lehrlinge beschäftigt, davon 134 Lehrlinge direkt bei den Gesellschaften. Die Ausbildung erfolgt in den Berufen Bürokaufmann/frau, BetriebsschlosserIn, ChemielaborantIn, ElektronikerIn, ElektromechanikerIn für Starkstrom, Gas- und WasserleitungsinstallateurIn, KFZ-MechanikerIn, MaschinenbautechnikerIn, KommunikationstechnikerIn – NachrichtenelektronikerIn, StarkstrommonteurIn, Technische(r) ZeichnerIn.

Für den Bereich der **EDV-Kurse** wurde ein EDV-gestütztes Simulationssystem zur Evaluierung der Kursstufenreife für EDV-Programme (Word, Excel, Access) entwickelt. Ziel dieses Projekts ist die Steigerung der Effektivität in diesem Bereich durch Homogenisierung des Wissensstandes der EDV-Kurs TeilnehmerInnen.

In Kooperation mit den BildungsreferentenInnen der Tochtergesellschaften wurde ein Qualifikationskonzept für die Funktion als Bildungs-Key-Accounter erarbeitet. Dieses definiert die Funktionen und Tätigkeitsfelder eines Key-Accounters der Bildung und erstellt ein Qualifikationsmodell, das einen Beitrag zur Qualitätssicherung der Bildungsleistungen ermöglicht.

Im Mai 2000 fand als „Tag der offenen Tür“ eine Leistungsschau der Organisationseinheiten Schulung und Ausbildung sowie Personalentwicklung statt.

Magistratische Bezirksämter

Die Magistratischen Bezirksämter sind **bürgernahe Außenstellen des Magistrats** der Stadt Wien in den Bezirken. Sie sind grundsätzlich mit jenen Aufgaben betraut, die im Bezirk – somit näher zu den Bürgerinnen und Bürgern – durchgeführt werden können.

Diese Aufgaben erledigen sie möglichst freundlich, schnell und unbürokratisch. Während der allgemeinen Parteiverkehrszeiten (Montag bis Freitag 8.00 bis 13.00 Uhr, Donnerstag auch 15.30 bis 17.30 Uhr) sind die MitarbeiterInnen der Magistratischen Bezirksämter bemüht, allen Rat- und Hilfesuchenden zielführende Auskünfte und Anleitungen zu geben, wie die jeweiligen Probleme – seien es Beeinträchtigungen, die von Gewerbebetrieben herrühren, wie Lärm- bzw. Geruchsbelästigungen oder Verschmutzungen der Umwelt durch Ablagerungen usw. – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu lösen sind.

Die sehr unterschiedlichen Aufgaben reichen von der **Bedienung der Kunden** durch die Erledigung von Anträgen der Bürgerinnen und Bürger, die Parteien eines Verfahrens sind, über die Organisation von Wahlen auf Bundes- und Landesebene, Volksbegehren und Volksabstimmungen, über die Mitwirkung bei Groß(Volks)zählungen bis

zur Durchsetzung der öffentlichen Ordnung in Bezug auf Nachbarschafts- und Umweltschutz. Dies kommt insbesondere im Rahmen der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren sowie in Verfahren zur Beseitigung von sanitären Übelständen zum Ausdruck. Zur Durchsetzung von in diesem Bereich ergangenen behördlichen Anordnungen ist in manchen Fällen die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren notwendig.

Den magistratischen Bezirksämtern obliegt im Interesse des **Kunden- und Konsumentenschutzes** die Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung u. a. in enger Zusammenarbeit mit dem Marktamt der Stadt Wien. Die strikte Überwachung dieser Konsumentenschutzbestimmungen führt zu einer beträchtlichen Anzahl von Verwaltungsstrafverfahren, die zur Folge haben, dass die bezeichneten Bestimmungen – die den hohen Standard des Lebensmittelrechts in Österreich ausweisen – auch entsprechend eingehalten werden.

Zur möglichen **Beschleunigung des Kundendienstes** für die Bürgerinnen und Bürger stehen den magistratischen Bezirksämtern moderne Büroorganisationsmittel, wie PCs, Bildschirmarbeitsplätze und Faxgeräte, zur Verfügung. Bei Augenscheinsverhandlungen außerhalb des Amtshauses werden Laptops verwendet. Vernetzung und wienweit wirkende Softwareprogramme machen es möglich, dass Gewerbeberechtigungen oder Betriebsanlagengenehmigungen äußerst rasch erteilt werden können, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind (z. B. die Nachweise über die Befähigung, die Unbescholtenheit bzw. Standorteignung). So ist es zum Beispiel möglich, Gewerbeanmeldungen innerhalb von Minuten zu erledigen. Im Verfahren zur Genehmigung von Betriebsanlagen ist durch den Gesetzgeber die Einschaltung von technischen und medizinischen Sachverständigen, die Anhörung von Formalparteien, wie Arbeitsinspektorat, Umwelthanwalt sowie nicht zuletzt als Vertreter der Gemeinde und der Bezirksbevölkerung der Bezirksvorsteher zwingend vorgesehen.

Um künftigen UnternehmerInnen eine weitere Hilfestellung zu geben, wurde in den Bezirksämtern ein eigenes Unternehmensservice in Form von **Projektsprechtagen** eingerichtet. Einmal monatlich stehen rechtskundige Beamte des Magistratischen Bezirksamtes, gewerbetechnische Amtssachverständige, Baupolizisten, Arbeitsinspektoren sowie Mitarbeiter der Wirtschaftskammer und des Arbeitsmarktservice gleichzeitig zur Auskunftserteilung an Unternehmer und Personen, die sich selbständig machen wollen, zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wurde den magistratischen Bezirksämtern mit 1. Jänner 2000 auch die Genehmigung von Schanigärten (Gastgärten auf öffentlichem Grund) übertragen, um den Gewerbetreibenden und BürgerInnen weitere Amtswege zu ersparen.

Ein wesentliche Schritt in Richtung der Verfahrensbeschleunigung ist die Verbindung mit dem Zentralen Gewerbe-register, das sämtlichen Gewerbebehörden in Österreich zur Verfügung steht.

Die in und zwischen den magistratischen Bezirksämtern verwendete moderne Büro- und Kommunikationstechnik ist nicht nur für das Arbeitstempo förderlich, sondern ist auch beträchtlich kostenreduzierend. Die immer schneller wachsende Anzahl der gesetzlichen Vorschriften führt zu einem immer komplexeren und größeren Arbeitsanfall, der aber durch gezielten Einsatz fortschrittlicher Bürotechnik sowie begleitender und ergänzender Ausbildung der MitarbeiterInnen bewältigt werden kann. Die Kundenorientiertheit der magistratischen Bezirksämter als dezentrale Einrichtungen wird ständig verbessert; die Verfahrensabläufe werden transparenter und die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Behörden erleichtert.

Ein in den letzten Jahren erprobtes **Beschleunigungsprogramm** zeitigt jetzt Erfolge: So wurden – bei gründlicher Vorbesprechung der gesetzlichen Voraussetzungen – Betriebsanlagengenehmigungen innerhalb von 21 Tagen ab kompletter Einreichung erteilt, wobei auch der Bescheid immer häufiger bereits in der Verhandlung per Laptop gedruckt und ausgefolgt werden konnte. Ein spezielles Controlling-Programm für den Ablauf und die Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens wurde eingesetzt.

Betriebswirtschaftliche Methoden, wie Projektmanagement, Controlling und Kostenrechnung sowie fachübergreifende Betrachtungsweise, erzeugen nicht nur zentral (wie z. B. in geschäftsgruppengebundenen Abteilungen), sondern auch dezentral in den magistratischen Bezirksämtern wirkungsintensivierende Effekte.

Die magistratischen Bezirksämter erfüllen ihre Aufgaben in relativ kleinen Teams von JuristInnen, Bediensteten des Verwaltungsdienstes (MaturantInnen) und Kanzleibediensteten unter der Leitung eines/einer rechtskundigen Bediensteten als BezirksamtsleiterIn.

Die magistratischen Bezirksämter vollziehen insbesondere folgende **Bundesgesetze**:

Die Gewerbeordnung (Erteilen von Gewerbeberechtigungen und gewerbliches Betriebsanlagenrecht), das Wasserrechtsgesetz, das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das Chemikaliengesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Forstgesetz, das Zivildienst- und Heeresgebührengesetz (Familienunterhalt und Wohnkosten für Zivildienstler), das Bäderhygiene-gesetz, einen Teil der Straßenverkehrsverordnung und des Bundesstraßenfinanzierungsgesetzes sowie die Beurkundung des Austrittes aus einer Religionsgemeinschaft.

An zu vollziehenden **Landes- bzw. Gemeindevorschriften** kommen beispielsweise hinzu:

Die Reinhalteverordnung (betreffend die Bekämpfung von sanitären Übelständen), das Wiener Tierhalte- und Tier-schutzgesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz (hier insbesondere die Kehrverordnung), das Baumschutzgesetz, das Gebrauchsabgabengesetz u. a.

In all diesen Bereichen sind die magistratischen Bezirksämter auch im Bedarfsfall zur Durchführung der jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren in erster Instanz zuständig.

Die große Anzahl der zu vollziehenden Gesetze und Verordnungen stellt höchste Anforderungen an den Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der magistratischen Bezirksämter.

Die magistratischen Bezirksämter sind somit die kompetente Kontaktstelle für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die rasch und nahe dem Wohn- bzw. Beschäftigungsort für die sie unmittelbar betreffenden Angelegenheiten tätig werden.

Als Überblick über die Tätigkeit der magistratischen Bezirksämter seien einige Zahlen über die in diesen Dienststellen im Jahr 2000 angefallenen Geschäftsfälle angeführt:

Administrativverfahren:

Betriebsanlagenverfahren, die mit Bescheiden abgeschlossen wurden (Neugenehmigungen, Genehmigungen von Änderungen, Vorschreibung weiterer Auflagen usw.)	1.972
Betriebsanlagenüberprüfungen.....	2.683
Gewerbeanmeldungen	12.179
Gewerbeentziehungen	1.187
Religionsaustritte	12.216
Baumschutzverfahren.....	2.683
Ersatzpflanzungen	1.599
Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe für Zivildienstler	821
Sanitäre Übelstände	1.426
Buschenschankangelegenheiten	165
Einsprüche gegen Kostenvorschreibungen bei Abschleppung von Kraftfahrzeugen	971
Ausnahmebewilligungen gemäß § 45 Abs. 4 StVO (Parkpickerl) in den Bezirken 1 bis 9, sowie 20	66.132

Strafverfahren:

Ausländerbeschäftigungsgesetz	2.227
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz.....	120
Unbefugte Gewerbeausübung	1.965
Nicht genehmigte Betriebsanlagen	338
Gewerbeausübung ohne gewerberechtlichen Geschäftsführer.....	620
Übertretung des Sonn- und Feiertagsruhegesetzes	39
Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz	2.086
Verstöße gegen die Lebensmittelkennzeichnungsverordnung	2.328
Wiener Baumschutzgesetz	88
Bauordnung für Wien	1.203
Straßenverkehrsordnung (insbesondere Kfz, die ohne Kennzeichen abgestellt wurden).....	6.135
Gebrauchsabgabengesetz	9.686
Bundesstatistikgesetz	3.141

Die Aufteilung dieser beispielhaft angeführten Agenden ist naturgemäß von Bezirk zu Bezirk je nach Bevölkerungs-, Betriebs- und Baustruktur verschieden. Von den magistratischen Bezirksämtern sind daher innerstädtische Bereiche mit einem hohen Althausbestand ebenso zu betreuen wie Bezirke mit ausgedehnten Gewerbe- und Industriezentren, aber auch Bezirke mit großen Grünflächen, Forstgebieten und ländlichen Bereichen.

Dienst am Bürger ist heute für die magistratischen Bezirksämter in erhöhtem Maß Aufgabe und Pflicht. Es sollen Verfahren so durchgeführt werden, dass einerseits der Bürger nicht mehrere Verfahren nebeneinander durchlaufen muss, und andererseits durch geeignete Kommunikationsmittel und Zugriffsmöglichkeiten der magistratischen Bezirksämter auf den Datenbestand zentraler Dienststellen der Zugang zum Recht für die Bürgerinnen und Bürger verbessert und erleichtert wird.

Die magistratischen Bezirksämter nutzen die Möglichkeiten der **modernen Computertechnologie** für die einfache und rasche Aufgabenerfüllung als KundInnenservice. Die Gewerbeanmeldung online (als Pilotversuch), die Möglichkeit Wahlkarten ebenso wie „Parkpickerl“ per Internet zu beantragen, sind Beispiele dafür.